

NEUE ZEIT



**SIEBEN TAGE
WELTPOLITIK**

Universitätsbibliothek Greifswald
Zweigstelle
Sektion Marxismus-Leninismus

40 - 50

OKTOBER 1977

**NEUE SOWJETISCHE
FRIEDENSINITIATIVE
IN DER UNO**

★

*Salzburger
G'schichten*

★

**NORWEGISCHES
WAHL-ERGEBNIS**

★

Kennler-Flucht



14159-39 105 147 652
SEKT. MARX, LENIN
2200-2303
DOM-20

SOWJETUNION IM BILD

Die sowjetischen Menschen begehen traditionsgemäß die wichtigen Ereignisse im Leben des Landes mit großen Arbeitserfolgen. Jetzt, am Vorabend des 60. Jahrestages des Großen Oktober, vor der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR, die die neue Verfassung



des Landes annehmen soll, arbeiten die sowjetischen Menschen mit besonderem Enthusiasmus. Es wird um die Erfüllung und Überbietung der Planaufgaben gekämpft, für eine Verbesserung der Erzeugnisqualität. Die Kolchosbauern und die Werktätigen der Sowchoses stehen in ihren Kräften, um die Ernte des Jubiläumsjahres einzubringen. Die Ernteschlacht ist in ihre entscheidende Phase getreten. Die Getreidebauern der Ukraine und vieler anderer Landesregionen haben große Erfolge erreicht.

Partei-, Staats- und Wirtschaftsorgane leiten mit großem Können die Ernteschlacht. Wie stets sind die Kommunisten im verantwortungsvollen Augenblick dort, wo es am schwersten ist, in vorderster Reihe. Immer unter den Menschen, begeistern sie durch ihr persönliches Beispiel und ihre politische Überzeugungskraft.

Unsere Bilder: Held der sozialistischen Arbeit, der erste Sekretär des Rayonkomitees Sosnowka, Gebiet Tambow, N. Korotkow unter Kolchosbauern. ♦ Der Sekretär des Parteikomitees der Tschernopenski-Sowchose, Gebiet Kostroma, J. Schischakow überreicht einen Wimpel an den Kombifahrer W. Popow für hohe Leistungen bei der Ernte.

Fotos J. Injakin und
W. Kruglikow

Universitätsbibliothek Greifswald
Zweigstelle
Sektion Marxismus-Leninismus

DER ROTE OKTOBER LEBT FORT

Im Juli und August 1917 lebte Lenin, der Führer der in Rußland damals heranreifenden sozialistischen Revolution, in einer Laubhütte am See in Rasliw, um den Agenten der bürgerlichen Provisorischen Regierung zu entgehen. Er arbeitete an seinem berühmten Buch „Staat und Revolution“, denn er wollte dem Volk erläutern, welche Arbeit ihm nach dem Sieg der neuen Gesellschaft bevorstand, in der „alle Bürger Angestellte und Arbeiter eines das gesamte Volk umfassenden Staats, syndikats' werden“. Im Oktober 1917 entstand diese Gesellschaft, und zu ihrem Wahrzeichen wurden die Arbeitsinstrumente Hammer und Sichel. Ein paar Tage später besprach Lenin, schon als Vorsitzender des Rates der Volkskommissare des ersten sozialistischen Landes der Welt, im Smolny gemeinsam mit Delegierten des Betriebskomitees der Putilow-Werke, wie die Produktion zu organisieren war.

So zeichneten sich im theoretischen Denken Lenins und in der politischen Praxis die Konturen der Hauptfunktion des sozialistischen Staates — der schöpferischen Funktion — ab. Alle 60 Jahre des Aufbaus einer modernen Industrie, einer mechanisierten Landwirtschaft, der Entwicklung von Wissenschaft, Technik und Kultur sowie der stetigen Hebung des Volkswohlstandes machen deutlich: Die KPdSU bleibt diesem Kurs treu. Leonid Breshnew sagte: „Die heutigen Taten des sowjetischen Volkes setzen unmittelbar die Sache des Oktober fort.“

Das zeigt sich vor allem im grundsätzlich neuen, höheren Typ der sozialen Betätigung der Menschen, ferner in den Ergebnissen dieser Betätigung, die der sowjetischen Gesellschaft ihre Dynamik und ihre Zukunftsorientierung verleihen. Die UdSSR produziert gegenwärtig mehr Industrieerzeugnisse als 1950 die ganze

Welt. In der UdSSR wird mehr gebaut als in der übrigen Welt. Die Bruttoproduktion der Landwirtschaft ist unter der Sowjetmacht auf das 4,4fache, der Einzelhandelsumsatz in der Nachkriegsperiode (pro Kopf der Bevölkerung) fast auf das 7fache gestiegen.

Die Widersacher des Sozialismus ironisierten über die ersten wirtschaftlichen Kennziffern, die das sowjetische Volk mit seiner Ausdauer erkämpfte. Im ersten Planjahr (1929 bis 1932) beliefen sich die Investitionen auf 8,8 Md. Rubel, eine nach den heutigen Begriffen geringe Summe. Im zehnten Planjahr (1976—1980) betragen sie 621,4 Md. Rubel. Folgendes ist aufschlußreich. Als unser Volk seinen 1. Fünfjahrplan erfüllte, machten die bürgerlichen Staaten bekanntlich die große Wirtschaftskrise durch. Unseren 10. Fünfjahrplan nehmen wir erfolgreich in Angriff, während die wichtigsten Industrieländer des Westens, um mit der **New York Times** zu sprechen, „wie eine Formation Rekruten, die ihren Ausbilder nicht verstehen oder auf sein Kommando nicht hören, auseinanderstreben und übereinanderstolpern“. Wer noch Beweise für die Vorzüge des Sozialismus braucht, der vergleiche folgende Zahlen: 1950—1976 konnte die UdSSR ihre Industrieproduktion auf das 10fache erhöhen; die entsprechende Kennziffer für die USA betrug das 2,9fache, für die BRD das 4,8fache und für Frankreich das 3,7fache.

Die Arbeiter und Angestellten „eines das gesamte Volk umfassenden Staats, syndikats“, die Sowjetbürger, setzen sich bei der Erörterung des Verfassungsentwurfs einmütig dafür ein, gewissenhafte Arbeit, strenge Einhaltung der Arbeits- und Produktionsdisziplin zu einer Pflicht und Ehrensache jedes arbeitsfähigen Bürgers der UdSSR zu verkünden. Warum? Weil alles, was wir heute besitzen und was wir morgen zu erreichen hoffen, von unserem Fleiß und unserem Können, vom ideologischen, allgemeinen und beruflichen Bildungsniveau, von dem Verantwortungsgefühl eines jeden, von unserer gemeinsamen Aktivität und Arbeitsinitiative abhängt. Der deutlichste Ausdruck dieser gesellschaftlichen Position ist der breite sozialistische Wettbewerb zum 60. Jahrestag der Oktoberrevolution, ist die lebhafteste Teilnahme des ganzen Volkes an der Aussprache über den Entwurf der neuen Verfassung der UdSSR. Das ist begreiflich: Die Hauptgarantie für die Menschenrechte in unserer Gesellschaft ist in letzter Instanz die Macht und das Gedeihen des sozialistischen Vaterlandes, des Landes des Oktober.

Am 27. September fand im Kreml unter Vorsitz Leonid Breschnews, Vorsitzender der Verfassungskommission, Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, eine ordentliche Tagung der Verfassungskommission statt. Die Ergebnisse der Tätigkeit der Kommission und der Entwurf der sowjetischen Verfassung mit den Vorschlägen und Abänderungen, die bei der Volksausprache gemacht worden waren, wurden erörtert.

Auf der Tagung sprach Leonid Breschnew.

Die Verfassungskommission beschloß: den Leitthesen und Schlußfolgerungen voll und ganz zuzustimmen, die der Vorsitzende der Verfassungskommission, Leonid Breschnew, zu den Ergebnissen der Volksausprache über den sowjetischen Verfassungsentwurf in seiner Mitteilung dargelegt hat;

den Entwurf der Verfassung (des Grundgesetzes) der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken mit den Präzisierungen, Ergänzungen und Abänderungen zu billigen, die im Ergebnis der Volksausprache vorgenommen wurden;

den Entwurf der Verfassung der UdSSR an das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR weiterzuleiten, damit es diesen der außerordentlichen siebten Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR (9. Legislaturperiode) vorlegt.

Am 20. September wurde in New York die 32. UNO-Vollversammlung eröffnet. Am ersten Tag wurden auf einer Plenarsitzung die Sozialistische Republik Vietnam und die Republik Dschibuti in die UNO aufgenommen. Jetzt gehören 149 Staaten der UNO an. Leonid Breschnew und Alexej Kossygin richteten an den Präsidenten der SRV, Ton Duc Thang, den Generalsekretär des ZK der KPV, Le Duan, den Vorsitzenden des Ständigen Komitees der Nationalversammlung der SRV, Truong Chinh, und an den Ministerpräsidenten der SRV, Pham Van Dong, Glückwünsche anlässlich der UNO-Aufnahme der SRV.

Am 27. September sprach Andrej Gromyko auf einer Plenarsitzung der Vollversammlung. (Siehe S. 5—7.)

Vom 20. bis 27. September weilte der Ministerpräsident Islands, Geir Hallgrímsson, zu einem offiziellen Besuch in der Sowjetunion. Am 21. September fand im Kreml ein Gespräch mit Alexej Kossygin statt, bei dem die sowjetisch-

isländischen Beziehungen und aktuelle Probleme der heutigen internationalen Lage erörtert wurden. (Siehe S. 8.)

Leonid Breschnew übermittelte dem Präsidenten der Föderativen Republik Brasilien, Ernesto Geisel, Glückwünsche anlässlich des Nationalfeiertages. In einem Antworttelegramm bedankte sich der Präsident. In den Telegrammen Leonid Breschnews und Ernesto Geisels wurde der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß sich die Beziehungen zwischen der UdSSR und Brasilien auch in Zukunft im Geiste des gegenseitigen Verständnisses entwickeln werden.

Leonid Breschnew richtete an den Präsidenten der Schweizer Eidgenossenschaft, Kurt Furgler, ein Glückwunschtelegramm anlässlich des Nationalfeiertages der Schweiz. In einem Antworttelegramm bedankte sich Präsident Furgler für die Glückwünsche.

Alexej Kossygin sandte dem Premierminister Nepals, Kirti Nidhi Bista, Glückwünsche zu seiner Ernennung. In einer Antwortbotschaft bedankte sich der Premier.

Im ZK der KPdSU fand eine Begegnung zwischen Boris Ponomarew und dem Sekretär des Nationalrates der KP Indiens, N. K. Krishnan, statt. Die Vertreter beider Parteien bekundeten ihr Streben nach einer Weiterentwicklung der Zusammenarbeit und einer Festigung der traditionellen brüderlichen Beziehungen zwischen der KPdSU und der KPI, ihre Bereitschaft, für die Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus einzutreten.

Das ZK der KPdSU richtete eine Grußbotschaft an die Delegierten des 41. Parteitag der Sozialistischen Partei Japans, in der der Hoffnung Ausdruck verliehen wurde, daß die Parteitagbeschlüsse den Interessen der Arbeiterklasse und der Werktätigen des Landes entsprechen sowie zur weiteren Ausdehnung des Einflusses der Partei, zur Festigung ihrer Reihen und zum Zusammenschluß aller demokratischen, friedliebenden Kräfte Japans beitragen werden.

Das ZK der KPdSU richtete eine Grußbotschaft an das ZK der KP Martiniques anlässlich ihres 20. Gründungstages, in der es den Kommunisten von

Martinique neue Erfolge in ihrem mutigen Kampf für eine bessere Zukunft des Volkes wünscht.

Am 22. und 23. September fanden in Washington Gespräche zwischen dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko sowie Präsident James Carter und dem US-Außenminister Cyrus Vance statt. Es kam zu einem nützlichen Meinungsaustausch über die wichtigsten Fragen der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und einige internationale Probleme von beiderseitigem Interesse. (Siehe S. 8.)

Vom 22. bis 24. September weilte der Erste Sekretär des ZK der USAP, János Kádár, zu einem Freundschaftsbesuch in Belgrad. In einer Atmosphäre des gegenseitigen Verständnisses, der Freundschaft und Kameradschaftlichkeit führte er Gespräche mit dem Präsidenten der SFRJ und Vorsitzenden des BdKJ, Josip Broz Tito. Die Seiten konstatierten, daß Jugoslawien und Ungarn ihre Beziehungen auf zwischenstaatlicher und Parteiebene erfolgreich entwickeln.

In Brüssel fand am 21. und 22. September ein Treffen zwischen Delegationen des Gemeinsamen Marktes und des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe statt. Die RGW-Delegation wurde vom Vorsitzenden des Exekutivkomitees des RGW, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten der SR Rumänien, Mihai Marinescu, geleitet. In einem Kommuniqué heißt es, daß zwischen den Seiten ein „konstruktiver Meinungsaustausch über künftige Verhandlungen, ihren Inhalt und ihre Form erfolgte“.

Am 21. September wurde in Sofia unter Teilnahme von 68 nationalen parlamentarischen Gruppen die 64. Konferenz der Interparlamentarischen Union eröffnet. Auf der Tagesordnung standen der Kampf für die Abrüstung, die Politik Israels in den besetzten arabischen Gebieten, die Lage im südlichen Afrika und andere aktuelle Probleme.

Am 26. September fand in der Wiener Hofburg die 21. Tagung der Generalkonferenz der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEA) statt, der 110 Staaten angehören. Auf der Tagesordnung stehen Fragen der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie und ihrer Kontrolle entsprechend dem Atomsperrvertrag.



Moskau, Kreml, am 27. September. Die Verfassungskommission tagt unter Vorsitz Leonid Breshnews.

Foto S. Smirnow

NEUE ZEIT

WOCHENBLATT FÜR POLITIK

Nr. 40 OKTOBER 1977

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium:

S. Goljakow (Verantw. Sekretär),
A. Ignatow, G. Kaschojan (Stellv. Chefredakteur),
W. Kusnezow, B. Pistschik (Stellv. Chefredakteur),
I. Trofimowa, V. Tschernjawski (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben),
D. Wolski.

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. Krestjaninow



Verlag der Zeitung „Trud“
Moskau



Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache.



UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6,
103782, GSP, Puschkinskaja Ploščadʹ

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

IN DIESEM HEFT:

Der Rote Oktober lebt fort	1
Vorwort Leonid Breshnews zu einem in Finnland erschienenen Sammelband seiner Reden und Artikel	4
J. Gudkow — Ein gewisser Fortschritt	5
G. Stach — Neue Friedensinitiative	6
I. Trofimowa — Vietnam in der UNO	7
W. Bojkow — UdSSR—Island: Kontinuität und Perspektiven	8
W. Kusnezow — Zu Gromykos Gesprächen in Washington	8
A. Dumow — Provokationen der Rassisten	10
M. Subko — Norwegen: Wahl-Ergebnisse	12
Patricia R. Harris — Positive Bilanz (Interview)	13
V. Begischew — Ein Aufenthalt in Salzburg	14
Notizen ♦ Glossen ♦ Kommentare	17
Antonio Gramsci — „Im gemeinsamen Kampf zum gemeinsamen Ziel“	18
W. Gubarew — Zu neuen Ufern	20
M. Galin — Nur Fakten	22
A. Michailow — Sudan: Auf Glatteis	25
K. Karagesian — Die Liebe höret nimmer auf	26
Diskussion mit dem Leser	29
Dokumente: Schreiben des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR an den UNO-Generalsekretär. Deklaration über die Vertiefung und Festigung der internationalen Entspannung (Entwurf). Resolution über die Abwendung der Gefahr eines Kernkrieges (Entwurf)	30

Am 4. Oktober 1977 sind es 20 Jahre her, daß der erste künstliche Erdsatellit gestartet wurde, der die kosmische Ära einleitete. Titelbild: Plakat von O. Besuchow.

Vorwort Leonid Breshnews zu einem in Finnland erschienenen Sammelband seiner Reden und Artikel

Im finnischen Verlag Otava erschien der vierte Sammelband mit Referaten, Ansprachen und Artikeln Leonid Breshnews. Das Buch enthält Dokumente aus den Jahren 1975—1977. Für diesen Sammelband hat Leonid Breshnew ein Vorwort geschrieben, dessen Wortlaut wir im folgenden veröffentlichen.

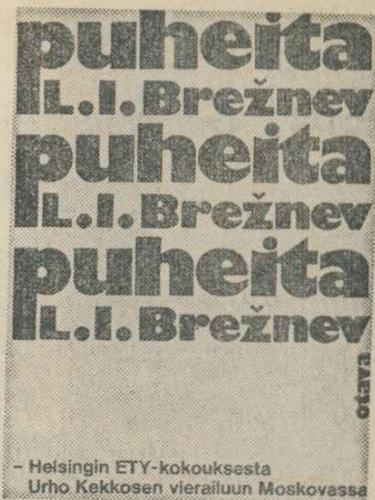
Der Verlag Otava hat in Finnland dreimal Sammelbände mit meinen Referaten, Ansprachen und Artikeln herausgebracht. Dies ist meine vierte Begegnung mit den finnischen Lesern. Das vorliegende Buch enthält Dokumente aus den Jahren 1975—1977 — einer relativ kurzen Zeitspanne, die jedoch von außerordentlich wichtigen Ereignissen erfüllt war —, und ist als eine Fortsetzung des Berichts über die Außen- und Innenpolitik des Sowjetstaates, über das Leben des sowjetischen Volkes anzusehen.

Der Sammelband erscheint am Vorabend des 60. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, die die Geschehnisse der Welt, der ganzen Menschheit von Grund auf wandelte. Die hier zusammengestellten Dokumente dürfen als Anschauungsmaterial dafür dienen, daß die Politik unserer Partei, die Entscheidungen, die sie zu den komplizierten sozialen, wirtschaftlichen und politischen Problemen des 20. Jahrhunderts trifft, dem Urteil der Zeit standgehalten haben, daß diese Entscheidungen voll und ganz den Interessen des arbeitenden Menschen entsprechen und auf die allumfassende Befriedigung seiner geistigen und materiellen Bedürfnisse gerichtet sind.

Die Oktoberrevolution wurde zu einem Wendepunkt auch in der Geschichte des finnischen Volkes. Das von Lenin 1917 unterzeichnete Dekret über die staatliche Unabhängigkeit Finnlands ist ein überzeugendes Beispiel dafür, daß die Anerkennung des Rechts jedes Volkes, selbständig seinen Entwicklungsweg zu wählen, selbst über seine innere Ordnung zu entscheiden, der Eckpfeiler der Außenpolitik der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ist. Wir halten uns strikt an diesen von Lenin vorgezeichneten Weg.

Den gegenwärtigen sowjetisch-finnischen Beziehungen und ihren Entwicklungsaussichten wurde in dem Sammelband bedeutender Platz eingeräumt. Das ist selbstverständlich, denn wir freuen uns darüber, wie gutnachbarlich unsere Länder koexistieren, wobei sie anderen ein gutes Beispiel geben und das Erspreibliche der gleichberechtigten Zusammenarbeit von unterschiedlichen sozialen Systemen angehörenden Staaten demonstrieren.

Wir schätzen sehr die Konsequenz und Beharrlichkeit jener gesellschaftlichen Kräfte Finnlands, die sich der Festigung und Entwicklung der gutnachbarlichen Beziehungen zwischen dem finnischen und dem sowjetischen Volk widmen. In diesem Zusammenhang möchte ich insbesondere von der Hochachtung sprechen, die dem Präsidenten der Republik Finnland Urho Kekkosen in unserem Lande ent-



— Helsinkiin ETY-kokouksesta
Urho Kekkosen vierailuun Moskovassa

gegebracht wird, dessen Name eng mit dem finnischen Kurs auf Freundschaft zur Sowjetunion nach dem Kriege verknüpft ist.

Die in dem Buch enthaltenen Ausführungen gelten natürlich nicht nur den Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern. Denn alles, was zwischen uns geschieht, wird nicht abseits vom internationalen Leben, sondern in engem Zusammenhang mit ihm geformt. Das äußerte sich auch in der historischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, nach der der Name der finnischen Hauptstadt zu Recht ein Symbol positiver Wandlungen auf unserem Kontinent und in der Welt insgesamt wurde.

Zwei Jahre sind seit der Begegnung von Helsinki vergangen. In dieser Zeit haben wir alles getan, um trotz der Hindernisse, trotz aller Art von Schwierigkeiten die Entspannung dauerhafter und umfassender zu machen, damit Europa weiter auf dem Wege des Friedens voranschreite. Der Leser findet im Buch konkrete Angaben über den Beitrag der Sowjetunion zur internationalen Entspannung, über ihren konsequenten Kampf gegen Wettrüsten und Kriegsgefahr, für Frieden und sozialen Fortschritt.

Ich denke, unsere Nachbarn wird auch jener Abschnitt des Sammelbands interessieren, der sozusagen unsere internen Angelegenheiten berührt. Dort geht es darum, welche Tages- und langfristigen Aufgaben wir uns stellen und mit welchen Methoden wir sie durchsetzen. Der Leser wird vermutlich bemerken, daß in den veröffentlichten Dokumenten auch von manchen Unzulänglichkeiten bei uns die Rede ist. Offenheit, Wahrheitsliebe, Geist der Kritik und Selbstkritik halten wir für eine wichtige Besonderheit der sowjetischen Gesellschaft. Bei so grandiosen Taten, in einem so riesigen Land kann nicht alles glatt gehen. Und je klarer wir die Mängel erkennen, desto leichter können wir mit ihnen fertig werden.

Selbstverständlich läßt sich im Rahmen eines Sammelbandes kein vollständiges Bild der wahrhaft grenzenlosen Vielfalt des Schaffens unseres Volkes vermitteln. Dennoch möchte ich hoffen, daß er den Lesern hilft, sich eine deutlichere Vorstellung von der dynamischen wirtschaftlichen, politischen und geistigen Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft zu machen, von ihren Problemen und Erfolgen, von ihren Zielen und Bemühungen sowohl im eigenen Lande wie auch in der Völkergemeinschaft unseres Planeten.

Zum Abschluß möchte ich dem finnischen Volk herzliche, freundschaftliche Grüße übermitteln und ihm Erfolge und Wohlergehen wünschen.

EIN GEWISSER FORTSCHRITT

Eben erst hat die 32. Tagung der UNO-Vollversammlung ihre Arbeit aufgenommen. Sie verdeutlicht die Vielfalt unserer Welt und ihrer Probleme. Gleichzeitig aber auch die Unteilbarkeit des Friedens sowie die enge und, wie die Ereignisse zeigen, mit jedem Jahr zunehmende Wechselwirkung bei der Lösung nationaler wie internationaler Aufgaben.

Das UNO-Sekretariat teilte mit, an der Vollversammlung beteiligten sich 11 Staatschefs, 7 stellvertretende Ministerpräsidenten bzw. Vizepräsidenten sowie 74 Außenminister. Das beweist nicht nur den hohen Status der UNO. Die Tagung der Vollversammlung eröffnet weitreichende, manchmal einmalige Möglichkeiten für internationale Kontakte, und diese Kontakte müssen angesichts mancher heutigen Vorgänge ernst genommen werden.

Die in den letzten Monaten verstärkte betriebene Errichtung von israelischen Wehrdörfern auf okkupiertem arabischem Boden, der Einmarsch von Truppen Tel Avivs in den südlichen Libanon und die Intensivierung der dortigen Kampfhandlungen haben erneut deutlich gemacht, wie unaufschiebbar eine Nahostregelung auf gerechter Grundlage ist. Dramatisch zugespitzt hat sich das Problem der Apartheid in der RSA mit dem Tod des Führers der unterdrückten Mehrheit Steve Biko. Im gleichen Atemzug müssen auch die Aufgabe der Befreiung der Bewohner Rhodesiens von der rassistischen Willkür, die Beendigung der Besetzung eines Teils namibischen Territoriums durch südafrikanische Truppen und die Gewährung der vollen Unabhängigkeit an dieses Land genannt werden. Diese wie weitere Fragen, z. B. das Zypernproblem und die Gefahr einer Verschlechterung der Positionen der Entwicklungsländer in ihren Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zur kapitalistischen Welt, fanden ihren Niederschlag in der Tagesordnung, die mehr als 120 Punkte enthält.

In den Vordergrund rückt jedoch immer klarer das wirklich brennendste Problem unserer Zeit, die Ein-

schränkung des Wettrüstens und die Abrüstung. Immer deutlicher wird bewußt, daß von einem Fortschritt auf diesem Wege sowohl die allgemeine Sicherheit als auch die Realisierung vielschichtiger Pläne der internationalen Zusammenarbeit und Entwicklung abhängen. Diese Einstellung sichert auch den Friedensinitiativen wachsende Unterstützung. Auf der einleitenden Pressekonferenz hatte Generalsekretär Kurt Waldheim erklärt, die Abrüstung werde zweifellos die vordringlichste Frage in der politischen Diskussion sein. Dabei handelt es sich in erster Linie um das Verbot der Massenvernichtungswaffen. Einen wichtigen Beitrag dazu könnte die für Mai/Juni 1978 angesetzte Sondertagung der UNO-Vollversammlung zu Abrüstungsfragen leisten sowie die Weltabrüstungskonferenz, für die sich die meisten Delegationen ausgesprochen haben. In den Arbeitsausschüssen der UNO wird betont, die Sondertagung müßte die Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz sichern. Das wäre gewiß ein wichtiger Fortschritt zur Lösung des Abrüstungsproblems. Ihm zugrunde liegt die zunehmende Autorität der friedliebenden Staaten, die auch in der UNO ihren Ausdruck findet.

Die Zahl der UNO-Mitglieder hat sich seit der ersten Vollversammlung 1946 fast verdreifacht. Zur Organisation stießen jene Länder, die der Aggressions- und nationalen Unterdrückungspolitik Widerstand entgegensetzten. Die Aufnahme der Sozialistischen Republik Vietnam hat eindringlich demonstriert, wie unaufhaltsam dieser Prozeß ist. Heute stehen jene, die einst darauf aus waren, die Weltorganisation ihren politischen Zielen unterzuordnen, bei der Erörterung vieler Fragen allein da. Versuche, aus dieser Isolation herauszukommen, wirken manchmal

geradezu unbeholfen. Hier das jüngste Beispiel dafür:

Der US-Delegierte stand nicht zurück, als die Repräsentanten der Staaten die UNO-Aufnahme der SRV begrüßten. Er ergriff ebenfalls das Wort und sprach „im eigenen Namen“ die aufrichtige Hoffnung aus, daß der Eintritt Vietnams in diese Organisation einen weiteren Schritt zum weltweiten Kampf für Frieden, Gerechtigkeit und Wohlstand bedeute. Er erinnerte daran, daß der Vietnamkrieg eine Protestbewegung in den USA ausgelöst hatte und daß er selbst sowie zwei Mitglieder seiner Delegation Teilnehmer dieses Kampfes gewesen seien.

105 Delegierte übernahmen die Rolle des Fürsprechers bei der Aufnahme Vietnams. Eine Rekordzahl. Der US-Delegierte stellte das zweifellos in Rechnung. So nett der Glückwunsch auch war, man hat hier nicht vergessen, daß Washington viele Jahre hindurch den Kampf um Frieden und Gerechtigkeit in Südostasien unterdrücken wollte und noch vor ganz kurzer Zeit zu einem Veto im Sicherheitsrat Zuflucht nahm, um die UNO-Mitgliedschaft Vietnams zu verhindern. Die heute von Wohlstand sprechen, verweigern ihre Mitwirkung an der Heilung der Wunden, die der Aggressionskrieg der vietnamesischen Wirtschaft geschlagen hat, und das im Widerspruch zu den von der vorherigen Administration eingegangenen Verpflichtungen.

Der hohen Verpflichtung mit Taten und nicht nur mit Worten gerecht zu werden, darin liegt der wichtigste Erfolg der UNO, die heute 149 Staaten vereinigt. Von ebendiesem Standpunkt aus betrachten die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten ihre Mitarbeit in den Vereinten Nationen, Staaten, deren fortgesetzte Friedensinitiativen den Weg zur Lösung der die ganze Welt bewegenden Fragen bahnen.

J. GUDKOW (Eigenbericht)

New York, am 26. September

NEUE FRIEDENSINITIATIVE

Gennadi STACH

Die Sowjetunion hat in der UNO eine neue große Initiative zur Festigung des Weltfriedens und der Sicherheit der Völker ergriffen. Sie schlug vor, als wichtig und vorzüglich den Punkt „Über die Vertiefung und Festigung der internationalen Entspannung und die Abwendung der Gefahr eines Kernkrieges“ auf die Tagesordnung der 32. UNO-Vollversammlung zu setzen. Zugleich wurden der sowjetische Entwurf einer Deklaration über die Vertiefung und Festigung der internationalen Entspannung und der Entwurf einer Resolution über die Abwendung der Gefahr eines Kernkrieges (S. 31/32) vorgelegt. Der neue sowjetische Vorschlag wurde in der Rede des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, des Außenministers der UdSSR Andrej Gromyko unterbreitet und begründet.

Die Sowjetunion wendet sich an alle interessierten Staaten ungeachtet ihrer Gesellschaftsordnung mit dem eindringlichen Appell, neue wirksame Maßnahmen zur Vertiefung und Festigung der Entspannung zu ergreifen. Die neue Friedensinitiative der Sowjetunion fand lebhaftes Interesse bei den Delegierten sowie ein breites positives Echo in der Presse und bei der Weltöffentlichkeit.

Die Aktualität der neuen sowjetischen Initiative liegt auf der Hand. Die Erfolge bei der internationalen Entspannung sind deutlich. Sie beeinflussen positiv das gesamte politische Klima in der Welt. Doch die Entspannung hat keinen leichten Weg. Sie setzt sich im harten Kampf der Friedenskräfte der Erde gegen reaktionäre, militaristische Kräfte durch, die diesen positiven Prozeß stoppen und mit einer neuen Runde des Wettrüstens beginnen wollen. Obgleich es dank den Erfolgen der Entspannung gelungen ist, die Gefahr eines Atomkrieges zu verringern, besteht diese Gefahr doch weiter.

Deshalb darf es im Kampf für die Festigung der Entspannung, dafür, daß die Menschen von der atomaren Bedrohung befreit werden, keinen Halt, kein passives Abwarten geben. Die UNO, die jetzt fast alle Staaten vereint, muß ihre zunehmenden

Möglichkeiten nutzen, damit die Länder einen aktiveren Beitrag zur Vertiefung und Festigung der Entspannung leisten. Hierauf orientiert der sowjetische Entwurf einer Deklaration die UNO-Länder ungeachtet ihrer unterschiedlichen Positionen und Anschauungen.

In vielen UNO-Resolutionen der letzten Jahre bekundeten die Mitgliedsländer ihre Unterstützung für die Entspannungspolitik. Im sowjetischen Deklarationsentwurf wird deshalb vorgeschlagen, daß die UNO sich zur Entspannung bekennt und die Mitgliedsländer gemeinsam ihren Willen und ihre Entschlossenheit bekunden, die Entspannung voranzubringen. Zugleich werden Wege für die Bemühungen der Staaten aufgezeigt. Es wird vorgeschlagen, die Vollversammlung solle die Staaten aufrufen, entschiedene Initiativen zu ergreifen, um die Aufstockung der Waffenarsenale zu stoppen und Abrüstungsmaßnahmen zu verwirklichen. Heute, da die Abrüstung zum brennendsten internationalen Problem geworden ist, hat ein solcher Appell einen besonderen Sinn.

Zu einer schnellstmöglichen friedlichen Beilegung der Konfliktsituationen sowie zur Verhütung neuer Situationen solcher Art beizutragen, die Differenzen und Streitfragen friedlich beizulegen, ohne zu Gewalt oder Gewaltandrohung zu greifen — eben dazu ruft der sowjetische Deklarationsentwurf auf.

Aktuell ist der Appell des Deklarationsentwurfes, dazu beizutragen, daß alle Kolonialländer und -völker in kürzester Zeit ihre Befreiung endgültig erreichen und die Rassistenregimes beseitigt werden. Kolonialismus und Rassismus im Süden Afrikas sind eine ernste Gefahr für den Weltfrieden und verhindern, daß die Entspannung auf diesen Raum ausgeweitet wird.

Unter Bedingungen, da die Entspannungsgegner bemüht sind, Mißtrauen und Feindschaft in den zwischenstaatlichen Beziehungen zu säen und die Frage der „Menschenrechte“ für ihre Zwecke auszunutzen, erlangen die Thesen des Deklarationsentwurfes wichtige praktische Bedeutung, eine Politik der Nichteinmischung in die inneren

Angelegenheiten zu verfolgen, eine gute Atmosphäre in den Beziehungen und das gegenseitige Verstehen zwischen den Menschen zu fördern, zu Freundschaft und gegenseitigem Vertrauen zwischen allen Völkern beizutragen sowie die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu respektieren.

Der sowjetische Resolutionsentwurf für die Abwendung der Gefahr eines Kernkrieges geht davon aus, daß die Anstrengungen aller Staaten — ob sie über Kernwaffen verfügen oder nicht — hierauf gelenkt werden müssen. Würde doch ein Nuklearkrieg nicht nur die Atomkräfte in Mitleidenschaft ziehen! Er wäre eine entsetzliche Katastrophe für alle Staaten und Völker. Beim heutigen technischen Stand kann jeder lokale Konflikt unter Einsatz selbst konventioneller Waffen zu einem Kernkrieg führen.

Deshalb werden im sowjetischen Resolutionsentwurf alle Staaten aufgefordert, keine Situationen entstehen zu lassen, die eine gefährliche Verschärfung der Beziehungen zwischen ihnen herbeiführen könnten, militärische Konfrontationen zu vermeiden sowie das Prinzip des Gewaltverzichts strikt zu beachten und Verhandlungen zum Abschluß eines entsprechenden internationalen Vertrages aufzunehmen. Der Entwurf eines solchen Vertrages wurde von der Sowjetunion 1976 in der UNO vorgelegt und fand breite Unterstützung.

Zweifelsohne tragen die Atomkräfte, auch als ständige Sicherheitsratsmitglieder, eine besondere Verantwortung dafür, daß die Gefahr eines Kernkrieges abgewandt wird und Maßnahmen zur atomaren Abrüstung verwirklicht werden. Nicht von ungefähr ist gerade an die Atomkräfte der Appell ergangen, stets bereit zu sein, Differenzen friedlich beizulegen.

In den letzten Jahren wurden Abkommen zur Abwendung der Gefahr eines Nuklearkrieges geschlossen: das sowjetisch-amerikanische Abkommen über die Verhütung eines Nuklearkrieges (1973), die Vereinbarungen über die Einrichtung und Verbesserung einer direkten Telefonverbindung zwischen Moskau und Washington und das sowjetisch-französische Abkommen über die Verhütung eines zufälligen oder nichtsanctionierten Einsatzes von Kernwaffen. Ein Abschluß solcher Abkommen zwischen den Atomkräften, die sich bislang abseits ge-

Vietnam in der UNO

Irina TROFIMOWA

halten haben, die Vervollkommnung und Entwicklung derartiger Maßnahmen wäre für die Verhinderung eines Atomkrieges sehr nützlich.

Wichtig ist auch, daß die Atom-mächte, die an den SALT-Verhandlungen teilnehmen, aufgerufen werden, diese baldigst abzuschließen und einen gegenseitigen Verzicht auf die Entwicklung neuer, noch verheerenderer Systeme solcher Waffen zu vereinbaren. Bekanntlich ziehen sich die SALT-Verhandlungen nicht durch Schuld der UdSSR in die Länge.

An die Atom-mächte ist auch der Appell gerichtet, Verhandlungen aufzunehmen, um zu Vereinbarungen über den Abzug der kernwaffenbestückten Schiffe aus Teilen des Weltmeeres und über andere gegenseitige Maßnahmen zu kommen, um dem Wettrüsten auf den Meeren Einhalt zu gebieten. Die Sowjetunion schlug wiederholt vor, den Abzug der Atomwaffen tragenden Schiffe und U-Boote aus dem Mittelmeer zu vereinbaren. Die sowjetische Seite tritt ferner dafür ein, daß Maßnahmen zur Begrenzung des Wettrüstens im Indischen Ozean ergriffen werden. Diese Fragen werden bei den sowjetisch-amerikanischen Konsultationen über die Lage im Indischen Ozean erörtert, deren zweite Runde am 26. September in Washington begonnen hat.

Im sowjetischen Resolutionsentwurf wird auch auf andere konkrete Schritte hingewiesen: die Bildung von kernwaffenfreien Zonen durch Nichtatom-mächte sowie ein Appell an alle Staaten, vor allem die Atom-mächte, zu Verhandlungen, um zusätzliche Maßnahmen zur Verhinderung eines Kernkrieges sowie zu einem vollständigen Verbot der Kernwaffentests, zur Reduzierung der atomaren Rüstungen, zur atomaren Abrüstung zu ergreifen.

Die Weltöffentlichkeit erwartet zu Recht, daß die UNO-Vollversammlung die Vorschläge der UdSSR zu den wichtigsten internationalen Problemen — internationale Entspannung und Verhütung eines Kernkrieges — allseitig behandelt. Millionen Menschen werden aufmerksam die Diskussionen in der UNO verfolgen. Geht es doch darum, der ganzen Menschheit eine friedliche Zukunft zu gewährleisten. Die Annahme des sowjetischen Deklarations- und des Resolutionsentwurfs wäre ein nützlicher Schritt zu diesem Ziel.

Als die Delegation der Sozialistischen Republik Vietnam im Tagungssaal der UNO-Vollversammlung erschien, wurde sie mit Beifall begrüßt.

Das 149. UNO-Mitglied bedarf keiner besonderen Vorstellung. Viele Jahre war Vietnam in aller Munde. Nur wenige Völker hatten ein so schweres Schicksal wie das vietnamesische Volk. Der Heldenmut, mit dem es in Jahrzehnten seine Freiheit, Unabhängigkeit und sein Selbstbestimmungsrecht verteidigte,

das Mitglied des Politbüros des ZK der KPV, der stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister, Nguyen Duy Trinh, herzlich bei den sozialistischen Bruderländern, den blockfreien Staaten, den Friedens- und Fortschrittskräften der ganzen Welt für die feste ständige Unterstützung der gerechten Sache des vietnamesischen Volkes in den langen Jahren seines Kampfes gegen die imperialistische Aggression und bei seinen jetzigen Anstrengungen zur Heilung der Kriegswunden.



Die Delegation der SRV im Sitzungssaal der Vollversammlung

Telefoto TASS

wurde zu einem Beispiel für andere. Die UNO-Aufnahme bedeutet die internationale Anerkennung seines Rechtes, die Anerkennung seines Beitrages zum gemeinsamen Kampf für die Beseitigung gefährlicher Kriegsherde, für die Festigung des Friedens.

Die sowjetischen Menschen können darauf stolz sein, daß unser Land Vietnam in den schwersten Jahren, als es unter Bomben lebte, siegen half. Auch bei den Pariser Friedensgesprächen, die Washington verschleppen wollte, war der DRV die diplomatische Unterstützung der Sowjetunion sicher. Als die USA die UNO-Aufnahme der SRV mit ihrem Veto im Sicherheitsrat hintertrieben, zwang die feste Position der sozialistischen Länder und vieler anderer Staaten die USA zum Rückzug. In seiner ersten Rede vor der UNO-Vollversammlung bedankte sich der vietnamesische Delegations-

leiter, das Mitglied des Politbüros des ZK der KPV, der stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister, Nguyen Duy Trinh, herzlich bei den sozialistischen Bruderländern, den blockfreien Staaten, den Friedens- und Fortschrittskräften der ganzen Welt für die feste ständige Unterstützung der gerechten Sache des vietnamesischen Volkes in den langen Jahren seines Kampfes gegen die imperialistische Aggression und bei seinen jetzigen Anstrengungen zur Heilung der Kriegswunden.

Die Sowjetunion räumt der SRV Kredite ein, leistet technische Hilfe beim Bau von 40 Betrieben, u. a. des größten Wasserkraftwerkes in Südostasien am Schwarzen Fluß, liefert Rohstoffe und Lebensmittel. Die anderen sozialistischen Länder haben gleichfalls großen Anteil an der Entwicklung der vietnamesischen Wirtschaft. Kürzlich meldete die Agentur Kyodo Tsushin, daß japanische Außenwirtschaftsexperten Tokio aufriefen, der SRV größtmögliche Hilfe zu erweisen. Ist es denn

nicht paradox, daß sich nur die USA, die Vietnam verheerten, heute weigern, die Wunden dieses leidgeprüften Landes zu heilen?! Erst im September erklärte ein Sprecher des State Department erneut, der Unterstaatssekretär Richard Holbrooke sei bereit, an einem beliebigen Ort, wann auch immer mit Vertretern der SRV zusammenzutreffen, um die Normalisierung der Beziehungen zu erörtern. Er wies Meldungen zurück, daß die Verhandlungen über einen Schadenersatz für Vietnam festgefahren seien, doch einstweilen bleibt es bei Worten.

An der Festigung der Positionen Vietnams sind alle Friedenskräfte interessiert. Der Einfluß seiner konstruktiven Außenpolitik ist schon jetzt deutlich zu spüren — vor allem in Südostasien. Die SRV, die als eine Hauptaufgabe die Entwicklung besonderer Beziehungen zu Laos und Kampuchea sowie die Bereitschaft

verkündet hat, die Beziehungen zu allen Staaten der Region zu verbessern, hat eine Anzahl Initiativen unternommen.

Besonders wichtig sind dabei die Verträge über Freundschaft und Zusammenarbeit sowie die Fixierung der Staatsgrenzen zwischen der SRV und der VDR Laos. Die beiden Nachbarländer haben sich verpflichtet, einander bei der Gewährleistung der nationalen Sicherheit, beim Schutz des friedlichen Aufbaus und beim Kampf gegen die Umtriebe und die subversiven Aktionen des Imperialismus und der Kräfte der ausländischen Reaktion zu helfen. Dieser Artikel des Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit ist eine ernste Warnung an jene, denen die Bildung eines starken Vietnam und die Festigung seiner Verbindungen mit den Nachbarländern mißfallen, an jene, die nur zu gern neuen Hader in dieser Region stiften möchten.

Die Grundlagen, auf denen Vietnam seine Beziehungen zu anderen Staaten gestaltet, sind für eine Verbesserung der Atmosphäre in Südostasien von großer Bedeutung. So hieß es in einem Kommuniqué über die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der SRV und den Philippinen, daß sie es keiner ausländischen Macht erlauben, ihr Territorium als Stützpunkt für eine direkte oder indirekte Aggression und eine Einmischung in die Angelegenheiten eines anderen Landes in diesem Raum auszunutzen.

In einer Botschaft an die führenden Politiker der SRV zur UNO-Aufnahme betonten Leonid Breschnew und Alexej Kossygin: „Als UNO-Mitglied erlangt die SRV neue breite Möglichkeiten, um zusammen mit den sozialistischen Bruderländern, mit allen friedliebenden Staaten der Erde einen konstruktiven Beitrag zur Festigung des Weltfriedens und der Sicherheit, zur Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit zu leisten.“ Zweifelsohne setzt die SRV ihr größeres internationales Ansehen gerade hierfür ein.

UdSSR — ISLAND

Kontinuität und Perspektiven

Die Sowjetunion und Island können auf eine langjährige Zusammenarbeit zurückblicken. Die UdSSR erkannte als einer der ersten Staaten die Unabhängigkeit Islands an. Die 35 Jahre seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern zeugen davon, daß ihre Anstrengungen zur Entwicklung der allseitigen Kontakte fruchtbar sind. Zu einem wichtigen Schritt hierbei wurde der offizielle Besuch Geir Hallgrímsson, die erste Visite eines isländischen Ministerpräsidenten in der Sowjetunion.

„Zwischen unseren Ländern gibt es

keine ungelösten Streitfragen. Deshalb besteht keine Notwendigkeit, mich bei meinem Aufenthalt mit der Bereinigung von Differenzen zu befassen“, erklärte der isländische Regierungschef am 21. September im Großen Kremlpalast.

Die Positionen der UdSSR und Islands zu einer ganzen Reihe bedeutender internationaler Probleme sind nahe oder decken sich. Beide Länder gründen ihre Außenpolitik auf die Notwendigkeit, die Entspannung zu vertiefen sowie Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu festigen. Beide Seiten messen der Einstellung des Wettrüstens und der Not-

ZU GROMYKOS GESPRÄCHEN IN WASHINGTON

Die Weltöffentlichkeit verfolgt mit verständlichem Interesse die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen, zur Vorbereitung eines neuen Abkommens (die Gültigkeitsdauer des im Mai 1972 geschlossenen Zeitweiligen Abkommens über einige Maßnahmen zur Begrenzung der strategischen Offensivwaffen läuft am 3. Oktober 1977 aus). Nach den Gesprächen in Moskau im März d. J., als die amerikanische Seite versuchte, Vorteile für sich zu erreichen, regte sich in weiten internationalen Kreisen Besorgnis über den Fortgang der Verhandlungen. Sie wurden im Mai in Genf fortgesetzt, und ihre Teilnehmer — der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko und US-Außenminister Cyrus Vance — konstatierten einen gewissen Fortschritt.

Jetzt fand in Washington die dritte Runde der Gespräche auf Regierungsebene in diesem Jahr statt: Am 22. und 23. September traf Andrej Gromyko mit US-Präsident James Carter und mit Cyrus Vance zusammen. Die Ergebnisse dieser Gespräche (Gromyko und

Vance werden noch in New York am Rande der UNO-Vollversammlung zusammenkommen) und die der Presse übergebenen Dokumente lassen vorsichtigen Optimismus und die Hoffnung auf greifbare Resultate aufkommen.

Die Fragen einer Begrenzung der strategischen Rüstungen standen bei den Gesprächen im Mittelpunkt. Die Seiten stellten auch diesmal einen gewissen Fortschritt bei der Annäherung der Positionen fest. Sie bekräftigten ihre Entschlossenheit, ein neues Abkommen über die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen (SALT II) zu schließen, die Verhandlungen fortzuführen und sie demnächst abzuschließen. Solange sie laufen, haben sich die UdSSR und die USA in gleichlautenden Erklärungen verpflichtet, sich an das Zeitweilige Abkommen von 1972 zu halten.

Gromyko charakterisierte das Wesen des Problems, das bei den Washingtoner Gesprächen erörtert wurde, wie folgt: Wir gehen einsteilen durch eine Furt, doch haben wir noch nicht das andere Ufer erreicht, da es so manche Steine im Wasser gibt.

wendigkeit konkreter Ergebnisse bei der Abrüstung große Aufmerksamkeit bei. Von Jahr zu Jahr festigen sich die bilateralen Beziehungen. Politische Konsultationen werden zu einer festen Einrichtung, die Kontakte zwischen den Parlamenten beider Länder erweitern sich. Feste Formen haben auch die Verbindungen zwischen sowjetischen und isländischen Gewerkschaften, zwischen Jugend-, Frauen- und anderen gesellschaftlichen Organisationen angenommen.

Die Wirtschaftsverbindungen wurden zur treibenden Kraft in den sowjetisch-isländischen Beziehungen. In den letzten sechs Jahren hat sich der beiderseitige Warenaustausch mehr als verdreifacht. 1976 ist die Sowjetunion der erste Abnehmer Islands geworden. Die UdSSR deckt fast vollständig den Bedarf der Inselrepublik an Erdölprodukten, beteiligt sich am Bau des größten Wasserkraftwerkes, exportiert Autos und andere Industriewaren. Island liefert der Sowjetunion große Mengen

Fisch, Wollwaren und andere Erzeugnisse.

Der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, Alexej Kossygin, schätzte die sowjetisch-isländischen Beziehungen positiv ein. Er betonte, daß sie sich auf die Prinzipien der Gleichberechtigung, der Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten gründen. „Und je mehr Staaten ihre Beziehungen nach diesen Prinzipien gestalten werden, desto unwahrscheinlicher werden die Entstehung von Konfliktsituationen in der Welt, die Fortsetzung des Wettrüstens und internationale Spannungen“, sagte der sowjetische Regierungschef.

Der UdSSR-Besuch des isländischen Ministerpräsidenten hat gezeigt, daß die sowjetisch-isländischen Beziehungen Kontinuität und Perspektiven haben und von Vertrauen getragen sind. Nach den Moskauer Gesprächen ist die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern noch vielfältiger geworden.

W. BOJKOW

Das wurde auch dieser Tage wieder deutlich, als in Washington die sowjetisch-amerikanischen Gespräche liefen. Die US-Presse weiß von immer neuen Machenschaften des Pentagon zu berichten, das ein Rüstungsprogramm nach dem anderen durchpeitscht und eine Erhöhung der Reichweite der Flügelraketen verlangt, die ohnehin schon die SALT-II-Gespräche bremsen. Im Pentagon spricht man davon, „Trümpfe“ für die Verhandlungen zu sammeln. Allem Anschein nach denkt man dort keineswegs daran, Zurückhaltung zu zeigen. Doch wer nicht bereit ist, selbst zurückzusteuern, kann natürlich nicht damit rechnen, daß dies andere tun werden.

Zweifelsohne haben jene Politiker in Washington recht, die, wie der *Bostoner Christian Science Monitor* schrieb, dazu neigen, daß „das Prinzip der ‚beiderseitigen Zurückhaltung‘ bei der Entwicklung neuer Waffen möglicherweise Ergebnisse in den Beziehungen zu den Russen bringen wird, während der Wunsch, sich ‚Trümpfe‘ zu schaffen, sehr gefährlich werden kann“.

Bei den Gesprächen in Washington wurden auch andere Fragen der Begrenzung des Wettrüstens, der Abrüstung behandelt. Sie betreffen ein Verbot aller Tests von Kernwaffen, chemischen Waffen sowie der neuen Arten und Systeme von

Massenvernichtungswaffen. Gegenstand der Gespräche waren ferner die Nichtweitergabe von Kernwaffen und die Lage im Indischen Ozean. Die UdSSR und die USA bekundeten die Absicht, weiterhin ein Abkommen bei den Wiener Verhandlungen über eine Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa anzustreben.

Beide Seiten bezeichneten den Meinungs-austausch zu den wichtigsten Fragen der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen als nützlich. Das beiderseitige Streben zu ihrer konstruktiven, stabilen Aufwärtsentwicklung in den verschiedensten Bereichen und auf der Grundlage der bestehenden Verträge und Abkommen sowie die Bereitschaft, nach beiderseitig annehmbaren Lösungen der bestehenden Probleme zu suchen — das sind die wichtigsten Punkte in der gemeinsamen Mitteilung über die Gespräche, die bei allen, die in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen einen entscheidenden Faktor des Weltfriedens erblicken, Befriedigung hervorgerufen.

Die UdSSR und die USA bekundeten ihre Absicht, zum Erfolg des Belgrader KSZE-Nachfolgetreffens beizutragen. Beide Seiten sprachen sich dafür aus, daß die Genfer Nahostkonferenz noch vor Ende dieses Jahres einberufen wird.

W. KUSNEZOW

NZ

STREIFLICHTER

■ GRIECHENLAND

In Athen wurde bekanntgegeben, die griechische Regierung wolle am 20. November vorfristige Parlamentswahlen abhalten. Die letzten Wahlen von 1974 brachten Karamanlis' Partei Neue Demokratie die absolute Mehrheit. Sie fanden gleich nach dem Sturz der Militärdiktatur statt, als sich die Oppositionsparteien gerade erst formierten und einige von ihnen, z. B. die KP, die ersten legalen Schritte taten.

In der dreijährigen Amtszeit ist es der Regierung Karamanlis nicht gelungen, die Hauptprobleme des Landes zu lösen. In Griechenland gibt es nach wie vor ausländische Militärstützpunkte, die Austeritätspolitik hat die wirtschaftliche Lage der Werktätigen nicht verbessert, im Staatsapparat sitzen Helfershelfer und Anhänger der faschistischen Junta. Daß diese und viele andere Probleme ungelöst blieben, wurde indirekt auch von der Regierung anerkannt. Gerade mit dem Hinweis auf die ungelösten Fragen setzte die Regierung den Wahltermin ein Jahr eher an. Die jetzige Führung hofft, die Wahlen zu gewinnen, für weitere vier Jahre an der Macht zu bleiben und dann die bestehenden Probleme anzupacken.

■ AMERIKA

In Genf ging die internationale Konferenz zum Schutz der Rechte der Bevölkerung Amerikas, der Indianer, zu Ende. Die Vertreter der Indianer aus 15 Ländern Nord-, Mittel- und Südamerikas berichteten von der Notlage der indianischen Bevölkerung, von der Politik des Genozids und der Rassendiskriminierung. In den USA gibt es über 100 Indianerreservate mit 500 000 Menschen, der Verdienst einer Indianerfamilie in einem Reservat beträgt ein Viertel des US-Durchschnittseinkommens und liegt bedeutend unter der offiziellen Armutsgrenze. Über 60 Prozent der arbeitsfähigen Indianer in den USA sind arbeitslos, die durchschnittliche

PROVOKATIONEN DER RASSISTEN

Alexander DUMOW

Unter strengster Geheimhaltung verliefen Mitte September in Pretoria Gespräche zwischen dem Premier des rassistischen RSA-Regimes John Vorster und dem rhodesischen Rassistenführer Ian Smith. Es gab keinerlei offizielle Erklärungen über die Verhandlungsergebnisse, und nur Smith äußerte Korrespondenten gegenüber: „Wir haben es hier mit sehr heiklen Problemen zu tun.“

Gleich nach der Begegnung mit Vorster begaben sich Smith und seine Begleitung zu einem Frühstück. Jemand bemerkte dazu, die Gespräche hätten, trotz ihres „heiklen“ Inhalts, Smith nicht die Laune und den Appetit nehmen können. Wieder hatten die Rassisten eine gemeinsame Sprache gefunden. Einiges Licht auf die hinter verschlossenen Türen abgehandelten Themen wirft die Presse. Aus Meldungen geht hervor, daß auch die Intensivierung der Kriegshandlungen gegen die benachbarten afrikanischen Staaten erörtert wurde.

„Selous-Scouts“ und andere

Die Subversionen der rhodesischen Rassisten gegen das souveräne Moçambique setzten praktisch schon mit Erringung seiner Unabhängigkeit ein und werden bis zum heutigen Tag fortgesetzt. So landeten am 25. September im Raum der Städte Chicualacuala und Mapai Fallschirmspringer, die von Bombern und Jägern unterstützt wurden. Granatfeuer und Bombardierungen wurden weiterhin verschiedene Ortschaften ausgesetzt. Die Landung der Fallschirmtruppen war vom rhodesischen Befehlsstab als Einleitung einer massierten Operation gegen Moçambique geplant, um das Volksregime im Lande zu stürzen. Der entschlossene Einsatz der Streitkräfte Moçambiques vereitelte diese Aktion. Moçambiques Präsi-

dent Samora Machel erklärte, zwischen März 1976 und Juni 1977 hätte es 143 bewaffnete Überfälle von rhodesischer Seite gegeben, wobei etwa 1500 Landesbewohner umgekommen seien.

Bei ihrem Vordringen auf das Territorium Moçambiques setzten die Rassisten außer regulären Truppenteilen auch die Sondereinheiten der „Selous-Scouts“ ein. Sie wurden vor drei Jahren aufgestellt und erlangten traurigen Ruhm nicht nur in Rhodesien. Die „Selous-Scouts“ haben nur einen Auftrag: Mord. Ausländische Zeitungen melden, sie würden im Ausbildungszentrum „Wafa-Wafa“ (auf Deutsch: „Du bist tot“) in der „Technik“ des Mordens, Raubens und Brandstiftens geschult.

Moçambique ist nicht das einzige Land, das von der rhodesischen Militärclique überfallen wird. Immer häufiger wird auch Sambia angegriffen. Auch dorthin schicken die Rassisten nicht nur Diversanten zu Terroraktionen gegen Zivilobjekte, sondern unternehmen auch offene bewaffnete Überfälle. Mehrmals waren bereits Luftangriffe auf sambische Ortschaften zu verzeichnen. Anfang September kamen bei einem Bombenangriff rhodesischer Flugzeuge auf den östlich von Lusaka gelegenen Raum Feira drei Sambier ums Leben und fünf wurden schwer verletzt.

Deshalb hat die sambische Regierung vor kurzem Sperrstunden und Verdunkelung in vier Großstädten angeordnet. Sambias Präsident Kaunda sagte vor Journalisten, die jetzige Situation bedeute praktisch den Kriegszustand mit Rhodesien.

Auch in Erklärungen von Botswana wurden mehrmals aggressive Aktionen der Rhodesier an den Grenzen gemeldet. Allein in diesem Jahr wurde das Land 24mal von rassistischen Truppen angegriffen. Mitteilungen aus Botswana zufolge

unternahmen die Rhodesier in jüngster Zeit eine starke Truppenkonzentrierung an der Grenze.

Bei ihren militärischen Aktionen gegen souveräne afrikanische Staaten setzten Rhodesiens Rassisten modernste Waffen — Bomber und schwere Artillerie — ein. Hier handelt es sich also nicht um „Grenzzwischenfälle“, nicht um vereinzelte Provokationen, sondern um eine genau geplante Aggression.

Die Achse Pretoria—Salisbury

Bei der Ausweitung ihrer Aggression gegen die afrikanischen Nachbarstaaten stützt sich Salisbury ständig auf die Machthaber in Pretoria. In Verletzung der UNO-Sanktionen liefert die RSA weiterhin die benötigten Waffen sowie Erdöl und andere Güter an Rhodesien. Darüber hinaus geht Pretoria selbst zu offenen Provokationen gegen das unabhängige Afrika über. Vor kurzer Zeit wurden auf dem Übungsgelände De Brug unweit von Bloemfontein die ausgedehntesten Manöver der RSA-Armee in den letzten 12 Jahren abgehalten. Mit ihnen sollten umfangreiche Landoperationen auf benachbartem Gebiet erprobt werden.

Die RSA-Intrigen konzentrieren sich vor allem auf Volksangola.

Die aktive Zusammenarbeit der Rassisten mit der angolanischen Marionettenorganisation UNITA geht weiter. Im Norden Namibias bilden die Südafrikaner Soldaten für die UNITA-Banden aus, die dann auf angolanisches Territorium geschleust werden, um dort Diversions- und Terrorakte zu unternehmen.

Anfang 1977 wurde der Plan einer Invasion Angolas unter dem Codenamen „Cobra-77“ bekannt. Sie sollte von den genannten UNITA-Banden ausgeführt werden, die Militärstützpunkte der südafrikanischen Armee in Namibia nutzen konnten.

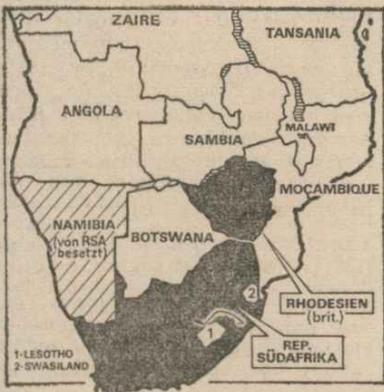
Der UNITA-Sekretär für Äußeres George Sangumbe äußerte in einem Interview für die Zeitschrift *Africa*, im Süden Angolas solle in nächster Zeit eine „unabhängige Republik“ unter der Bezeichnung „Schwarze Sozialistische (!) Republik Angola“ gebildet werden. In einem Anfall von Offenheit meinte Sangumbe auch, die UNITA lehne RSA-Hilfe in Form von Waffenlieferungen und militärischer Ausbildung nicht ab. Die Rassisten unterstützen die

UNITA und unternehmen gleichzeitig selbst eindeutig aggressive Aktionen gegen Angola: Sie nehmen das Gebiet des Landes unter Beschuß, veranstalten provokatorische bewaffnete Grenzüberfälle und schießen wie am 12. Juli d. J., Transportflugzeuge Angolas ab.

Die angolansische Transportmaschine befand sich im eigenen Luftraum und setzte zur Landung auf den Flughafen von Cuangar an der Grenze zu Namibia an. Bei diesem Anschlag mußten 12 an Bord des Flugzeugs befindliche Angolaner ihr Leben lassen.

Die wahren Ziele

Pretoria versucht seine aggressive Politik gegen Angola mit einer von dort ausgehenden „Bedrohung“



zu rechtfertigen, obwohl die angolansische Regierung niemals jemanden bedroht hat. In Salisbury „begründet“ man die Überfälle auf die Nachbarstaaten mit einem „Recht zur Verfolgung von Partisanen über die Grenze“. Auch das ist eine eindeutige Verdrehung der Tatsachen. Denn die rassistischen Machthaber geben zu, daß sich die Stützpunkte der Partisanen in Rhodesien selbst befinden. In zwei Dritteln des Landes wird gekämpft, und bedeutende Gebiete werden von der Patriotischen Front kontrolliert. Die Partisanen brauchen also kein Stützpunktnetz jenseits der Grenzen. Die Überfälle der Rassisten auf die unabhängigen Nachbarstaaten können damit nicht erklärt werden.

Angola, Moçambique, Sambia und Botswana bilden die Gruppe der sogenannten Frontstaaten an vorderster Linie des Kampfes gegen Rassismus und Apartheid. Indem

die Rassistenregimes mit eindeutiger Zustimmung imperialistischer Kreise die militärischen Aktionen gegen diese Staaten ausdehnen, versuchen sie aus dem verwunschenen Kreis auszubrechen, in den sie geraten sind.

Die aggressiven Handlungen der rassistischen Militärs stellen vor allem eine Kräftedemonstration dar. Sie sollen nicht nur die unmittelbar betroffenen Länder, sondern die Völker ganz Afrikas abschrecken. Die Rassisten hoffen, die Furcht vor ihrer militärischen Stärke werde Afrika veranlassen, auf die Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen im Süden des Kontinents zu verzichten. Nicht unwichtig für die militärische Druckausübung auf die afrikanischen Völker sind auch die Arbeiten an der Herstellung von Kernwaffen in der RSA.

Smith und Vorster wollen ferner den erfolgreichen wirtschaftlichen Aufbau in den afrikanischen Ländern verhindern, und die für die Entwicklung dringend gebrauchten Ressourcen auf Verteidigungsbedürfnisse und die Wiederherstellung der während der Kampfhandlungen zerstörten Objekte umlenken.

Bei ihren provokatorischen Aktionen gegen die schutzlose friedliche Bevölkerung haben die Rassisten außerdem das Ziel im Auge, den Kampfgeist ihrer Armeen zu heben. Schließlich läßt sich gegen eine friedliche Bevölkerung sehr viel leichter vorgehen, als gegen die Partisanen, die einen gerechten nationalen Befreiungskampf führen.

Hauptsächlich aber zielen die Rassisten mit der Eskalation ihrer Kriegshandlungen gegen die souveränen afrikanischen Staaten auf eine Ausweitung des Spannungsherdes ab. Sie wollen den Boden dafür vorbereiten, im geeigneten Moment einen Großkrieg in Afrika anzuzetteln und danach ihre westlichen Gönner offen um Hilfe anzugehen.

Das alles beweist immer wieder, daß die bloße Existenz der reaktionären Regimes zu einer ständigen Quelle der Instabilität und Spannungen im Süden Afrikas, zu einer Gefahr für den Weltfrieden und die Sicherheit geworden ist.

NZ

STREIFLICHTER

Lebenserwartung beträgt 46 Jahre. „Die Politik der US-Behörden ist darauf gerichtet, den Indianern die kulturellen, religiösen und politischen Freiheiten vorzuenthalten. Im Grunde genommen ist ihr Ziel wie vor 300 Jahren die Ausrottung der indianischen Bevölkerung“, erklärte unlängst der Direktor der Bewegung der amerikanischen Indianer, B. Bellecourt.

Im Schlußdokument verurteilten die Konferenzteilnehmer die Politik der USA und anderer kapitalistischer Länder des Kontinents gegenüber den Indianern und merkten ein Aktionsprogramm für den Schutz der Rechte der Urbevölkerung Amerikas vor.

■ GROSSBRITANNIEN

Am 20. und 21. September fand in London eine Konferenz der 15 wichtigsten Exportländer von nuklearem Material, Anlagen und Technologie statt. An ihr nahmen Delegationen aus den Mitgliedsstaaten des Club of London statt — Belgien, Großbritannien, BRD, DDR, Italien, Kanada, Niederlande, Polen, UdSSR, USA, Frankreich, CSSR, Schweiz, Schweden und Japan.

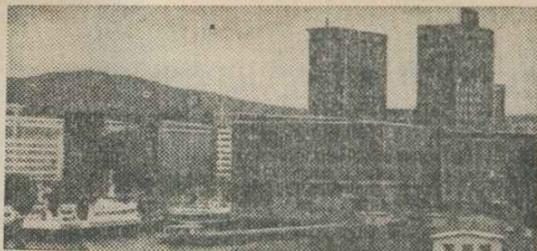
Maßnahmen wurden erörtert, um zu verhindern, daß der Export von Kernmaterial zu einer Weitergabe von Atomwaffen führt. Die Konferenzteilnehmer einigten sich auf zusätzliche Schritte zur Verschärfung der Kontrolle über die Nichtweitergabe von Kernwaffen. Zur Erörterung weiterer Maßnahmen vereinbarten die Teilnehmer des Club of London, 1978 die Verhandlungen fortzuführen.

■ RSA

„Sicherheitskräfte“ der südafrikanischen Polizei richteten weiter Pogrome in Soweto an. Am 24. September eröffneten sie das Feuer auf Afrikaner, die an der Beerdigung eines namhaften Führers der afrikanischen Jugend, Steve Biko, teilnahmen, der in einem Rassistengefängnis zu Tode gepeinigt wurde. Die Büffel, die mit Gummi-

WAHL-ERGEBNISSE

Marat SUBKO



Gleichgewicht der Kräfte plus Polarisierung der Kräfte, diese Kombination kennzeichnet unserer Meinung nach den Ausgang der norwegischen Parlamentswahlen vom 12. September.

Gäbe es im norwegischen Storting eine gerade Sitzzahl, hätte sich erwarten lassen, daß das Land das „tote Kräftegleichgewicht“ wiederholt, das 1973 in Schweden entstanden war, als die Parteien der Arbeiterbewegung und die des bürgerlichen Blocks je 175 Mandate gewannen.

Das Storting jedoch hat eine ungerade Sitzzahl — 155. Deshalb ist ein Sieger unausbleiblich. Als Hauptprätendent auf den Sieg galt entweder die regierende Arbeiterpartei, die im Storting von den Linkssozialisten unterstützt wird, oder der Block der konservativen Parteien, der sich aus der Christlichen Volkspartei, der Zentrums- und der konservativen Høyre-Partei zusammensetzt.

In der Nacht zum 13. September saß ganz Norwegen vor den Fernsehern. Der Wahlstab war im TV-Zentrum Oslo zusammengetreten. Hier liefen die Daten der Stimmentzählung ein, hier wurden sie sofort auf den Bildschirm weitergegeben und von Experten und Interessierten kommentiert. Interessierte gab es übergenug, denn vor den Kameras hatten sich Führer und Vorstandsmitglieder der rivalisierenden Parteien eingefunden. Die ebenfalls anwesenden norwegischen und ausländischen Journalisten konnten von den erregten Gesichtern der Politiker leicht das Auf und Ab des Wahlganges ablesen.

Den diesjährigen Wahlen wurde in Norwegen besondere Bedeutung beigemessen. In den nächsten vier Jahren nämlich kommt das Land allmählich in den vollen Genuß der Erdöl- und Erdgaseinkünfte aus der Nordsee. Wie sollen diese Gewinne verteilt werden? Fließen sie in erster Linie den Konzernen zu, oder werden sie auch in den gesellschaftlichen Konsumtionsfonds einfließen und damit zur Lösung der Wirtschaftsprobleme des Landes beitragen? Die Antwort auf diese Fragen hängt verständlicherweise von der Zusammensetzung des Parlaments und davon ab, welche Partei (oder Parteien) die Regierung stellt.

Die Norweger verknüpften mit

den Erdölgewinnen die Lösung vieler anstehender Fragen. Während des Wahlkampfes boten die 13 Parteien den Wählern verschiedene Lösungsrezepte für die Probleme Beschäftigung, Renten, Preisauftrieb und Inflation, aber auch Steuern, Sicherung der Arbeitsplätze für Frauen, Hilfe für Randbezirke an. Besondere Aufmerksamkeit galt dem Zahlungsbilanzdefizit und den Auslandsschulden.

Als der Wahlstab um 3 Uhr morgens die Auszählung beendete, schien die Situation völlig eindeutig. Die bürgerlichen Parteien hatten verloren (77:78), und bei der Arbeiterpartei herrschte helle Freude. Ihre Führer stellten sich imposant den Objektiven und nahmen die Glückwünsche ihrer politischen Rivalen entgegen. Mir schien allerdings, daß in diesem Augenblick kaum jemand das Wort eines der ältesten norwegischen Politiker Helge Seip besonders ernst nahm, der unter den Kommentatoren die Rolle eines menschlichen Computers spielte. In seiner letzten Auswertung wies er auf Umstände hin, die „alles umkehren“ könnten. Seip meinte die Unklarheit um ein Mandat in Mittelnorwegen.

Am Morgen brachten die Zeitungen in Schlagzeilen den Sieg der Arbeiterpartei. Ein paar Stunden später jubelten plötzlich die Anhänger der bürgerlichen Parteien. Der Rundfunk hatte gemeldet, jenes unklare Mandat sei ihnen zugefallen, und das Kräfteverhältnis habe sich zu ihren Gunsten (78:77) verändert. Allerdings waren die Bürgerlichen insgesamt etwa 24 Stunden Sieger. Am 14. September unterbrach Radio Norwegen erneut seine Sendefolge: Das „umherirrende Mandat“ war ins gegnerische Lager gewandert. Über sein Schicksal hatten die Stimmentzettel von nur 142 Wählern entschieden.

Die Arbeiterpartei Norwegens erlangte 76 Parlamentssitze. Eine solche Anzahl hatten die Sozialdemokraten seit 20 Jahren nicht mehr.

„Unsere Partei verzeichnete einen starken Rückgang bei den Wahlen 1973, als wir insgesamt 62 Mandate erhielten“, sagte uns in der Nacht zum 13. September der Vorsitzende der Arbeiterpartei R. Steenn. „Jetzt jedoch bauen wir unsere Stellung wieder aus.“

Erinnern wir daran, daß der Miß-

erfolg der Sozialdemokraten bei den vorangegangenen Wahlen unmittelbares Ergebnis der Politik der rechten Parteiführung war, die gemeinsam mit den Konservativen bei dem Referendum von 1972 darauf drang, daß das norwegische Volk dem Beitritt Norwegens zum Gemeinsamen Markt zustimmte. Damals hatte es nein geheißen.

Der Erfolg der Arbeiterpartei bei den jetzigen Wahlen erklärt sich vor allem daraus, daß die 1973 von ihr gebildete Minderheitsregierung der Senkung der Arbeitslosenrate und der Arbeitsplatzbeschaffung große Aufmerksamkeit geschenkt hatte. In dieser Hinsicht unterscheidet sich das heutige Norwegen vorteilhaft von vielen anderen westlichen Staaten, die riesige Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt haben und deren Arbeitslosenzahlen in die Hunderttausende und die Millionen gehen.

Außerdem bemühten sich die Sozialdemokraten in inoffiziellen Einvernehmen mit großen bürgerlichen Parteien, während des Wahlkampfes nicht besonders auf internationale Fragen einzugehen. Der außenpolitische Kurs Norwegens aber nimmt bekanntlich Rücksicht auf die NATO-Mitgliedschaft des Landes und seine Beteiligung an den militärischen Übungen dieses aggressiven Blocks.

Kommen wir noch einmal auf den Beitritt Norwegens zum Gemeinsamen Markt zurück und erinnern wir uns, daß infolge des Kampfes des norwegischen Volkes gegen diesen Schritt eine sogenannte Sozialistische Wahlliga ins Leben gerufen wurde, der auch die Kommunistische Partei angehörte. Bei den Wahlen 1973 trug die Liga mit 16 Parlamentssitzen einen beachtlichen Sieg davon. Einige ihrer Führer allerdings betrieben in den folgenden Jahren die Beseitigung der Selbständigkeit der Liga angehörenden Parteien. Das Ergebnis war, daß sie auseinanderfiel.

Die danach entstandene Sozialistische Linkspartei gewann bei den jetzigen Wahlen nur zwei Abgeordnetensitze. Übrigens ergab sich der zweite aus dem „umherirrenden Mandat“.

Die KP Norwegens konnte bislang nicht die nötige Stimmenzahl aufbringen, um im Storting vertreten zu sein. Sie nutzte jedoch die Wahlkampagne zu weitgehenden Po-

pularisierung ihres Programms, das auf dem Schutz der wahren Interessen der Werktätigen in ihrem Kampf gegen das Kapital, für Frieden und Abrüstung, gegen die NATO-Aktivitäten auf norwegischem Boden basiert.

Der Vorsitzende der KP Norwegens Martin Knutsen sagte zum Wahlausgang, die Partei habe sich in der norwegischen Politik etabliert und besitze viele Sympathisanten.

Was aber tut sich am rechten Flügel der norwegischen Politik? Die bürgerlichen Parteien haben die gleiche Sitzanzahl wie bisher (77), die Sitze verteilen sich jetzt jedoch völlig anders. Die Neue Volkspartei und die sogenannte Anders-Langes-Partei büßten Parlamentssitze ein. Die Hoyre-Partei, Interessenvertreter des Großkapitals und der eifrigste NATO-Befürworter, konnte mit 41 Mandaten aufsteigen und wurde so zur einflußreichsten konservativen Partei im Storting. Sie buchte praktisch alle Stimmen von rechts für sich.

Die Wahlen sind vorüber, die Ergebnisse klar, wie geht es weiter?

Das relative Kräftegleichgewicht in der Politik zeugt von mangelnder Stabilität. Es birgt im Prinzip Schwankungen und Krisensituationen in sich. Obwohl unter bestimmten Voraussetzungen auch ein einziges Plusmandat einer Parteiengruppe die Möglichkeit einer langen Regierungszeit geben kann.

In einem Journalistengespräch in der Wahlnacht erklärte der Vorsitzende der Linksozialisten Berge Furre, die linkssozialistischen Abgeordneten würden im Parlament die Arbeiterpartei unterstützen. Das aber bedeutet, daß die Sozialdemokraten erneut eine Minderheitsregierung bilden können, natürlich, wenn ihnen das Recht dazu eingeräumt wird.

Das Hauptergebnis der Parlamentswahlen in Norwegen ist also offenbar darin zu sehen, daß es den bürgerlichen Parteien in dieser für das norwegische Volk wichtigen Periode nicht gelang, sich zur Macht durchzurufen.

Oslo, im September

NZ

STREIFLICHTER

knüppeln rücksichtslos auch gegen Frauen und Kinder vorgingen, verhafteten über 100 Personen. In Mdsan, einem Vorort von East London, schossen sie auf Afrikaner, die bei der Beerdigung Bikos zugegen waren. Zwischen Afrikanern und „Sicherheitskräften“ kam es zu Zusammenstößen. Es gab Verletzte. Durch das unmenschliche Vorgehen gegen Teilnehmer einer Kundgebung zwei Tage vor der Beerdigung kam ein 15jähriger Junge ums Leben, viele wurden schwer verletzt.

Bereits über eine Woche nehmen die Massendemonstrationen gegen die Untaten und Verbrechen der Rassisten gegen die afrikanische Bevölkerung, gegen die systematischen Morde an politischen Gegnern kein Ende. Die Demonstranten verlangen eine unverzügliche Liquidierung der Apartheid, die Millionen Afrikanern Leid und Tod bringt. Die RSA-Behörden, die weitere Unruhen befürchten, haben die Polizei in Alarmbereitschaft versetzt.

USA

Präsident James Carter verlas am 21. September auf einer Pressekonferenz einen Brief des Haushaltsdirektors Bert Lance, in dem jener um seinen Rücktritt ersuchte. Der Bitte von Lance, der finanzieller Machenschaften als Leiter zweier Banken in Georgia bezichtigt wird, wurde nachgegeben.

„Bert Lance ist mein Freund“, hatte der Präsident erklärt. „Ich kenne ihn so gut, als wäre er mein Bruder. Ich habe nicht den geringsten Zweifel daran, daß er anständig und ehrlich ist.“ Auf Fragen von Korrespondenten sagte Carter, er wie Lance seien früher wie jetzt dafür verantwortlich, daß das amerikanische Volk seiner Regierung berechtigtes Vertrauen entgegenbringt. Zugleich schrieb die New York Times in einem Kommentar zu seinem Rücktritt: „Wie ungerne es Präsident Carter auch eingestand, so wurde ihm doch letzten Endes klar, daß es ihm politisch zu teuer zu stehen kommt, seinen Freund als Haushaltsdirektor zu halten.“

INTERVIEW

POSITIVE BILANZ

Vom 19. bis 21. September fand in Moskau die zweite Tagung der gemeinsamen sowjetisch-amerikanischen Kommission für Zusammenarbeit im Wohnungsbau und auf anderen Gebieten des Bauwesens statt. Die sowjetische Delegation wurde vom stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, dem Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Bauwesen der UdSSR, Ignati NOWIKOW, geleitet; die amerikanische Delegation — vom Minister für Wohnungsbau und städtische Entwicklung der USA, Patricia HARRIS.

Die jetzige Tagung zog eine Bilanz der dreijährigen gemeinsamen Arbeit und zeigte Wege für eine weitere Entwicklung der Zusammenarbeit auf. Die Sowjetunion und die USA werden Delegationen, Experten und Praktikanten austauschen, Konferenzen und Seminare abhalten, gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsvorhaben durchführen sowie die Entwicklung der direkten Verbindungen zwischen Fachleuten, Organisationen und Firmen fördern. Patricia Harris gab dem NZ-Korrespondenten Wladimir Rosen ein Interview.

Wie bewerten Sie die Ergebnisse der Tagung!

Positiv. Die Tagung förderte die Entwicklung der Zusammenarbeit und den Austausch technischer Informationen im Wohnungsbau und auf anderen Gebieten des Bauwesens. Wir legten die Bereiche fest, auf denen wir in den nächsten Monaten zusammenarbeiten werden — z. B. die Nutzung der Sonnenenergie zur Beheizung von Gebäuden.

Einige Aspekte der Zusammenarbeit werden später konkretisiert werden.

Welchen Wert hat für die amerikanische Seite das Studium der sowjetischen Erfahrungen bei Projektierung und Bau!

Wir interessieren uns stets für Fertigteilbau. Bei uns werden Stahlbetonelemente für große Gebäudeteile unmittelbar auf dem Bau hergestellt, doch nicht das ganze Gebäude. Wir haben deshalb Interesse an einer Vorfertigung einzelner Elemente.

Meinen Sie, daß eine verstärkte Zusammenarbeit im Wohnungsbau und auf anderen Gebieten des Bauwesens zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern beitragen wird!

Das steht außer Zweifel.

EIN AUFENTHALT IN SALZBURG

Valeri BEGISCHEW

*Wie aus des Ringes goldenem
Funktelt der Diamant,
Grüßt aus der Hügel grünenden
Salzburg, die Feste,
im Morgenschein.*

So besingt die Landeshymne die Hauptstadt von Salzburg — Salzburg. Mit der Feste ist die Hohen-salzburg gemeint, die weniger ma-jestätisch als vielmehr sehr anhei-melnd vom Mönchsberg herunter-grüßt. Von meinem Betrachtungs-punkt aus scheint sie mir wie auf die Spitzen der vielen Kirchtürme gespießt, die zu zählen ich mir nicht die Mühe mache. Es sind einfach zu viele. Zwischen den Kirchen, den anderen Barockbauten und den neuzeitlicheren Bürgerhäusern schlängelt sich die Salzach und macht so aus dem einen Salzburg eigentlich zwei. Aber die Brücken verklammern das Ganze wieder, so daß die Fürst-Erzbischöfe keine Mühe hatten, ihre Schäflein hübsch beisammenzuhalten. Diese Kirchen-fürsten, seit 739 dort in ihrem Erz-bistum ansässig, waren allerdings durchaus weltzugewandt. Sie gaben der Kirche was der Kirche ist, ver-gaben aber keineswegs die Lebens-freude. Die ganze Stadt bietet einen durchaus heiteren Anblick — die strenge Gotik ist hier nie zu Anse-hen gelangt, vielleicht wegen des ursprünglichen Frohsinns der Salz-burger — und ist heute mit ihren bunten Ladenschildern, den leuch-tenden Markisen der Cafés inmitten all des Grünens und Blühens noch schmucker. Und während früher die Gläubigen mit Pferd und Wagen zu den Prozessionen nach Salzburg strömten, bilden sich heute die Pro-zessionen bereits auf den Autobah-nen, über die die Stadt von Westen, Osten und Süden zu erreichen ist.

In diese Pracht und Herrlichkeit also wurde Mozart hineingeboren. Soll man sich da wundern, über das Heitere und Beschwingte seiner Töne, über seine jubelnden Geigen und zirpenden Spinette? Sein Geburts-haus in der Getreidegasse ist heute das Prozessionsziel Nummer 1 von Salzburg und eines der meistbesuch-ten Museen Österreichs überhaupt. Gewandte Führer weisen den Be-suchern den Weg und die Kostbar-keiten. Alles ist bis auf die Minute abgestimmt, um Stockungen zu ver-meiden. Rechts sehen Sie das Bild-nis des kleinen Mozart, links die Geige des Wunderkundes. Ach, ich mag sie nun einmal nicht, diese Mas-senführungen durch ein Museum, bei denen ich immer das Gefühl habe, nur Vordergründiges zu er-fahren. Dabei wüßte ich so gern, ob denn der Wolfgang Amadeus mit seiner Schwester Nannerl auch schon die berühmten Salzburger Nockerln gegessen hat. Aber das erzählt mir keiner.

Trotzdem schiebe ich mich pflicht-bewußt durch das Haus und überle-ge dabei, wie wohl unsere Nachfah-ren das Museumsführungsproblem lösen werden. Vielleicht hilft ihnen irgendein Superfernsehen. Bislang jedoch müssen die Besucher nach Möglichkeit diszipliniert werden. Das scheint ganz gut zu gehen. Unsere Begleiterin meint übrigens, sie habe besonders sowjetische Gäste gern, weil sie stets korrekt und sehr pietätvoll seien. Als Achtungsbeweis für unsere Achtung vor dem Kultur-erbe wird uns ein kleines Orgel-konzert in einer naheliegenden Kir-che gegeben. Es wurde zu einem wundervollen Auftakt der Bekannt-schaft mit dieser Stadt, in deren Mauern die „Zauberflöte“ entstand.

Hier ist überall Mozart. In den kleinen Gedenktafeln und im Mo-

zarteum natürlich, in den Kammer-musikkonzerten, im Tanzmeistersaal und in den luxuriösen Festspielen, die von den besten Klangkörpern der Welt besetzt werden. Vom Londoner Sinfonieorchester, von der Dresdner Staatskapelle, den Wiener, Leningrader und Münchner Philhar-monikern und vielen anderen. Mag sein, man geht mit dem Andenken an den Genius nicht immer sehr sorgsam um. Was die schokoladigen Mozartkugeln angeht, wollen wir mal nicht so sein. Aber wenn da der junge Mozart auf einer Reklame den Lenker eines Motorrads um-klammert oder ein knalliges Abzei-chen verkündet: „I like Mozart“ — da müßte eigentlich auch die öster-reichische Gemütlichkeit aufhö-ren. . .

Dornen im Tourismusparadies

Salzburg ist mit 8,5% des Territo-riums und 5,5% der Gesamtbevöl-kerung nicht das größte österrei-chische Bundesland. Sein Anteil an der österreichischen Industrieproduktion ist mit etwa 5% noch bescheidener. Obwohl sich die hiesige Industrie relativ normal entwickelt (natürlich entsprechend dem Auf und Ab der gesamten Wirtschaft), ist sie von der Steiermark, von Oberösterreich und um so mehr von Wien noch sehr weit entfernt. Dafür steht Salzburg in der Tourismusstatistik nach Tirol an zweiter Stelle.

Es gibt Orte, von denen man sagt, sie seien wie auf der Ansichtskarte. Von Salzburger Ansichtskarten kann man sagen, sie sind so wie die Wirk-lichkeit. Was hier die Landschaft stören könnte, wurde ausgemerzt oder umgebaut, angemalt, mit Grünpflanzen verdeckt. Selbst die Hochspannungsleitungen sind nach Möglichkeit nicht über, sondern un-ter der Erde. „Sie hätten sehen sol-len, wie es hier vor 15 Jahren aus-schaute. Überhaupt kein Vergleich“, sagte man uns in Mattsee, der klei-nen Grenzstadt zur Bundesrepublik.

Müßten sich die Einwohner hier nicht wie im Paradies fühlen? Doch

auf diese Frage antworten viele Salzburger skeptisch.

Das erste Anzeichen dafür bemerke ich in der Stimme unserer freundlichen Begleiterin Nadeshda Salpius (sie und ihr Mann Jewgeni sind Russen, leben aber bereits seit der Vorkriegszeit in Österreich), als ich mir ein modernes Wohnviertel am Stadtrand ansehe.

„Ich bin sicher, daß uns selbst am Abend nicht in jeder Wohnung jemand aufmachen würde“, sagte Nadeshda Salpius.

„Sie stehen leer, weil kaum jemand sie bezahlen kann.“

Wir setzen unser Gespräch später zu viert fort. Hinzugekommen waren Nadeshda Mann Jewgeni und der Sekretär der Landesorganisation der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft Franz Staadler, ein sehr bewandeter junger Mann; wie ich dann erfuhr, Doktorant der hiesigen Universität, Kommunist. Bei dieser Unterhaltung spannen wir den Faden Wohnraumproblem weiter.

Gebaut wird erstens wenig, weniger als im Landesdurchschnitt. Außerdem begann der Wohnungsbau bei den ersten Anzeichen des Konjunkturabschwungs rapide zurückzugehen. Von 1974—1975 verringerte sich sein Umfang in Österreich um 3%, in Salzburg aber um 26%.

Zweitens steigen die Mieten schwindelerregend, und in Salzburg wieder rascher als sonst in Österreich, ausgenommen das kleine Bundesland Vorarlberg. Innerhalb eines Jahres kletterten sie um mehr als 22%, und eine Normalwohnung kostet heute 3000 Schilling bei einem Durchschnittsverdienst von 7000. Es gibt zwar billigere Gemeindehäuser, doch steht Salzburg unter allen Landeshauptstädten in ihrer Errichtung an letzter Stelle. Von den erwähnten 1500 Wohnungen waren ganze 200 vermietet, die übrigen wurden verkauft. Das bedeutet, daß die meisten glücklichen neuen Wohnungsinhaber gut 25 Jahre Kredit abzahlen müssen. So lange läuft etwa ein Kreditvertrag, und versuche mal einer, ohne ihn auszukommen, wenn

eine 3-Zimmer-Wohnung so um die Million kostet.

Daher also stehen 5000 Wohnungen in der Stadt leer, während 9000 Familien Wohnraum suchen. Jungvermählte (400 Familien) müssen getrennt leben, weil sie kein gemeinsames trautes Heim finden können.

Franz macht eine ärgerliche Handbewegung:

„Überhaupt ist dieser ganze Touristenrummel ein zweischneidiges Schwert. Nehmen wir nur mal unsere berühmten Festspiele. Wissen Sie, was die Gemeinden dafür aufwenden müssen? Die Mozart-Festspiele des vergangenen Jahres verschlangen 140 Millionen. Für 70 Millionen wurden Eintrittskarten verkauft, das restliche Geld stammt aus dem Bundes- und Gemeindehaushalt. Glauben Sie etwa, der einfache Bürger kommt da rein? Die Eintrittskarte kostet immerhin Tausend Schilling. Wir drängen darauf, daß wenigstens die Generalprobe erschwinglich wird. Aber die Schallplattenfirmen, besonders aus der Bundesrepublik, machen ihren Reibach. Auch das ganze Drum und Dran, der Vergnügungsbetrieb, das Feuerwerk, die ganze Landschaftskosmetik kosten Geld. Die örtlichen Kulturbauten wurden fast eingestellt.“

„Franz hat ganz recht“, sagt Jewgeni Salpius. „Natürlich, Devisen bringen uns die Touristen schon. Aber nehmen wir mal die Gemeinde Mattsee, die ein paar Millionen für unterirdische Kabelverlegung ausspucken mußte, damit alles wie geleckert aussieht. Das Geld zweigen die Gemeinden natürlich aus dem Steueraufkommen ab. Bei uns ist auch alles teurer als in Wien oder Graz. Aber für einen, der kaum hinter die Kulissen schaut, leben wir in einer heilen Bilderbuchwelt.“

Interview mit einer Pensionswirtin

Wir waren da in ein heikles Thema geraten, und obwohl ich sicher war, daß diese Ansichten vermutlich

von den meisten vertreten werden, wollte ich es genauer wissen:

„Na, schön Franz, Sie als Kommunist sind gewohnt, die Interessen der einfachen Leute zu verteidigen. Aber soweit ich das beurteilen kann, hat die Mittelschicht hier ziemlich viel Einfluß. Und sie wird vermutlich von diesem Touristenboom etwas haben, irgendwer muß ja was davon haben. Was meint z. B. die Besitzerin dieser freundlichen Pension?“

„Wer was davon hat, wissen wir, und Sie wissen das auch“, lächelt Franz. „Aber solche Leute wie die Wirtin dieses Restaurants und der ganzen Pension ‚Zur Kapelle‘ — sie heißt übrigens Frau Fuchs — glauben häufig nur, daß sie was davon haben. Dieser Irrtum kommt uns teuer zu stehen, aber ich meine, früher oder später wird den Leuten ein Licht aufgehen.“

Wir baten Frau Fuchs an unseren Tisch, eine propere Frau mittleren Alters, die wegen des einsetzenden Gästestroms allerdings nicht viel Zeit für uns hatte.

„Wir möchten Sie ein bißchen ausfragen, Frau Fuchs“, wandten wir uns an sie. „Gehört diese Pension ihrer Familie allein?“

„Ja, aber um sie herzurichten, wie es sich für die heutige Zeit gehört, mußten wir einen Bankkredit aufnehmen: 3 Millionen Schilling auf 10 Jahre. Hier ist fast alles umgebaut.“

„Und hatten Sie es sehr schwer?“

„Wir mußten ganz schön werken, und auch mit dem Abzahlen hat es nicht so geklappt, wie es sollte. Wir mußten noch 12% Investitionssteuern bezahlen. Dann kamen weitere Steuern hinzu, wieder 18%. Und während der Bauzeit von Ende 1972 bis Ende 1973 wurden die Baustoffe um 21% teurer.“

„Und wie sieht es jetzt aus?“

„Wir arbeiten jeden Tag 15 Stunden. Ich stehe schon um 5 Uhr früh auf. Mein Mann — wir haben noch einen Metzgerladen, der ist sein Reich —, hat es ein bißchen leichter, sein Tag hat 12 Stunden.“

„Dafür haben Sie jetzt aber ganz ordentliche Einnahmen...“

„350 000 im Jahr. Bloß, das geht alles für die Abzahlungen drauf. Und was das Restaurant einbringt, für die laufenden Ausgaben.“

„Sie fühlen sich nicht so sehr sicher?“

„Wenn, Gott behüte, jemand in der Familie krank wird, kann das unser Ruin sein.“

„Wenn aber durch irgendwelche internationalen Verwicklungen oder wegen der Wirtschaftskrise auch nur die Hälfte der Touristen ausbleibt?“ Frau Fuchs machte ein besorgtes Gesicht:

„Nein, nur das nicht, das wäre für uns das Ende...“

Als die Wirtin gegangen war, bemerkte Staadler ironisch:

„Und da sagen Sie: einflußreiche Mittelschicht.“

Im Sinne unserer Freundschaft

Unsere Abendunterhaltung war gewissermaßen ein kleiner Empfang im Vorstand der Landesorganisation der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft (ÖSG). Ich sagte bereits, daß Franz Staadler ihr Sekretär ist, die Eheleute Salpius gehören dem Vorstand an. Die Organisation hat nicht allzu viele Mitglieder, etwa 500, wobei aber, wie Jewgeni Salpius bemerkte, hinter mancher Einzelzahl ganze Gruppen stehen. Der relativ niedrige industrielle Entwicklungsstand des Landes wirkt sich hier aus. Manche Betriebe treiben zwar einen ausgedehnten Handel mit der Sowjetunion, aber die „Mittelschicht“, einschließlich Intelligenz, ist ziemlich einschlägig von der jahrelangen antisowjetischen Propaganda bearbeitet. Wenn die Mitarbeiter der Gesellschaft erzählen, wie die Menschen in der UdSSR wirklich leben, kommt nicht selten der Einwand: „Das glauben wir nicht, davon stand nichts in der Zeitung.“ Die Zeitungen sind in der Mehrzahl durchaus nicht sowjetfreundlich eingestellt, und die Palme

gebührt da der auflagenstärksten, den **Salzburger Nachrichten**.

Um so beeindruckender sind die Leistungen der Gesellschaft. Wir sprachen darüber im Hause der Salpius', wohin die Eheleute mit wahrhaft russischer Gastfreundlichkeit häufig Besucher aus der UdSSR einladen. Nadeshda sagte lachend, sie nutze rücksichtslos ihre Stellung aus: Sie arbeitet als Betreuer der meisten sowjetischen Delegationen. Wie viele Namenszüge, wie viele Dankesworte las ich in ihrem Gästebuch! Hier hatten sich Staatsmänner, Kosmonauten, bekannte Schauspieler und Schriftsteller eingetragen.

„Je mehr Gäste aus der Sowjetunion nach Salzburg kommen, und ihre Zahl nimmt ständig zu, desto leichter haben wir Mitglieder der Gesellschaft es“, sagte Nadeshda. „Auch Gegenbesuche sind sehr nützlich. Wir empfanden z. B. sehr genau, wie sich die Einstellung zur ÖSG wandelte, nachdem der Chef unserer Landesregierung Dr. Lechner und Salzburgs Bürgermeister Salfenauer kürzlich in der UdSSR empfangen worden waren. Die Hauptsache aber bleibt natürlich, was wir selber tun.“

Die ÖSG bemüht sich vor allem um den Ausbau der freundschaftlichen Kontakte zur Litauischen SSR (sie ist die Partnerrepublik von Salzburg). Es kommt zu einem immer umfangreicheren Austausch von Delegationen, Künstlern und Ausstellungen, in beide Richtungen reisen berufsgebundene Touristengruppen. In diesem Jahr hatte eine Ausstellung von Illustrationen zu in Litauen herausgegebenen Kinderbüchern großen Erfolg. Der Architektenverband Salzburgs unterstützte aktiv den Gedanken, ein Symposium über sowjetische Architektur abzuhalten (alle kennen den guten Ruf der litauischen Baufachleute). Es war vom beruflichen Standpunkt wie von der gesamten Atmosphäre her ein voller Erfolg. Eine Ausstellung aus Salzburg wurde im Sommer in Vilnius veranstaltet. Die Mitar-

beiter der Gesellschaft sind der Ansicht, solche Veranstaltungen seien auch deshalb nützlich, weil dadurch die ÖSG im Land und in der Stadt ins Gespräch kommt. Manche Institutionen beginnen sogar, mit der Gesellschaft zusammenzuarbeiten, allerdings ohne das an die große Glocke zu hängen.

Das Übliche sind die Vorführung von Filmen, Vorträge in Schulen, Fotoausstellungen, die Popularisierung von Kultur und Kunst der sowjetischen Völker, das Anbahnen von Touristenfahrten.

An diesem Punkt angelangt, ließen es sich die Salpius' nicht nehmen, noch einmal etwas zu den ‚menschlichen Kontakten‘ zu sagen.

„In den letzten Jahren waren nicht wenige Jugendgruppen über das Reisebüro ‚Sputnik‘ in der UdSSR. Und 80—90% gehen danach klar und deutlich gegen verleuntdrische Auslassungen unserer Presse an. Sie also konnten sich selbst überzeugen. Und wenn sich die öffentliche Meinung wandelt, können auch die Zeitungen nicht mehr so leicht ins alte Horn stoßen. Die meisten berichten heute wohlwollend über die ÖSG, ebenso unser Rundfunk und Fernsehen.“

In diesem 60. Jahr der Großen Oktoberrevolution hat die ÖSG besonders viel zu tun. Bereits in der ersten Jahreshälfte gab es eine Diskussion zum Thema „Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und ihre Bedeutung“. Kurz bevor steht eine sowjetische Filmwoche. Im Kurort Badgastein, unweit von Salzburg, ist ein richtiges Minifestival geplant: Eine Ausstellung ukrainischer Volkskunst, eine kulinarische Woche mit sowjetischen Köchen, Filmvorführungen, Vorträge über verschiedene Gebiete der UdSSR, z. B. das Baltikum oder Mittelasien.

„Unsere Freundschaft wird enger, besonders unter den Entspannungsbedingungen“, sagten meine Gastgeber zum Abschied. „Wollen wir uns von Herzen um sie bemühen, jeder von seiner Seite und immer im Einklang. Für dieses Ziel lohnt es sich, zu leben.“

Salzburg—Moskau

PEKING-PILGER

Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages, Manfred Wörner (CDU), begab sich nach China. In seiner Begleitung sind „Osteuropaexperten“, Chinakenner und drei pensionierte Bundeswehrgenerale — ehemals Hitlerrückläufer, hohe NATO-Offiziere und jetzt Anhänger nationalistischer Doktrinen, die von der CDU sorgfältig konserviert werden.

Der Delegationsleiter ist als Militarist hinreichend bekannt. Kurz vor seiner Abreise nach Peking machte der CDU-Wehrexperte ein weiteres Mal dadurch von sich reden, daß er das Pentagon aufforderte, schneller mit der Produktion der Neutronenbombe zu beginnen und sie unverzüglich in der BRD zu stationieren. Wörner wollte schon im voraus seinen chinesischen Gastgeber gefallen. In einem Interview für die Agentur Hsinhua ließ er sich darüber aus, daß Moskau imperialistische Ziele verfolge und nichts Geringeres als die Hegemonie über Westeuropa anstrebe. Überdies betreibe es eine Politik der Einschüchterung, und einige mit schlechten Nerven würden sich dieser Politik unterordnen. In Peking applaudierte man.

Wörner und seine Gesinnungsgenossen können ihre Phantastereien natürlich nicht beweisen. War doch gerade die Sowjetunion die treibende Kraft, die Europa vom kalten Krieg zur friedlichen, gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit führte. Die Sowjetunion er-

griff auch die Initiative, ein kollektives Sicherheitssystem in Asien zu schaffen.

Nur schamlose Lügner können der sowjetischen Politik aggressive, expansionistische Ziele unterstellen.

Über die Ziele der Wörners und ihrer Gesinnungskumpane aber sollte man einmal nachdenken. Nehmen wir z. B. folgende Erklärung des Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des Bundestages: „Wir haben als Europäer und als Deutsche ein Interesse an einem möglichst guten Verhältnis mit und zwischen allen Staaten der Welt, sofern sie uns die Freiheit lassen, unser eigenes Schicksal selbst zu bestimmen.“ Sie sollten es ruhig direkt sagen, Herr Wörner: Sie und Ihre Freunde machen Ruhe und Frieden in den Beziehungen zwischen den Staaten von deren Zustimmung zu Ihren Zielsetzungen in der „deutschen Frage“ abhängig. Wissen doch alle, daß die bundesdeutschen Rechtskräfte das Selbstbestimmungsrecht als Freiheit verstehen, das Deutsche Reich (einstweilen in den Grenzen von 1937) wiederherzustellen. Da die bundesdeutschen Revanchisten eine solche Freiheit nicht hatten und auch nicht haben werden, versuchen sie, internationale Intrigen zu spinnen, Streit zwischen den Staaten zu säen und mit den Verfechtern großmachtchauvinistischer Ideen gemeinsame Sache zu machen.

Wörner und seine Peking-Gastgeber machen auf den ersten Blick einen harmonischen Eindruck. „Der sowjetische Sozialimperialismus hat bei seinen verzweifelten Versuchen, die Weltherrschaft zu erringen“, erklärte der Vor-

sitzende der chinesischen Gesellschaft zum Studium der internationalen Beziehungen, Hao Te-ting, „keine anderen Wünsche als das gesamte Volk Deutschlands und die Völker ganz Europas unter seine Kontrolle zu bringen. Das chinesische Volk versteht das Volk Deutschlands und sympathisiert mit ihm...“ „Die chinesischen Politiker“, antwortet ihm Wörner, „kennen und sehen die globale Machtpolitik der Sowjetunion aus eigener leidvoller Erfahrung schärfer und klarer als viele Politiker des Westens. Sie wissen, daß eine UdSSR, die auch noch Westeuropa beherrschen würde, dem Ziel der Weltherrschaft sehr viel näher und für die Volksrepublik China damit noch bedrohlicher wäre.“

Wörner und seinesgleichen sowie die Peking-Führung machen einander „Mut“. Doch hierbei sind beide Seiten — bei all ihrem Haß auf die Sowjetunion — bemüht, einander zu betrügen und den Partner für die eigenen politischen Ziele einzuspannen. Beide meinen offensichtlich, man solle besser den anderen voranschicken.

Die reaktionären Kreise in der Bundesrepublik und die Peking-Politiker tragen sich mit Plänen. Die UdSSR und ihre Friedenspolitik sind ein Hindernis bei der Verwirklichung der großmachtchauvinistischen Konzeptionen für Peking wie für die konservativen Kräfte in der BRD. Die einen wie die anderen verstehen sehr wohl, wie Versuche enden können, an die Realisierung unerfüllbarer politischer Ziele zu gehen. Doch nichtsdestoweniger pendeln Besucher zwischen Bonn und Peking, melden sich bald hier, bald dort Provokateure, die sich alle nur zu gern die Kastanien aus dem Feuer holen lassen möchten.

Es heißt, Wörner habe die Bundeswehrgenerale mitgenommen, um der reaktionären CDU/CSU-Führung zu helfen, fundierte Schlüsse über den Zustand der chinesischen Armee zu ziehen und für den bundesdeutschen militärindustriellen Komplex Kontakte mit Peking-Generalen anzuknüpfen. Den Rüstungsfabrikanten in der BRD läuft das Wasser im Munde zusammen bei der Vorfreude auf ein fettes Geschäft. Vielleicht reiben sich auch manche in der CDU/CSU-Führung die Hände. Doch aus den chinesischen Spekulationen gewisser Kreise in der BRD wird nichts. An der Chinesischen Mauer wird die Bundesrepublik nicht den Schlüssel zur Lösung ihrer Probleme finden.

J. KRASNOJAROW

Chilenischer Ausverkauf

„Chile ist zu einem Basar ausländischer Waren geworden“, weiß die NEW YORK TIMES in einer Korrespondenz aus Santiago zu berichten.

Die Pinochet-Junta verfolgt eine Politik der offenen Tür, die bei aktiver Mitwirkung von US-Spezialisten erarbeitet wurde. „Alberto Nasiff, Inhaber eines Textilwarengeschäftes“, schreibt die Zeitung, „hält diese Politik für ausgezeichnet. Sein Laden ist gerammelt voll mit getragenen Sachen aus den USA. Am Eingang besagt eine Aufschrift in Englisch, daß getragene Kleidungsstücke nicht schlechter sind als neue.“

Eine Idylle... Der Umfang der chilenischen Textilproduktion ist

nach westlichen Presseangaben gegenüber 1972 um die Hälfte zurückgegangen. Viele große Metallbearbeitungsbetriebe machten Bankrott. Die Autowerke, die im gleichen Jahr 23 000 Wagen herstellten, produzieren jetzt nur noch 6000: Importierte Autos haben den Markt erobert. In dieses Bild passen schlecht die Angaben über die Arbeitslosigkeit, die jetzt mindestens 13% beträgt...

Ausländische Monopole erhalten Konzessionen zum Abbau der Bodenschätze fast geschenkt, Chile bekommt genauso preiswert getragene, fast „neuwertige“ Sachen.

So sieht die „neue Politik“ der Junta aus.

V. GRIEATSCHOW

ANTONIO GRAMSCI: „IM GEMEINSAMEN KAMPF ZUM GEMEINSAMEN ZIEL“

Was der Begründer der Italienischen KP Antonio Gramsci über die Oktoberrevolution in Rußland geschrieben hat, zeichnet sich durch revolutionäres Pathos und zugleich durch unmittelbares Empfinden aus. Jeder Satz wirkt wie ein Aufruf. Das ist natürlich, handelt es sich doch um Gedanken, die das größte Ereignis im Leben der Menschheit hervorrief, und um Worte eines Revolutionärs, der beharrlich nach Mitteln und Wegen zur Machtergreifung durch die italienische Arbeiterklasse suchte.

Die Situation in der Arbeiterbewegung Italiens war zu jener Zeit kompliziert. Die einzige Partei der Arbeiterklasse war die Italienische Sozialistische Partei. Zwar ließ sie sich nicht vom allgemeinen chauvinistischen Taumel anstecken, der die übrigen sozialistischen Parteien Westeuropas zur Unterstützung der militaristischen Bestrebungen der Bourgeoisie ihrer Länder bewogen hatte, doch gehörten ihr viele reformistische und opportunistische Elemente an. Der junge Gramsci begriff schon früh die Aussichtslosigkeit einer Arbeiterbewegung, die von der opportunistischen Konzeption des allmählichen Hinüberwachsens des Kapitalismus in den Sozialismus ausging. Diese Konzeption klammerte den wichtigsten marxistischen Leitsatz — die Diktatur des Proletariats — aus. Deshalb blickte er voll Hoffnung auf die russische Revolution, auf die Partei der Bolschewiki, die es verstand, die Arbeiter- und Bauernmassen zusammenzuschließen und „den sozialen Willen des russischen Volkes“ durchzusetzen.

Schon in seinen ersten Artikeln in der Turiner Wochenschrift *Ordine Nuovo* 1919 und 1920, d. h. zur Zeit großer revolutionärer Aktionen der italienischen Arbeiter und ihres Kampfes um die revolutionäre Partei neuen Typs, verwies Gramsci auf die weltweite Bedeutung der Oktoberrevolution und erblickte im Sowjetstaat als Produkt dieser historischen Wende eine „unerläßliche



Entwicklungsetappe der menschlichen Zivilisation“.

Gramsci verstand ausgezeichnet, wie neu das war, was in Rußland vor sich ging, und bewunderte die Kühnheit der „russischen Maximalisten“, die nicht abwarten wollten, bis Rußland die qualvolle Phase des entwickelten Kapitalismus durchmache und in der kapitalistischen Welt die Katastrophe ausbreche.

Gramsci war sich der Rolle bewußt, die die fortschrittliche revolutionäre Partei bei der Organisation und Leitung der Massenbewegung der Werktätigen zu spielen hatte. Er betonte: „Die russischen Kommunisten sind ein erstklassiger führender Kern... Sie haben mit der Vergangenheit gebrochen, diese aber zugleich fortgesetzt, mit den Traditionen gebrochen, diese aber zugleich entwickelt und weitergeführt, sie haben mit der historischen Vergangenheit Schluß gemacht, in der die besitzenden Klassen herrschten, und die Lebenstraditionen des Proletariats, die Traditionen der Arbeiter und Bauern übernommen, gepflegt und bereichert... Der Sowjetstaat ist der Staat des ganzen russischen Volkes dank der Beharrlichkeit und Zielstrebigkeit der „Kommunistischen Partei, dank dem festen Glauben und Enthusiasmus der Arbeiter, dank der energischen, unermüdl-

chen Propaganda, der Aufklärungs- und Erziehungsarbeit der hervorragenden Vertreter der russischen Kommunistischen Partei, die vom unbeirrbar und unbeugsamen Willen des Lehrers aller Werktätigen Lenin geführt werden.“

Präzise formuliert Gramsci die Gedanken über die Wichtigkeit des Kampfes für die Macht der Werktätigen. Er sieht in ihr „die Diktatur des Industrieproletariats und der ärmsten Bauern, die als Instrument der ständigen Unterdrückung der Ausbeuterklassen, als Instrument ihrer Expropriierung dienen muß“. Zugleich hebt er aber auch den zeitweiligen Charakter dieser Diktatur hervor. Sie sei notwendig, um die Macht der wirklichen Volksmehrheit zu behaupten, die, wie Gramsci schrieb, auch „eine Minderheit sein kann, die jedoch überzeugt ist, daß sie die absolute Mehrheit, ja vielleicht die ganze Landesbevölkerung ausmachen wird“. An Lenins Ideen klingen deshalb die Worte Gramscis an, daß diese Minderheit „eine zeitweilige Diktatur errichtet, damit sich die wirkliche Mehrheit organisieren, ihre inneren Bedürfnisse erkennen und ihre Ordnung einführen kann, in der gemäß den natürlichen Gesetzen der Notwendigkeit jedes Apriori ausgeschlossen ist“.

In Weiterentwicklung dieses Gedankens schrieb Gramsci: „Die Diktatur ist die Hauptinstitution, die die Freiheit garantiert und Anschläge der feindseligen Minderheiten vereitelt. Die Diktatur ist die Garantie der Freiheit, denn sie ist eine Methode, die nicht zum Verewigen da ist, sondern dazu, ständige Organe ins Leben zu rufen und zu stärken, in denen sich die Diktatur, nachdem sie ihre Mission erfüllt hat, auflösen wird.“

Solche Organe waren in Rußland die Sowjets. In dem Artikel „Erkämpfung des Staates“ betonte Gramsci die große Bedeutung der Erfahrungen der Sowjets: Diese seien vor allem eine Organisationsform der werktätigen Massen, die es erlaube, die Produktionsinstrumente

und -mittel zu vergesellschaften und die Ausbeuter aus Produktion und Gesellschaft auszuschließen, eine konkrete Form des proletarischen Staates, der die Keimzelle der neuen Gesellschaft bilde.

Allerdings meinte Gramsci nicht, daß die Erfahrungen der Sowjets Rußlands mechanisch auf Italien mit seiner Spezifik anzuwenden seien. Deshalb schrieb er von „ähnlichen Organisationen“, die der Situation Italiens entsprechen und dort dieselbe Rolle wie die Sowjets in Rußland spielen könnten.

„Bestehen in Italien Organe der Arbeitermassen, die den Sowjets ähnlich, ihrer Natur nach verwandt wären? Gibt es etwas Ähnliches, was behaupten ließe, der Sowjet sei nicht eine ausschließlich russische, sondern die allgemeine Form?“

Ja, in Italien besteht in Turin der Keim einer Arbeiterregierung, der Keim der Sowjets: die Betriebskommission. Studieren wir also diese Arbeiterinstitution ..., studieren wir sie als notwendige Existenzform der Arbeiterklasse...

In den russischen Erfahrungen unterstreicht Gramsci die Bedeutung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft: „Die russische Revolution verdankte ihre Stärke, ihre Rettung gerade dem Umstand, daß sich die Arbeiter und Bauern Rußlands, obwohl von verschiedenen Motiven und Gefühlen bewegt, zusammenschlossen in ihrem gemeinsamen Kampf zum gemeinsamen Ziel... Der Klassenkampf der Arbeiter und der Bauernkrieg waren eng miteinander verbunden...“

Aus den Erfahrungen der sozialistischen Oktoberrevolution, aus den Ideen Lenins löst Gramsci somit die Hauptmomente heraus: die Diktatur des Proletariats, die Lehre von der Partei, die mit der fortschrittlichen revolutionären Theorie gewappnet ist, die Sowjets, das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft.

Zugleich fragte sich Gramsci von Anfang an: „Werden die kommunistischen Revolutionäre Italiens es den Bolschewiki nachmachen?“ Die Frage war für ihn wichtig, wie sie auch heute aktuell bleibt. Für Gramsci bedeutete sie: Wie waren die in ihrer ganzen historischen Tragweite bereits erkannten Erfahrungen der russischen Revolution zu nutzen, um den Weg zu einem neuen, proletarischen Staat zu verkürzen, der „nicht die verlogene bürgerliche Demokratie wäre, die nur die Herrschaft der Finanzoligarchie tarnt,

sondern eine proletarische Demokratie, die den werktätigen Massen wirklich die Freiheit gewährt“?

Auf die Frage, ob die italienischen Kommunisten die Bolschewiki nachahmen würden, antwortete er: „Ja, aber nur in einem: in ihrer klassenbedingten Unversöhnlichkeit, in der genauen, sachlichen Analyse der italienischen Entwicklung...“

Für Gramsci selbst bestanden diese klassenbedingte Unversöhnlichkeit und die schöpferische Anwendung der Oktober-Erfahrungen auf die konkrete italienische Wirklichkeit darin, daß er, auf die breite Arbeiterbewegung Italiens gestützt, ein auf den großen Ideen von Marx, Engels und Lenin basierendes Aktionsprogramm aufstellte, die Idee des Bündnisses der Arbeiterklasse des industriellen Nordens Italiens mit der Bauernschaft des zurückgebliebenen Landessüdens ausarbeitete, die revolutionäre kommunistische Partei gründete und formte und die Vereinigung der Arbeiterbewegung mit der revolutionären wissenschaftlichen Theorie zur Wirklichkeit machte.

Gramsci selbst betonte die Notwendigkeit, die Kampferfahrungen der anderen Formationen der internationalen proletarischen Bewegung zu studieren und auszuwerten. Er war alles andere denn provinziell abgekapselt oder nationalistisch borniert. Vollkommen klar erkannte er, daß die Oktoberrevolution in Rußland ebenfalls auf den Kampferfahrungen der anderen Proletarier aufbaute. „Das russische Volk“, schrieb er, „hat, und sei es auch im Denken seiner Minderheit, alle Phasen in den Erfahrungen der anderen Proletarier durchdacht.“

Das Studium der Kampferfahrungen „der anderen Proletarier“, vor allem der Oktoberrevolution, gab Gramsci die Möglichkeit, die Triebkräfte der italienischen Gesellschaft genial zu bestimmen, ferner eine richtige Vorstellung von der italienischen Wirklichkeit zu erarbeiten, von ihren historischen und klassenmäßigen Wurzeln, von dem Weg, den die italienische Arbeiterklasse gehen soll, um ihre Hegemonie in die Tat umzusetzen, die Macht zu ergreifen und eine neue Gesellschaft zu formen.

Dieser Kampf um die sozialistische und demokratische Erneuerung Italiens hängt zusammen mit der Festigung der Einheit der Arbeiterklasse, mit der Erweiterung ihrer Bündnisse, mit dem Schutz der demokratischen Freiheiten und Einrichtungen,

mit der Gewinnung der Mehrheit des Volkes für den Weg zum wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt des Landes. In ihrer ganzen Geschichte war die IKP intensiv bemüht, Probleme zu erforschen, die mit dem nationalen Leben am engsten verbunden und für den Kampf um den Sozialismus wesentlich sind.

Und immer wieder schöpfte und schöpfte die IKP Erfahrungen, Ideen und Elan aus Gramscis Gedankengut, denn das Denken Gramscis, eines Zeitgenossen und Mitsreiters Lenins, ist modernes marxistisches Denken, das den Verhältnissen des heutigen Italien entspricht.

Auf der Lehre von Lenin und Gramsci basierend, wissen die italienischen Kommunisten, daß das Klassenwesen der Macht durch eine bloße Evolution nicht zu ändern ist. Die IKP berücksichtigt die historischen, politischen und sozialen Verhältnisse ihres Landes, sie geht den demokratischen friedlichen Weg und setzt sich unabänderlich für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft ein.

Enrico Berlinguer, Generalsekretär der IKP, betonte diese Spezifik, stellte jedoch fest: „Die Kommunisten, ja auch alle fortgeschrittenen Werktätigen, die Demokraten und Antifaschisten können nicht vergessen und vergessen auch nicht, was die Oktoberrevolution Sowjetrußland brachte; sie durchbrach erstmalig die Kette der kapitalistischen und imperialistischen Herrschaft über die ganze Welt; sie können nicht vergessen und vergessen auch nicht, daß ein Eckstein in der Geschichte der Menschheit, ein entscheidendes Moment und wohl der größte Beitrag, der die Sowjetunion unzählige Opfer und viel Blut gekostet hat, der Sieg über die Nazi- und Faschistenbarbarei ist, die sich ganz Europa unterwarf und die gesamte Welt bedrohte. Sie können nicht vergessen und vergessen auch nicht, vielmehr verfolgen sie voll Interesse die gewaltigen Errungenschaften, die in so schweren Zeiten und unter so schwierigen Verhältnissen auf vielen Gebieten des gesellschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Lebens der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder erzielt wurden und werden.“

Diese Worte zeugen nicht nur von der Anerkennung, die der Oktoberrevolution und der Rolle der UdSSR in der Welt gezollt wird, sondern auch von der Kontinuität, die von Gramsci bis in unsere Tage reicht.

G. SMIRNOW

Vor 20 Jahren, am 4. Oktober 1957, startete die UdSSR den ersten künstlichen Erdsatelliten der Menschheitsgeschichte.

ZU NEUEN UFFERN

Wladimir GUBAREW

Zum Startplatz fahren wir alle in einem Bus. Von der Siedlung des Kosmodroms bis dahin ist es etwa eine Stunde, und wir haben Zeit, über alle möglichen Dinge zu plaudern. Nur ein Thema ist tabu, der Start selbst — nicht so sehr Abergläubigkeit wie vielmehr eine Spielregel, die sich schon beim ersten Start einführt und seitdem strikt befolgt wird, besonders von den Neulingen. Ja, wenn wir nach dem Start zurückfahren, und der Sputnik schon auf der Bahn sein wird, dann darfst du nach Herzenslust über dein Gerät an Bord, über die Aufregung und das grandiose Startbild sprechen.

Eine Gruppe von Wissenschaftlern aus sozialistischen Ländern ist unterwegs zum Start des nächsten Interkosmos-Satelliten. Gestern hatten sie einen freien Tag, den ersten, seit sie vor drei Wochen zum Kosmodrom gekommen waren. Der Satellit liegt nun unter der Triebwerkverkleidung der Rakete verborgen, also bleibt nur zu warten, bis sich seine Sonnenbatterien im Weltraum öffnen. So fuhren sie denn zu den Seen hinaus, angelten und fingen Krebse, und abends spielten sie Volleyball, die Gäste gegen die „Alteingewesenen“, die gewannen.

Ich liebe diese Stunde unterwegs. Nicht, weil man da jeden Teilnehmer des Experiments interviewen kann. Wir hatten uns bereits über Sonneneruptionen und die Ionosphäre, Magnetfelder, Mikrometeoriten und die an Bord des neuen Sputniks aufgestellten Apparaturen unterhalten. Nein, in diesen Minuten empfindet man besonders stark, wie sehr der Kosmos, die Kosmonautik heute zu unserem Leben gehören. Da fahren die Menschen zum Start, als wäre das ein Arbeitstag wie jeder andere auch. Nur 20 Jahre sind vergangen, aber wer wundert sich heute noch über den Start eines neuen Satelliten? Wer könnte ihre genaue Zahl auf den Umlaufbahnen nennen? Wissen Sie noch, wie wir abends auf die Straße gingen und den Himmel betrachteten, um unter den Sternen jenen einzi-

gen, von Menschenhand geschaffenen, zu finden? So lange ist das nicht her...

Das Präsidium der Akademie der Wissenschaften schickte folgendes Schreiben an 100 Wissenschaftler: „Was ist Ihre Meinung über die Nutzung künstlicher Erdsatelliten? Welche Geräte könnte ein solcher tragen? Welche Experimente im Weltraum schlagen Sie vor?“

Die Antworten waren sehr verschieden. Neben völlig konkreten Vorschlägen gab es auch so etwas: „Science-fiction ist nicht mein Fach“; „Weltraumflüge sind vor dem Jahr 2000 nicht zu erwarten“; „Sehe keine praktische Anwendungsmöglichkeiten für künstliche Satelliten“. Das schrieben Wissenschaftler von Ruf, und zwar nur zwei Jahre vor dem ersten Sputnik. Noch 1955 schien er ein Traum, eine Phantasterei. Viele dieser Wissenschaftler wurden später zu eifrigen Verfechtern von Weltraumexperimenten, und wenn ich diese Antworten hier anführe, so nicht als Vorwurf, sondern nur um noch einmal zu zeigen, was Sergej Pawlowitsch Koroljow geleistet hat, wie sehr er der Zukunft zugewandt war. In einem Schreiben aus dem Jahre 1954 begründete er die Möglichkeit, einen künstlichen Satelliten schon in den nächsten Jahren zu starten.

Es sei jetzt an der Zeit und zweckmäßig, schrieb er, eine Forschungsabteilung für die ersten Entwicklungsarbeiten an einem Satelliten und eine genaue Ausarbeitung der damit verbundenen Probleme zu organisieren.

Mit diesen Zeilen des Chefkonstruktors Koroljow nahm der Sputnik seinen Anfang. Es brauchte jedoch noch drei Jahre „wahnsinnige Arbeit“, wie einer seiner Mitarbeiter sagte, damit der „Einfachste“ — so nannten den Sputnik seine Erbauer — ins Weltall vorstoßen konnte.

Heute könnte vielleicht jemand fragen: Was war das schon Besonderes, jener erste Sputnik, doch nur eine Kugel mit herausragenden Sendarantennen? Wo waren da all die

wissenschaftlichen Geräte, die vielen Geber, Fangvorrichtungen, die Apparaturen, die jetzt an Bord von Raumlabors ins All geschickt werden? Ja, all das kam später, bereits mit dem zweiten Sputnik flog Lajka, dann begann die Erforschung der Ionosphäre der Erde und des erdnahen Weltraums. Aber der erste Sputnik demonstrierte: Der Menschheit und ihrer Wissenschaft bieten sich grundsätzlich neue Möglichkeiten, die Natur, darunter auch unseren Planeten Erde, zu erkennen.

Und nicht nur das. Der erste Sputnik und dann der erste Raumflug Juri Gagarins vollbrachten eine weltweite psychologische Umwälzung. Der Mensch wurde zum Bürger des Alls, er tat einen Schritt ins Universum, konnte nun sich selbst gleichsam von außen her sehen — und erblickte, wie machtvoll Vernunft und Mut des Menschen sind, wenn er selbst die Fesseln der irdischen Gravitation zu überwinden vermocht hat. Das haben die Bürger der UdSSR vollbracht. Der erste Sputnik kam in der fortschrittlichsten Gesellschaftsordnung zur Welt, in einem Land, das erst kurze Zeit davor den schwersten Krieg durchgemacht hatte. Im Westen fragt man bis heute, ob die Amerikaner hätten als erste einen Erdsatelliten starten können. Im Prinzip natürlich ja, aber die Logik der wissenschaftlich-technischen Entwicklung, der Geschichte selbst brachte es mit sich, daß das erste Land des Sozialismus zum Bahnbrecher der kosmischen Ära der Menschheit wurde.

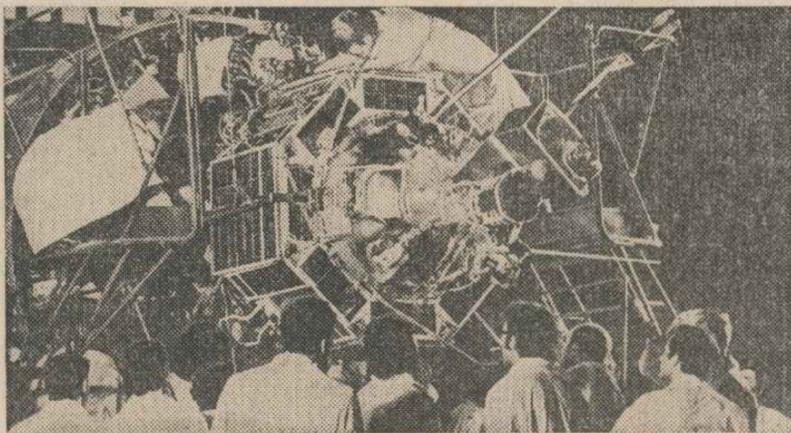
Einer der Konstrukteure erinnert sich:

„Unmöglich, die Höhe einer Pyramide zu schätzen, wenn man an ihrem Fuß steht. Man muß ein wenig Entfernung gewinnen. Um das Heute richtig einzuschätzen, müssen wir es gleichsam aus der Zukunft betrachten. Als wir den ersten Sputnik auf die Umlaufbahn befördert hatten, waren wir uns der Bedeutung dieses Ereignisses natürlich bewußt, und doch war die Reaktion für uns überraschend. Bedenken Sie doch: Man sprach gleich von einer ‚neuen Ära‘, von der ‚kosmischen Epoche‘ der Menschheit. Offen gesagt, hatten wir nicht daran gedacht. Vielmehr z. B. an das Gewicht. Einmal brachten die Arbeiter in der Werkhalle eine Plattform auf die Waage und stellten unser Objekt darauf. Eine Laborantin schrieb in die Spalte ‚Gewicht‘ die Zahl 83,6 kg. Eine denkbar einfache technologische Ma-

nipulation. Es erwies sich jedoch, daß diese Zahl eine Sensation war, sie zeugte nämlich von der Leistungsfähigkeit der Trägerrakete, ja der sowjetischen Wissenschaft und Technik schlechthin.“

Auf meinen Reisen in die USA fiel mir auf, daß die Amerikaner eine ausgesprochene Schwäche für Superlative haben. New Orleans ist die lebenslustigste Stadt der Welt, die USA haben den höchsten Wolkenkratzer der Welt, Texas die schönsten Prärien, da gibt es noch die besten Autos, Straßen, Flugzeuge usw., allerdings

Comsat gehören Dutzende kapitalistische Länder an. Die Nachrichtensatelliten, die von USA-Kosmodromen starten, werden aus gemeinsamen Mitteln gebaut. Doch stehen die Einkünfte und der Charakter der Sendungen faktisch unter der Kontrolle der USA: Ihr Finanzbeitrag ist am höchsten. Als die sozialistischen Länder das Angebot machten, ein demokratisches Inter-sputnik-System mit gleichen Rechten für alle Teilnehmerländer zu schaffen, fand das bei den „Reisenden in den Weltraum“ aus den USA wenig Anklang.



Interkosmos-Satelliten sind ein aussichtsreiches Gebiet der Zusammenarbeit der sozialistischen Länder.

TASS-Foto: Ein Interkosmos wird auf dem Teststand mit der Trägerrakete gekoppelt.

nur in Amerika. Dieses Bewußtsein wird schon den Kindern anerzogen, sorgfältig kultiviert und pflanzt sich von Generation zu Generation fort. Insofern war der erste Sputnik für die USA ein gewisser Schock, dort sprach man von einem „Sinken des amerikanischen Prestiges“ und einer „kosmischen Revanche“. Und dann hieß es in Moskau: „Die Errungenschaften des sowjetischen Volkes im Weltraum gehören zu Recht der ganzen Menschheit. Wir sind für eine breite internationale Zusammenarbeit bei der Erforschung des Alls!“ Die Großzügigkeit, mit der die sowjetischen Wissenschaftler und Fachleute ihren Kollegen die neuen Erkenntnisse aus den Raumlabor übermittelten, zeigte wieder einmal: Unserer Gesellschaft ist sowohl der Nationalismus als auch der Geist der Rivalität auf Kosten anderer Völker wesensfremd. Wie die späteren Ereignisse in der Kosmonautik nachwiesen, versuchen viele in den USA, die wissenschaftlichen Leistungen zum politischen und wirtschaftlichen Druck auf andere Völker auszuschlachten. Der internationalen Weltraumorganisation

Das Aufkommen der Erdsatelliten legte natürlich den Gedanken an eine internationale Zusammenarbeit im Weltraum nahe. Da die UdSSR und die USA die nötige technische Basis für ihre Entwicklung und Beförderung auf Umlaufbahnen hatten, gaben sie den Ton in dieser Zusammenarbeit von Wissenschaftlern aus verschiedenen Ländern an. Das Prinzip der Gleichberechtigung aller Teilnehmer bildet das Fundament aller internationalen kosmischen Programme, die unter Teilnahme sowjetischer Fachleute verwirklicht werden.

Während der Fahrten zum Kosmodrom unterhielt ich mich mit Wissenschaftlern aus vielen Ländern. Hier einiges aus solchen Gesprächen.

Dr. D. Samardshijew: Als kleines Land könnte Bulgarien keine eigenen Raketen und Satelliten bauen.

Die UdSSR hat eine mächtige Raumfahrtindustrie, eine großartige Raketentechnik und stellt all das uneigennützig ihren Freunden zur Verfügung. Die Zusammenarbeit von Wissenschaftlern bei der Erforschung des Weltraums ist für uns von grundsätzlicher Bedeutung. Im Interkosmos-Rahmen haben die bulgarischen Wissenschaftler sehr große Möglichkeiten. Es ist nicht nur die Entwicklung von Apparaturen, wir beteiligen uns auch an der Erörterung und Planung der Experimente und werten die erzielten Resultate gemeinsam mit unseren Kollegen aus anderen Ländern aus.

Dr. J. Maršiček: In der CSSR ist ein Rat für internationale Zusammenarbeit in der Weltraumforschung gegründet worden. Die moderne Wissenschaft und Technik kann sich ohne Erkenntnis der extraterrestren Prozesse nicht entwickeln. Die Wissenschaftler aus den sozialistischen Ländern können die Erde nun nicht nur „von unten“, sondern auch „von oben“ erforschen.

Dr. J. Hanasz: Ich glaube, dieses eine Beispiel genügt: Könnten denn die polnischen Fachleute ohne ihre sowjetischen Kollegen „Interkosmos-Kopernikus 500“ auf die Bahn befördern? Für uns ist das in diesem 500. Geburtsjahr von Kopernikus ein Ereignis.

Hier nur noch die Worte des amerikanischen Astronauten Charles Conrad, der viermal im Weltraum war:

„Die UdSSR, die USA, Frankreich und andere Länder führen schon heute umfassende kosmische Forschungen durch. Sie müssen unbedingt gemeinsam vorgehen. Die ersten Schritte sind bereits getan, dafür gibt es genug Beispiele, etwa den gemeinsamen Flug von Sojus und Apollo. Aber der Weltraum harret noch der richtigen Erschließung, und wir werden künftig zu anderen Planeten vorstoßen müssen. Ein Land allein ist dazu nicht imstande. Zwar nimmt der Preis des Wissens ständig zu, aber die Menschheit wird stets bestrebt sein, es um jeden Preis zu erlangen. Folglich müssen die Anstrengungen aller Länder vereinigt werden.“

„Ihrer Meinung nach gibt es also keinen anderen Weg?“ fragte ich.

Conrad lächelte:

„Nachdem ihr Russen am 4. Oktober 1957 dort oben wart, habt ihr alle anderen dazu angefeuert. Nein, einen Weg zurück gibt es nicht mehr...“

NUR FAKTEN

Aus der Geschichte der sowjetisch-chinesischen Beziehungen

Michail GALIN

Am 1. Oktober 1949 wurde die Volksrepublik China gegründet. Damit fand der langwierige und schwere revolutionäre Kampf des chinesischen Volkes für Freiheit, Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt seinen Abschluß.

Die chinesische Revolution entstand und nahm ihren Fortgang unter direktem Einfluß der Oktoberrevolution in Rußland. Unbestreitbar ist deshalb der Zusammenhang zwischen der Geschichte der chinesischen Revolution, dem sozialistischen Aufbau in der VR China in ihrem ersten Jahrzehnt und der Geschichte der sowjetisch-chinesischen Beziehungen. Dieser Gedanke ist das Leitmotiv des fundamentalen Werkes der namhaften sowjetischen Chinakenner Oleg Borisow und Boris Koloskow „Die sowjetisch-chinesischen Beziehungen“. (Verlag Mysl, Moskau 1977, 582 S. 2., ergänzte Auflage)*. An reichem Faktenmaterial weisen die Autoren überzeugend nach, daß „die Geschichte der Beziehungen zwischen der UdSSR und China nicht nur die Geschichte der zwischenstaatlichen Verbindungen zweier Länder ist. Vielmehr ist sie unlöslich verbunden mit der Chronik des nationalen Befreiungskampfes und des revolutionären Kampfes des chinesischen Volkes. Ein überaus wichtiger Aspekt ist dabei die Hilfe der UdSSR in diesem Kampf. Für die Entwicklung Chinas in der Zeit nach der Oktoberrevolution spielten die Beziehungen zur UdSSR eine außerordentlich wichtige Rolle als unabdingbarer Faktor der radikalen Umgestaltungen in der chinesischen Gesellschaft.“

1.

Wiederholt verwiesen die chinesischen Kommunisten darauf, daß das Beispiel der Oktoberrevolution und die Hilfe des ersten sozialistischen Landes für den Erfolg des revolutionären Kampfes ihres Volkes von entscheidender Bedeutung waren. Li Ta-tschao, einer der Begründer

der KP Chinas, schrieb: „Aus dem Feuer der Oktoberrevolution gingen der Arbeiter- und Bauernstaat und die Arbeiter- und Bauernregierung hervor. Dieser Staat ist das Vaterland, die Avantgarde und die zuverlässige Stütze der Arbeiter und Bauern in der ganzen Welt.“ Vertreter der KP Chinas betonten, daß die revolutionäre Bewegung in China von der russischen Revolution, von Lenin einen Impuls erhielt.

Immer wieder äußerten die chinesischen Führer, daß die Revolution in China ohne die sowjetische Unterstützung vielleicht hätte siegen, aber ihren Sieg nicht behaupten können, denn dem revolutionären China standen die überlegenen Kräfte des Imperialismus gegenüber, die eine Aggression gegen dieses Land vorbereiteten und es zu ihrer Domäne machen wollten. „Die Hilfe der UdSSR war entscheidend für den Sieg der Völker der ganzen Welt im antiimperialistischen Kampf. Das ist eine überaus große Wahrheit für das chinesische Volk und die Völker aller Kolonialländer“, schrieb Huo Tsiao-mu, ein führender Ideologe Chinas, in seinem Buch „30 Jahre KP Chinas“.

Nach der Gründung der Volksrepublik begriffen ihre Führer, wie wichtig die Zusammenarbeit mit der UdSSR war, wenn sie ihre komplizierten inneren sozialpolitischen und wirtschaftlichen Probleme lösen, die Sicherheit der Republik festigen und deren internationale Autorität erhöhen wollten. Kein Geringerer als Mao Tse-tung sagte im Dezember 1949: „Nach der Sozialistischen Oktoberrevolution annullierte die Sowjetregierung erstmalig die rechtsungleichen Verträge des zaristischen Rußland mit China. Im Laufe von fast 30 Jahren unterstützten das Sowjetvolk und die Sowjetregierung wiederholt die Sache der Befreiung unseres Volkes. Diese brüderliche Freundschaft des Sowjetvolks und der Sowjetregierung, die sie dem chinesischen Volk zur Zeit seiner schweren Prüfungen entgegenbrachten, wird nie vergessen werden.“

In seinem Schreiben an Stalin zum 6. Jahrestag des Sieges über das militaristische Japan schrieb Mao Tse-tung: „Die gewaltige Hilfe, die die Sowjetunion dem chinesischen Volk im Kampf gegen die japanischen Okkupanten erwies, und das feste Bündnis der UdSSR mit der VR China, das dem gemeinsamen Ziel gilt, eine Wiedererstarung der aggressiven Kräfte in Japan zu verhindern, begeistern das chinesische Volk grenzenlos in seinem Kampf gegen die Aggressionskräfte im Fernen Osten.“

Heute indessen werden in China Dinge gesagt, die den Gegebenheiten der Vergangenheit und den entsprechenden Ausführungen der chinesischen Führer völlig widersprechen. Sie haben schon seit langem begonnen, Rechtfertigungen für ihren antisowjetischen Kurs auszutüfteln. Mao Tse-tung wagte es noch nicht, offen gegen die Sowjetunion aufzutreten, und beteuerte in seinen Reden heuchlerisch die ewige Freundschaft mit der UdSSR: Die KPdSU sei „die fortschrittlichste, die erfahrenste und theoretisch am besten gewappnete Partei der Welt“, „diese Partei war und bleibt für uns auch künftig das Muster“. In seinen vertraulichen Gesprächen mit Vertretern anderer kommunistischer Parteien begann er aber schon, die KPdSU und ihre Leitung zu verleumdern, und verstieg sich zu den Behauptungen, die Komintern und die KPdSU hätten „nichts an der chinesischen Revolution verstanden“, Stalin hätte „die chinesische Revolution behindert... Wir aber hörten nicht auf ihn, und die Revolution siegte.“ Borisow und Koloskow widerlegen diese ungeheuerliche Verleumdung überzeugend. In ihrem Buch zeigen sie, daß sowohl die Komintern als auch die KPdSU der chinesischen Revolution von Anfang an unschätzbare Hilfe bei der Ausarbeitung der revolutionären Strategie und Taktik leisteten und die Revolution auch stark in theoretischer, politischer und materieller Hinsicht unterstützen.

In Entstellung der Geschichte behaupten die heutigen chinesischen Führer, Mao Tse-tung hätte „den japanischen Militarismus aufs Haupt geschlagen“. Das Buch „Die sowjetisch-chinesischen Beziehungen“ wie auch die Arbeit Oleg Borisows „Die Sowjetunion und die mandschurische Revolutionsbasis“, die ebenfalls unlängst im Mysl-Verlag erschienen ist, zeugen beredt davon, daß erst der Sieg der fried-

* O. B. Борисов, Б. Т. Колосков. Советско-китайские отношения. Издательство «Мысль», М., 1977, 582 с. Издание второе, дополненное.

liebenden Fortschrittskräfte über den deutschen Faschismus und den japanischen Militarismus im zweiten Weltkrieg und der entscheidende Beitrag der UdSSR zu diesem Sieg die günstigen Bedingungen für die chinesische Revolution herbeiführten. Hier lernen wir eine wenig bekannte Periode der chinesischen Revolution kennen, eine Zeit, die die maoistische Geschichtsschreibung totzuschweigen versucht.

Die Reaktionen der Kuomintang verstanden, daß die Befreiung der Mandschurei, eines großen Industriegebiets Chinas, durch die Sowjetarmee, die Anlegung einer Revolutionsbasis in diesem Gebiet und die Übergabe der erbeuteten Waffen an die chinesischen Kommunisten mit der Herrschaft der Kuomintang in China Schluß machen würden. Ebendeshalb startete die chinesische Reaktion gleich nach der Befreiung der Mandschurei eine wütende Verleumdungskampagne gegen die UdSSR, rief die imperialistischen Westmächte zu einem Kreuzzug gegen sie auf und suchte die Welt mit der „sowjetischen Gefahr“ und dem „roten Imperialismus“ zu schrecken. Seltsam, aber wahr: Das Gefasel der Kuomintang-Reaktionäre hört man heute aus offiziellen Äußerungen der chinesischen Funktionäre heraus.

2.

In dem Buch „Die sowjetisch-chinesischen Beziehungen“ wird das Verhältnis UdSSR—VR China nach dem Sieg der chinesischen Revolution, während des sozialistischen Aufbaus in China, besonders ausführlich behandelt. Im September 1953 sagte Mao über die sowjetische Hilfe für China: „Die Geschichte kennt nichts dergleichen.“ In seiner Rede auf dem VIII. Allchinesischen Parteitag der KP Chinas (September 1956) hob Mao ebenfalls hervor, daß das chinesische Volk gesiegt hatte, weil es durch das von der UdSSR geführte Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus unterstützt wurde. Er würdigte den XX. Parteitag der KPdSU und forderte auf, bei der Sowjetunion zu lernen. Auf der Jubiläumstagung des Obersten Sowjets der UdSSR anlässlich des 40. Jahrestags der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution (November 1957) gab Mao Tse-tung zu, daß der Sieg der chinesischen Revolution ohne die Erfahrungen der KPdSU und des Sowjetvolkes unmöglich gewesen wäre, daß der Verzicht der Regierung eines jeden Landes auf die Freund-

schaft mit der UdSSR „den wahren Interessen des jeweiligen Volkes nur schaden kann“.

In dem Buch Borisows und Koloskows wird eindrucksvoll der Internationalismus gezeigt, von dem sich die Sowjetunion und die KPdSU China gegenüber leiten ließen. Das ist keine Prahlerei, vielmehr eine präzise Darlegung historischer Fakten, die nur angeführt werden, um an die tiefen Wurzeln der Freundschaft zwischen beiden Völkern zu erinnern, die Wahrheit über die Geschichte der Beziehungen zwischen beiden Ländern und Völkern zu berichten und die zahlreichen Lügenmärchen zu widerlegen, die die Feinde dieser Freundschaft — die Imperialisten wie auch die kleinbürgerlichen chinesischen Nationalisten — in Umlauf setzten. In diesem Sinne ist das vorliegende Buch zwar vor allem eine fundamentale geschichtliche Studie, aber zugleich auch ein ausführliches Nachschlagewerk zur Geschichte der sowjetisch-chinesischen Beziehungen seit 1945.

Voll Sympathie für das chinesische Volk berichten die Autoren über die dramatische nationalistische Entartung des führenden Kerns in der KP Chinas, der Ende der 50er Jahre endgültig zum Chauvinismus und Antisowjetismus überwechselte. Sie veranschaulichen den schweren Kampf in der KP Chinas zwischen den Internationalisten, die für die Freundschaft mit der UdSSR, mit dem sozialistischen Weltssystem waren, und den kleinbürgerlichen nationalistischen Kräften mit Mao Tse-tung an der Spitze, für die die UdSSR nur eine Quelle materieller Hilfe war.

In dem Buch wird die große Geduld und Ausdauer des ZK der KPdSU und der Sowjetregierung gezeigt, mit denen sie die Verschlechterung des sowjetisch-chinesischen Verhältnisses zu verhüten suchten, um die brüderliche Zusammenarbeit beider Völker und Staaten aufrechtzuerhalten.

Die Feinde des Sozialismus und der sowjetisch-chinesischen Freundschaft im Westen möchten die derzeitige chinesische Führung auf die antisowjetischen Positionen festnageln. Kennzeichnend dafür ist ein in den USA 1976 von einer Gruppe Politologen unter William Griffith herausgegebene Buch, das den politischen US-Kurs gegenüber der Sowjetunion prognostiziert. Das Buch räumt den sowjetisch-chinesischen Beziehungen großen Platz ein. Es

enthält zahlreiche Erdichtungen über die Ziele der sowjetischen Entspannungspolitik sowie über die Politik der Sowjetunion in bezug auf die USA und China. Die Autoren behaupten, die USA-Politik müsse „eine neue Annäherung zwischen China und der UdSSR verhüten“, denn das wäre für die USA „katastrophal“ (!). Besagte Politologen raten der Washingtoner Administration, Peking doch einen gewissen Vorrang zu geben. Die wichtigste Aufgabe der USA bestehe darin, „zu erreichen, daß die Politik Chinas moskaufänglich bleibt“. In allen Tonlagen wiederholen die Autoren die ohnehin arg strapazierte Losung von der „sowjetischen Gefahr“ für China und die anderen Länder; die UdSSR wird als „Chinas militärischer Gegner Nr. 1“ hingestellt. Erstaunlich, diese Ideenharmonie zwischen den diplomierten Antikommunisten und den Pekinger Führern.

Die bürgerlichen Sinologen heizen die antisowjetische Gesinnung der Pekinger Führung an, sie werfen sich zu Verfechtern der Interessen und der Sicherheit Chinas auf. Einige US-Experten versichern sogar, China sei ein „Opfer“ des sowjetischen Drucks, und die chinesischen Führer wären „Neurer“, weil sie die „sowjetische Kuratel“ abgeschüttelt hätten. In diesem Geiste ist die in den USA vor kurzem herausgegebene Schrift „Mao Tse-tung auf der Waage der Geschichte“ gehalten. Verantwortlich für diese unverhohlene Apologie Maos und des Maoismus zeichnet Michael Oksenberg, führender China-Experte im Nationalen Sicherheitsrat. Diese Autoren nun erblicken eines der wichtigsten „historischen Verdienste“ Maos in seinem Kampf gegen die Komitern und die UdSSR. Sie schreiben, Mao hätte „die Zukunft vorausgesehen“, als er die Beziehungen zu der UdSSR verschlechterte und Kurs auf eine Annäherung an die USA nahm.

Es sei uns folgende heikle Frage erlaubt: Welcherart ist der „schöpferische Marxismus-Leninismus“ Mao Tse-tungs und seine „revolutionäre Philosophie“, wenn die Ideologen der USA-Monopolbourgeoisie sie so gern akzeptieren und sogar propagieren?

In dem Buch von O. Borisow und B. Koloskow lesen wir: „Das imperialistische Lager macht kein Hehl aus seiner Befriedigung über die Zuspitzung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen. Die Ideologen

des Antikommunismus wollen beweisen, eine solche Entwicklung sei natürlich und gesetzmäßig, eine Rückkehr zur früheren Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der VR China dagegen unmöglich... Diese provokatorische These wird auch von der Pekinger Propaganda benutzt. Sie redet dem chinesischen Volk ein, ihm drohe eine Gefahr aus dem Norden und predigt tagaus, tagein Feindschaft und Haß gegen die Sowjetunion.“

Doch darf man nicht vergessen, daß der Antisowjetismus der Maoisten nur ein Bestandteil ihrer außenpolitischen Strategie ist, die sich auf die Steigerung der Spannungen zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen System sowie darauf richtet, solche Spannungen für die eigenen hegemonistischen Zwecke zu benutzen. Der Lärm um die „sowjetische Gefahr“ und die Bekämpfung des „sowjetischen Hegemonismus“ kann nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß die Pekinger Brandstifter in Wirklichkeit den Weltfrieden, alle Völker und Länder gefährden. Zum Wesen der maoistischen These von der Bekämpfung der „Hegemonie“ sagte Leonid Breschnew, in Peking werde „unter dem Deckmantel dieser These versucht, Zwiespalt zwischen die Staaten zu tragen oder es zumindest nicht zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen ihnen kommen zu lassen“.

Die Politik gewisser Kreise im Westen und in Japan, die die Sowjetfeindlichkeit Pekings dazu benutzen wollen, die UdSSR und die ganze sozialistische Staatengemeinschaft „unter Druck zu setzen“, ist eine Spielart der bankrotten Münchner Politik. Die Geschichte lehrt, wie gefährlich ein solcher Kurs ist. Die Autoren des vorliegenden Buches schreiben: „Die Hegemonisten in Peking möchten jetzt die USA und Japan zum Kampf gegen die UdSSR ausnutzen, in Zukunft aber nach Möglichkeit den Schlag auch gegen diese Länder richten.“

3.

Heute, an diesem 28jährigen Jubiläum der VR China, sind wir in der Sowjetunion zutiefst besorgt über die schweren Prüfungen, die das chinesische Volk infolge der abenteuerlichen Politik der Pekinger Führung ertragen muß. Das sowjetische Volk unterstützt einmü-

tig die prinzipienfeste und konsequente Politik des leninistischen Zentralkomitees der KPdSU unter Leonid Breschnew, das sich unabänderlich für eine Normalisierung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen einsetzt. Einen solchen, wirklich internationalistischen Kurs gegenüber China bestätigte auch der XXV. Parteitag der KPdSU. Seine Beschlüsse liegen der sowjetischen Chinapolitik zugrunde und enthalten ein allseitiges Programm für die Entwicklung solcher Beziehungen.

Aber dieser Politik der KPdSU steht der antisowjetische Kurs der Pekinger Führung entgegen, die im Maoismus und seinen chauvinistischen, antisowjetischen Thesen befangen ist. Nach Maos Tod hat der politische Kurs der chinesischen Führung keinerlei Veränderungen erfahren. Die heutigen Exponenten in Peking gehen den alten, ausgetretenen Weg, was China nichts Gutes verspricht.

Nach dem Tode Mao Tse-tungs, der die antisowjetische Politik in erster Linie inspirierte, unternahm die KPdSU mehrere großangelegte Aktionen, die den guten Willen der UdSSR und ihre Bereitschaft zur gegenseitig nützlichen Normalisierung der Beziehungen zu China demonstrierten. Im Oktober 1976 erklärte Leonid Breschnew auf dem Plenum des ZK der KPdSU: „Was die Sowjetunion betrifft, so ist das Streben nach besseren Beziehungen zu China unser konsequenter Kurs... Ich möchte betonen: Unseres Erachtens gibt es in den Beziehungen zwischen der UdSSR und der VR China keine Fragen, die nicht im Geiste guter Nachbarschaft beigelegt werden könnten. In dieser Richtung werden wir auch künftig handeln. Es kommt darauf an, welche Position die andere Seite beziehen wird.“

Wie haben die chinesischen Führer darauf reagiert? Nach wie vor versuchen sie es mit ultimativen Forderungen der Sowjetunion gegenüber, stellen Vorbedingungen und peitschen die antisowjetische Hysterie in ihrem Lande weiter auf. Hua Kuo-feng sagte in seinem Referat auf dem XI. Parteitag der KP Chinas, trotz grundsätzlicher Differenzen müßten „China und die Sowjetunion normale zwischenstaatliche Beziehungen auf der Basis der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz unterhalten“. In einem Atemzug jedoch erklärte er, die UdSSR hätte „die chinesisch-

sowjetischen zwischenstaatlichen Beziehungen in eine Sackgasse geführt“ und müsse „durch praktische Schritte ihren Wunsch zu besseren Beziehungen zur VR China beweisen“. Hierbei erwähnte er mit keinem Wort die konstruktiven Vorschläge der UdSSR zur Normalisierung der Beziehungen, obwohl diese Vorschläge seit langem den chinesischen Führern vorliegen. Seinerseits hatte er nichts Konstruktives zur Normalisierung vorzuschlagen. Hua Kuo-feng und die anderen chinesischen Amtspersonen gehen in öffentlichen Ansprachen und in Gesprächen mit ausländischen Vertretern so weit, zu verlangen, die Sowjetunion müsse vor aller Welt ihre „Schuld“ gegenüber China zugeben, wobei sie Maos Zwangsvorstellung meinen, die UdSSR und die KPdSU „zur Aufgabe des Parteiprogramms und der vom XX. Parteitag und von den späteren Parteitagen der KPdSU ausgearbeiteten Linie“ zu bewegen. Die chinesische Führung rüstet eifrig zu einem Krieg und schafft Spannungen an der Grenze, besteht jedoch darauf, die UdSSR solle ihre Truppen von der Grenze abziehen und sogar anerkennen, daß an der sowjetisch-chinesischen Grenze, die durch internationale Vertragsdokumente festgelegt ist, „umstrittene Gebiete“, im Grunde „angestammtes chinesisches Territorium“, bestünden.

Es ist aussichtslos, Vorbedingungen für die Normalisierung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen zu stellen. Das verrät nur das Bestreben Pekings, einer Normalisierung weitere Hindernisse in den Weg zu legen, und zeigt, daß die chinesische Führung keine konstruktive Politik anzubieten hat. Jeder Unvoréingenommene ist sich über die Sinnlosigkeit solcher „Vorbedingungen“ klar, weil sie die Souveränität und territoriale Integrität der UdSSR antasten.

Ebenso absurd sind die Versuche einiger notorischer Nationalisten in Peking vom Schlage eines Liao Tscheng-tschü, ausländischen Vertretern, die in Peking fabrizierte Lesart über die „Gebietsansprüche der UdSSR an China“ aufzubinden. Angeblich wolle die Sowjetunion „ihre Grenze zu China an die Große chinesische Mauer“ verlegen. Welcher Unsinn!

Bekanntlich liegen der chinesischen Führung die sowjetischen Vorschläge vor, einen Nichtangriffspakt zwischen der UdSSR und der

VR China zu schließen und in ihn die Verpflichtung aufzunehmen, Angriffe gegeneinander unter Einsatz beliebiger Waffen zu Lande, zu Wasser und in der Luft weder zu verüben noch anzudrohen. Bis jetzt hat die chinesische Führung auch das sowjetische Angebot nicht beantwortet, einen Vertrag über Gewaltverzicht zu schließen sowie eine öffentliche Erklärung beider Regierungen in einem gemeinsamen Dokument abzugeben, daß die beiden Seiten keine Gebietsansprüche aneinander haben und fest entschlossen sind, den Status quo und die normale Situation an der Grenze aufrechtzuerhalten.

Wenn die chinesische Regierung diese Dokumente annähme, würde das die Atmosphäre in hohem Maße gesunden und die Lösung aller anderen Fragen der sowjetisch-chinesischen Beziehungen untermauern. Offenbar hat Peking das aber nicht vor. Ein Beweis dafür sind die Dokumente des vor kurzem abgehaltenen XI. Parteitages der KP Chinas, der die maoistischen, antisowjetischen Losungen vom Kampf gegen die UdSSR, von der berüchtigten „breitesten Einheitsfront“ usw. verankert hat.

Am nationalen Festtag der VR China entbieten wir in der Sowjetunion dem großen chinesischen Volk unseren aufrichtigen Gruß. Wir blicken optimistisch in die Zukunft, denn die Geschichte der sowjetisch-chinesischen Beziehungen beweist unwiderlegbar: Die Freundschaft und Zusammenarbeit unserer Länder liegt im ureigensten Interesse der beiden Völker, im Interesse des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus. Abschließend schreiben die Autoren des hier rezensierten Buches: „Jedesmal, wenn die sowjetisch-chinesischen Beziehungen enger wurden, konnten die revolutionären Kräfte in China ihre Positionen festigen, erhielt die fortschrittliche Bewegung neuen Auftrieb und mußte die Reaktion in die Defensive gehen. Und umgekehrt: Jede Schwächung der Verbindungen zwischen China und der UdSSR wirkte sich höchst negativ auf das politische Klima in China aus, dämpfte den revolutionären Elan, erleichterte das Anwachsen der nationalistischen Tendenzen und ermöglichte der inneren Reaktion das Paktieren mit dem Imperialismus.“ Die Situation der letzten Jahre in China bekräftigt die Richtigkeit dieser Schlußfolgerung.

SUDAN

AUF GLATTEIS

Elliche Zeit schon geifern Politiker und Massenmedien Sudans gegen die Sowjetunion. Manch einer in Khartum möchte die UdSSR fast als Hauptfeind Sudans hinstellen.

Die vom sudanesischen Regime verbreiteten Verleumdungen der sowjetischen Politik sind nicht neu. Sie alle stammen aus der imperialistischen und maoistischen Propagandaküche. Weshalb eigentlich haben es die sudanesischen Machthaber nötig, solche von der Realität bereits mehrfach widerlegten Behauptungen zu wiederholen? Zur Beantwortung dieser Frage müssen wir auf die Veränderungen in der Politik Sudans eingehen.

Vor noch relativ kurzer Zeit hat dieses Land eine führende Rolle in der Befreiungsbewegung der arabischen und afrikanischen Völker gespielt. Die Revolution vom Mai 1969 hatte als eines ihrer Hauptziele einen konsequenten antiimperialistischen Kurs, progressive sozialökonomische Umgestaltungen sowie die Festigung von Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern verkündet.

Mit der Zeit aber gerieten die Prinzipien der Mairevolution in Vergessenheit. Zu den besten Freunden Khartums zählen heute imperialistische Mächte, die den imperialistischen Aggressoren und den Rassisten im Süden Afrikas den Rücken stärken, sowie die konservativen und reaktionären arabischen Regimes. Die imperialistischen Kreise und die arabische Reaktion wollen Sudan zu einer Waffe ihrer Politik in der arabischen Welt und in Afrika machen. Die sudanesischen Machthaber geben sich dazu her. Aktiv unterstützen sie den Imperialismus und die Reaktion bei der Verwirklichung von Plänen zur Unterminierung des fortschrittlichen Regimes in Äthiopien und zur Zerstückelung dieses Landes, zur Verschärfung des Konflikts Äthiopien—Somalia. Außerdem wollen sie den Raum des Roten Meeres zu einem Einflußbereich der Reaktion machen.

Sudans Abweichen vom antiimperialistischen Kurs, seine intensive Zusammenarbeit mit den reaktionären Kreisen mußten die innen- und außenpolitische

Lage des Landes komplizieren. Das bewirkte die Isolierung des Regimes Nimeri. Unter diesen Umständen fiel der sudanesischen Führung nichts Besseres ein, als den Anschein zu erwecken, an den vielen Problemen Sudans sei die UdSSR schuld.

Mit ihren unsinnigen Beschuldigungen wollen die Regierungskreise in Khartum offenbar die Sudanesen und die arabische Öffentlichkeit vergessen machen, daß die Sowjetunion stets den Kampf des sudanesischen Volkes für Freiheit und Unabhängigkeit unterstützte, daß sie der Mairevolution 1969 in Sudan Hilfe erwies. Übrigens hat Präsident Nimeri selbst früher von der großen Bedeutung der Freundschaft und Zusammenarbeit mit der UdSSR für Sudan gesprochen.

Die antisowjetische Politik der sudanesischen Machthaber wird innenpolitisch durch unausgesetzte antikommunistische Kampagnen, Verfolgungen von Kommunisten und Demokraten begleitet. In den Gefängnissen befinden sich viele Mitglieder der Sudanesischen Kommunistischen Partei, Funktionäre der Gewerkschaften und anderer Organisationen. Die schweren Haftbedingungen haben bei vielen die Gesundheit untergraben. Kürzlich erfuhr man vom Tod des Mitglieds des ZK der Sudanesischen KP Schakkak im Gefängnis von Shala. Die Behörden hatten seine Freilassung abgelehnt, obwohl sich sein Gesundheitszustand sehr verschlechtert hatte. Das zeigt ein weiteres Mal, was die demagogischen Erklärungen der sudanesischen Führer wert sind, sie wollten allen politischen Häftlingen die Freiheit geben. Aus den Tatsachen wird deutlich, daß sich die von Präsident Nimeri im August d. J. verkündete Amnestie für politische Häftlinge praktisch nicht auf Kommunisten und andere Demokraten erstreckt.

Antikommunismus und Sowjetfeindschaft haben den Entwicklungsländern noch nie geholfen, ihre Probleme zu lösen. Sie haben Regimes, die sie zum Kernstück ihrer Politik machten, nur in eine Sackgasse geführt. Auch die sudanesischen Führer haben sich damit aufs Glatteis begeben.

A. MICHAJLOW

DIE LIEBE HÖRET NIMMER AUF

Von unserem ständigen Berichtersteller
Karen KARAGESIAN

Kühl und dämmrig war es in der Kirche. Die Sonnenstrahlen drangen kaum durch die hohen Bogenfenster. Ein Reiseführer hatte mir den Anstoß zum Besuch dieses Baudenkmals aus dem 17. Jahrhundert gegeben. Während ich mich ins Schauen vertiefte, bemerkte ich nicht, daß sich die Kirche allmählich füllte. Unterdessen hatte die Messe begonnen.

Der Priester, ein bebrillter junger Mann mit Professorallüren, brachte seinen ziemlich lauen Text — Bibelauslegungen — mit großer Geste an sein Publikum. Ein Satz aber machte mich hellhörig. Er sprach von der Christenpflicht, die es gebiete, Einsame nicht in Not zu lassen, und sagte dabei: „Ein Beispiel für ein solches Treuverhalten eines Menschen zu einem anderen ging dieser Tage durch die Zeitungen.“ Was meinte er?

„Ich spreche von Frau Kappler“, fuhr der Geistliche fort, „die nicht danach fragte, ob ihr Mann schuldig oder unschuldig ist. Einer solchen Frau, die soviel Beharrlichkeit an den Tag legte und ihn aus dem Gefängnis holte, muß man einfach Hochachtung zollen.“

Die Gemeinde — meist ergraute Frauen und Männer — schien mit dem Priester einverstanden. Ich aber mußte denken, daß der italienische Journalist offenbar nicht so weit von der Wahrheit entfernt war, als er schrieb, für das bundesdeutsche Gesetz sei Kappler ein „Heiliger, den man nicht anrühren darf“.

* * *

Der Fluchteklat des SS-Manns Kappler aus dem Römischen Militärhospital Celio Mitte August war in gewisser Weise durch die Entführung des Arbeitgeberverbandsvorsitzenden Schleyer aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt. Inzwischen ergibt sich aus immer neuen, hin und wieder phantastisch anmutenden Einzelheiten: Beim Fall Kappler handelt es sich nicht nur um den Fall eines Nazikriegsverbrechers.

Der ehemalige SS-Mann, SD-Chef in Rom, der Mann Heydrichs und

Himmllers erwarb sich dadurch seinen „Ruhm“, daß er am 24. März 1944 die Erschießung von 335 italienischen Geiseln in den Ardeatinschen Höhlen bei Rom angeführt hatte. Die Geiseln wurden in Gruppen von 5—10 Mann in die Katakomben getrieben, dort in einer Reihe aufgestellt, wonach man ihnen befahl, in die Knie zu gehen. Getötet wurde durch Genickschuß. Selbst den Schergen versagten manchmal die Nerven, und Kappler munterte sie dann durch sein „persönliches Beispiel“ auf.

Die Erschießung ging methodisch, Reihe um Reihe, vor sich. Bald wurde es zu eng. Kappler befahl, die Neuhinzugekommenen sollten sich auf die Leichenberge legen, und so wurde die Exekution fortgesetzt. Schließlich verlangte er, man solle schleunigst noch „fehlende“ 50 Häftlinge bringen. Der Polizeipräfekt schickte „irrtümlich“ 5 Mann mehr. Kappler ließ auch sie erschießen. Er schonte nicht Greise, nicht Jugendliche. Die Opfer waren zwischen 14 und 75 Jahre alt. Unter ihnen 77 Arbeiter, 57 Angestellte, 54 Kaufleute, 38 italienische Offiziere, darunter 5 Generale, 12 Rechtsanwälte, 5 Lehrer, 3 Ärzte, 5 Industrielle, ein Geistlicher...

Diesen Gipfel seiner Karriere hatte Kappler keineswegs zufällig erklimmt. Zwei Jahre vor dem Machtantritt Hitlers zur Partei gestoßen, marschierte er bald mit der 13. SS-Standarte, die Sondereinsätze vollzog. Auf Protektion Heydrichs wurde Kappler Mitarbeiter der deutschen Botschaft in Rom mit dem Sonderauftrag, seine Kollegen zu bespitzeln. Als Polizeichef verließ er jeden Vormittag sein Büro in der Via Tasso und ging durch den anschließenden Garten zu einem kleinen Gebäude, wo Häftlinge vernommen und gefoltert wurden. Dort saß er auf einem Stuhl, schweigend interessiert dem Schreien der Gefolterten lauschend und zuweilen durch eine knappe Handbewegung diese Leiden abschwächend oder verstärkend.

1948 hatte ein italienisches Gericht Kappler zu Lebenslänglich verur-



teilt: Es hieß, dem Angeklagten fehle der „elementare Sinn für Menschlichkeit“. Das Urteil war endgültig und nicht anfechtbar. Doch bald machten sich in der Bundesrepublik Gruppierungen ans Werk, um den Kriegsverbrecher zu befreien. Ihr Druck veranlaßte immer mehr Politiker der Bundesrepublik, an die italienische Regierung heranzutreten, sie solle Kappler aus „menschlichen Erwägungen“ begnadigen.

Hier nun tauchte Anneliese Wenger auf. Dieser 53jährigen ehemaligen BDM-Maid, von Beruf „Heilpraktikerin“, hatte zum erstenmal eine Kundin von Kappler erzählte. Sie zeigte Interesse und schickte ihm — das alles ist ihre eigene Version — einen Brief in die Festung Gaeta. Nach der Antwort war sie noch mehr interessiert, wollte eine nähere Bekanntschaft, verliebte sich schließlich, wieder nach ihrer Version, und im April 1972 war die Hochzeit, auf der der einsitzende Bräutigam durch seinen Rechtsanwalt vertreten wurde.

Seither haben die Kappler-Freunde ein weiteres Argument: die arme Frau, die ihren Mann so sehr vermisst. Frau Wenger-Kappler machte nun regelmäßige Reisen zwischen dem niedersächsischen Soltau, wo sie „heilpraktiziert“, und Rom, wo sie die Humanität der italienischen Behörden strapazierend, in engen Verkehr mit dem Häftling treten konnte. Im Februar des Vorjahres wurde verlautbart, Kappler sei unheilbar an Darmkrebs erkrankt. Bald danach wurde er ins Militärhospital Celio überführt. Die Ärzte gaben ihm nur wenige Wochen. Aber Anneliese machte nun von ihrer „Heilkunst“ Gebrauch. „Krebs ist für mich keine unheilbare Krankheit“, protzte sie.

Frau Kappler ging zu wöchentlichen Besuchen über. Offizielle wie inoffizielle Humanitätsappelle an die italienischen Behörden wurden noch dringender. Ein weiterer Grund wurde gefunden: Man müsse Kappler gestatten, in der Heimat zu sterben. Frau Kappler hängte sich ein Plakat mit dem Konterfei ihres Mannes und der Aufschrift „Das 31. Weihnachtsfest im Kerker von Gaeta“ um und veranstaltete eine Ein-Frau-Demonstration vor dem

Bonner Bundestagsgebäude. Ende vergangenen Jahres begann sich ein italienisches Militärgericht mit einer eventuellen Freilassung Kapplers zu befassen. Das jedoch löste umgehend einen solchen Proteststurm in Italien und in anderen europäischen Ländern aus, daß die Richter ihr Vorhaben aufstecken mußten.

Am 15. August 1977 gegen 1 Uhr nachts verließ Frau Kappler die Krankenstube Nr. 1 im dritten Stockwerk des Militärhospitals Celio. Sie zog einen schwarzen Schrankkoffer auf Rädern hinter sich her, verabschiedete sich von den Schließern, sagte, man solle ihren Mann nicht vor 8 Uhr wecken, begab sich in den Fahrstuhl und lenkte bald darauf ihren Fiat durch das Gefängnistor. Am folgenden Tag war das Bett des Häftlings Kappler leer.

Nur wenige Stunden nach der Flucht meldete sich Frau Kappler telefonisch bei einem Beamten der Rechtsabteilung des bundesdeutschen Außenministeriums: „Ich wollte Ihnen nur sagen, daß mein Mann hier ist.“

Die Kriminalpolizei stellt eine Fahndung nach Kappler auf höhere Weisung wieder ein. Im Handumdrehen wird von den Massenmedien im ganzen Land die Nachricht verbreitet: Kappler kann nicht an Italien ausgeliefert werden, da das Grundgesetz die Auslieferung von Deutschen ans Ausland verbietet. Er kann auch in der Bundesrepublik nicht vor Gericht gestellt werden, da er bereits eine lange Zeit abgessen hat. Frau Kappler, die sich öffentlich als einzige Vollstreckerin der Entführung erklärt, kann ebensowenig zur Verantwortung gezogen werden, weil sie „nur“ italienisches, nicht aber bundesdeutsches Recht verletzt hat.

Die italienische Regierung verhindert einen angesagten Besuch Bundeskanzler Schmidts in der Furcht vor antibundesdeutschen Massendemonstrationen. Sie verlangt die Auslieferung Kapplers. Die Bundesregierung hüllt sich drei Tage lang in Schweigen und verurteilt erst dann in zurückhaltender Form die „Verletzung italienischen Rechts“. Von Auslieferung kein Wort. Die meisten bürgerlichen Zeitungen bringen die Fluchtnachricht mit eindeutiger Befriedigung. In den ersten Tagen ist in Umlauf, Frau Kappler habe den auf 48 kg abgemagerten SS-Mann im Koffer hinausgeschleppt.

Inzwischen beginnt die Polizei, die die Fahndung nach Kappler eingestellt hatte, sich wieder für ihn zu interessieren. Allerdings diesmal andersrum: um die Unantastbarkeit seiner Persönlichkeit zu schützen. Denn, wie das Boulevardblatt **Express** der Welt erschüttert mitteilt, „Killer-Kommandos machen Jagd auf Kappler“. Auf eine italienische Nachrichtenagentur gestützt, schreibt die Zeitung, ein Unbekannter, der sich als Sprecher eines „Kommandos neuer Partisanen“ ausgab, habe telefonisch mitgeteilt: „Wir sind in Stuttgart und Hamburg eingetroffen, um die Spur von Nazi-Kappler zu finden. Die Flucht wird auch durch Anschläge auf Konsulate gerächt.“

Die Gesinnungskumpane des SS-Henkers und der von der Boulevardpresse aufgezogene Spießbürger zeigen nun ihre Einstellung zu den Vorgängen. In der Kleinstadt Soltau drängen sich vor der Wilhelmstraße 9, wo ein Schild „Anneliese Kapp-

ler-Wenger, Heilpraktikerin, Voranmeldung erbeten“ das Tor zielt, Reporter, Trenchcoatmänner und Neugierige. Der Blumenhändler nimmt schon keine Aufträge für die Wilhelmstraße mehr entgegen: „Frau Kappler hat ausdrücklich gebeten, keine Sträuße mehr zu schicken, weil das Haus von Blumen überquillt.“

Und das sagt ein Offizieller, Soltau Bürgermeister Jochen Rothardt: „Man hat hier in Soltau Frau Kapplers Engagement für ihren Mann schon immer bewundert. Und jetzt bekennen sich die Soltauer erst recht zu dieser Frau und ihrem Hunsarenstück. Ihre mutige Tat war erstklassig durchdacht, auch in den juristischen Konsequenzen.“

Außer den Trenchcoatpolizisten machen sich vor dem Haus der Wenger plötzlich sechs von Kopf bis Fuß schwargekleidete junge Leute breit. Sie repräsentieren eine sogenannte „Deutsche Bürgerinitiative“ und halten so etwas wie eine Ehrenwache vor der Wohnstatt des Henkers von Rom. „Deutsche, wacht auf!“ steht auf ihrem Plakat. Aus dem weiteren Text geht hervor, „Kommunisten und Juden“ wollten Kappler „in die Luft sprengen“ und die Herrschaften in Schwarz seien gekommen, ihn zu schützen.

Inzwischen liegt Nr. 37 von **Burda's Bunte Illustrierte** aus. Auf dem Titelblatt in Balken: „So floh Kappler aus Rom.“ Frau Kappler hatte unter Mitwirkung des erwähnten Bürgermeisters von Soltau dem Zeitungsmarkt augenblicklich die Exklusivrechte auf die Fluchtstory angeboten. Die **Frankfurter Allgemeine** konnte mitteilen, dabei habe es „eines der größten Rennen um eine Story“ gegeben. Sieger war der Verleger Burda, der 200 000 DM springen ließ.

In **Bunte** liefert Frau Kappler eine zweite Fluchtversion. Sie habe ihren Mann mit Hilfe einer Alpinistenausrüstung aus dem Fenster des dritten Stocks abgeseilt.

Eine Aussage der Frau Kappler, die sowohl in der ersten wie in der zweiten Version auftaucht, verdient besondere Beachtung. Sie behauptet nämlich, die Flucht allein organisiert und abgespult zu haben. Wie aber sehen die Tatsachen aus?

Der Wagen, den Frau Kappler laut erster Version mit dem Fluchtkoffer belud, war auf einer Servicestation aufgefallen. In ihm saßen zwei Personen, die eine 25, die andere etwa 60 Jahre alt. (Der Be-

Bundesdeutsches Stil-Leben

Karikatur aus „Abendzeitung“ München



schreibung nach nicht Kappler.) Also Helfer. Woher? Die Untersuchung gegen die italienischen Carabinieri des Militärhospital ergab, daß sie erstens ziemlich enge Kontakte zu dem Häftling hatten und von ihm „kleine Geschenke“ erhielten. Zweitens hatten sie in der Fluchtnacht ihre Posten verlassen. Das kann bedeuten, daß Kappler ganz ruhig im Aufzug hinunterfuhr und mit dem Wagen verschwand.

Viel wichtiger ist die Aussage des ehemaligen SS-Offiziers Jürgen Marloh, der vor einigen Jahren ein „Hilfskomitee Freiheit für Kappler“ gegründet hatte. Hier ein Auszug aus einem Interview mit ihm: „Wir sammelten Hunderttausende von DM. Mir halfen Juristen, Historiker, Schriftsteller, und dann habe ich auch bei höheren Stellen offene Türen gefunden: bei Politikern, Generalen... Ich habe Verständnis und Unterstützung bei Industriellen, in der Polizei, im Geheimdienst und in Botschaften gefunden. Alles Leute, die sagten: Kappler muß frei sein...“

Kurz nach der Veröffentlichung des Interviews in der italienischen *Domenica del Corriere* behauptete Marloh, das alles sei aus den Fingern gesogen. Aus welchen Fingern, wurde bald klar. Marloh hatte den Interviewer für einen gleichgesinnten italienischen Faschisten gehalten und war deshalb so überaus offen gewesen. Eine Verschwörung also? Die italienische Öffentlichkeit hegt darüber keinen Zweifel. Dazu ein Auszug aus dem *Spiegel*-Interview mit dem Römer Bürgermeister Carlo Argan.

Argan: Wir beurteilen den Fall vielmehr moralisch-politisch.

Spiegel: Wie denn?

Argan: Der Verbrecher Kappler wurde im Gefängnis Gaeta wie auch später im römischen Militärkrankenhaus äußerst human behandelt. Unter diesen Umständen erhält seine Flucht leider den Charakter einer Nazirevanche für das gegen ihn erlassene Urteil. Das betrübt uns, und es tut uns leid auch für Deutschland, das wir gern weiterhin als ein demokratisches, befreundetes Land ansehen möchten. An der Reaktion der Deutschen und dem, was sie in dieser Affäre praktisch erreichen, werden wir ermaßen, wie weit sich das gegenwärtige Deutschland von seiner Nazi-Vergangenheit entfernt hat.

Spiegel: Kapplers Flucht, behauptet Italiens Linke, sei nur mit Hilfe von deutschen und italienischen Neofaschisten möglich gewesen...

Argan: ... das glauben hier keineswegs nur die linken, sondern wohl alle demokratischen Parteien. Als ich gestern zur deutschen Bot-

schaft ging, um ihr — nach Kapplers Flucht — die Gefühle der römischen Bevölkerung gegenüber Deutschland und unseren Protest auszudrücken, da begleiteten mich Kollegen meiner Stadtregierung, aber bezeichnenderweise auch der Fraktionschef der Christdemokraten.“

In Rom mußte der Verteidigungsminister als Verantwortlicher für die Bewachung des Kriegsverbrecher sein Amt zur Verfügung stellen. Fast gleichzeitig übermittelte die Bundesregierung ihre offizielle Antwort auf das Auslieferungsbegehren. Es war eine Absage unter Berufung auf den bereits erwähnten Artikel des Grundgesetzes. Das wurde von vielen als Ausflucht angesehen, denn in einem anderen Artikel heißt es: „Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Bundesrechts. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.“ Das heißt, entsprechend der Entscheidung des Internationalen Militärtribunals sowie einiger UNO-Beschlüsse dürfen Kappler und seinesgleichen unter keinen Umständen der gerechten Strafe entzogen werden.

Die aufgezählten Tatsachen — und man könnte noch viele hinzufügen — zeichneten ein ziemlich düsteres Bild der Bundesrepublik, wenn es nicht auch andere gäbe. Sie bewei-

sen, daß hier viele Menschen und einflußreiche Kräfte aufmerksam die Umtriebe der alten und neuen Faschisten sowie ihre versteckten und offenen Gönner und die Persilwäsche der Rechtspresse verfolgten. In Soltau demonstrierten nicht nur die Braunen und ihre Sympathisanten, dort kam es auch zu einer Demonstration von 500 Antifaschisten. In München konnte eine demokratische Protestbewegung eine neonazistische Versammlung verhindern, die zur Feierstunde anlässlich der Flucht Kapplers werden sollte. Die Demokraten der Bundesrepublik decken entschlossen neue Ausfälle der Reaktion auf.

Der DKP-Vorstand richtete ein Telegramm an die italienischen Kommunisten, in dem es heißt: „Für die deutschen Kommunisten, die selbst in den Reihen des antifaschistischen Widerstands gekämpft haben, die heute im Geiste des antifaschistischen Kampfes für die Demokratie und gegen eine Rechtsentwicklung des Landes, gegen Berufsverbote und ein Reinwaschen des Nazismus in unserem Lande eintreten, gibt es keine Verjährungsfrist für die Verbrechen des Faschismus. Wir versichern euch, daß wir alle Anstrengungen unternehmen werden, damit der Verbrecher Kappler wieder seiner gerechten Strafe zugeführt wird.“

Bonn, im September

UNSERE RUSSISCH-SEITE

SCHLÜSSEL ZU LEKTION 9

Übung 2: 1. Проект Конституции СССР отражает советскую действительность. 2. Произошло оздоровление международного климата. 3. Сторонникам войны противостоят миролюбивые государства. 4. Великая Октябрьская социалистическая революция изменила исторические судьбы мира. 5. Гонка вооружений оказывает отрицательное воздействие на международный климат. 6. Разрядка создает условия для активизации национально-освободительной борьбы народов.

Übung 3: 1. Активизация. 2. Четко сформулировать. 3. Оказывать воздействие. 4. Оздоровление международного климата. 5. Упрочение.

Übung 4: 1. Внешняя. 2. Прогрессивные. 3. Ликвидация. 4. Укрепить. 5. Способствовать.

DISKUSSION MIT DEM LESER

In der Sowjetunion gibt es 10 Millionen Mitarbeiter der Volkskontrolle. Offensichtlich reicht einer Gesellschaft, in der die zwischenmenschlichen Beziehungen angeblich auf Vertrauen und hohem Bewußtsein basieren, die staatliche Kontrolle nicht aus. Auch „Freiwillige“ werden hierfür herangezogen.

Erich FUCHS
Hamburg, BRD



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Viktor GUSTSCHIN

Natürlich kann sich jemand in der kapitalistischen Welt nur schwer vorstellen, daß man nicht nur Kontrolleur werden, sondern auch freiwillig darin einwilligen kann, daß man von anderen kontrolliert wird.

Doch sind Vertrauen, Bewußtheit und Kontrolle wirklich so unvereinbar? Waren denn diese menschlichen Eigenschaften früher unbekannt? Nein, sie wurzelten stets in der sozialen Natur des Menschen — sonst hätten wir nicht die größten Leistungen von früheren Generationen übernommen. Doch trotzdem sahen und sehen die meisten Menschen häufiger in einer Klassengesellschaft jegliche Kontrolle als etwas feindliches an. Und das ist nur verständlich. Eine der besten Eigenschaften, das schöpferische Verhältnis zur Arbeit, das Interesse an ihren Ergebnissen, wurde in Jahrtausenden durch die hemmungslose Ausbeutung und das zutiefst ungerechte System der Verteilung der geschaffenen Güter unterdrückt.

Dieses ungerechte System ermöglichte zugleich ein parasitäres Verhältnis der herrschenden Klassen zur Arbeit und zur Gesellschaft. So erhält Arndt von Bohlen, ein Krupp-Sprößling, auch heute von dem Konzern, der einst seinem Vater gehörte, jährlich über zwei Mio DM als „Taschengeld“. Als ein Korrespondent der Illustrierten Quick ihn fragte, ob er schon einmal daran gedacht habe, zu arbeiten, antwortete Krupp jun., das habe ihm gerade noch gefehlt.

In unserem Land basiert nach dem Sieg der sozialistischen Revolution im Oktober 1917 die Lage des Menschen in der Gesellschaft, sein Verhältnis zu den Produktionsmitteln und die Teilnahme an der Verteilung der materiellen Güter auf einer völlig neuen, gerechten Grundlage. Bei uns wurden das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die Ausbeutung, die Klassenprivilegien und der himmelschreiende Unterschied zwischen Reichtum und praktisch uneingeschränkter Macht einerseits sowie Armut und Rechtlosigkeit andererseits beseitigt. In der UdSSR hängt der Wohlstand des einzelnen vom Wohlstand aller ab.

Doch der Sozialismus ist keine heile Welt. Die neue Ordnung besteht erst 60

Jahre. Ist das etwa genug Zeit, um Traditionen aus Jahrtausenden zu beseitigen, Rückfälle in die Privateigentümerpsychologie zu verhindern, jedem ein gewissenhaftes Verhältnis zur Arbeit und zum Volkseigentum anzuerziehen?

Doch die Volkskontrolleure haben nicht nur die Aufgabe, Rechtsbrecher zu fassen. Sie wollen breite Massen zur Teilnahme an der Leitung der Produktion und der Gesellschaft heranziehen. In die Organe der Volkskontrolle werden Menschen gewählt, die nicht hauptberuflich und für Geld, sondern uneigennützig Volk, Partei und Staat helfen, die ungenutzten Reserven der Produktion zu ermitteln, eine schnellstmögliche Verwirklichung der gefaßten Beschlüsse anzustreben und gegen die noch anzutreffenden negativen Erscheinungen zu kämpfen — gegen Bürokratismus und mangelnde Rücksichtnahme auf die Anliegen der Menschen.

Nur Elemente, die ihre Pflichten gegenüber der Gesellschaft vergessen, haben etwas gegen die Volkskontrolle, die dem Gemeinwohl dient. Und je wachsamer unsere freiwilligen Kontrolleure die Interessen und das Eigentum des Volkes schützen, desto reicher und glücklicher wird das Leben aller sowjetischen Menschen.



Berichten Sie bitte über
das Ensemble ABBA

I. MOKEWNIN
Terelga,
Gebiet Uljanowsk,
FSFSR

1971 lernten Benny Andersson, Organist und Komponist der populären schwedischen Popgruppe Hep Stars, und Björn Ulvaeus, Sänger und Gitarrist der Folkloregruppe Hootenanny Singers, den Manager Stig Andersson, den Inhaber der Schallplattenfirma Polar, kennen. Sie bildeten zusammen mit zwei Sängerinnen im April 1972 das ABBA-Quartett (nach den Anfangsbuchstaben der Ensemblemitglieder). Damals wurde der Schlager Ring Ring ein Hit, doch brachte er der Gruppe keine Popularität außerhalb Skan-

dinaviens. Das geschah erst 1974, als die Gruppe beim Eurovisionfestival in Brighton mit dem Song Waterloo auftrat. Bald erschien ein sehr gefragtes Plattenalbum unter dem gleichen Namen. Die nächsten drei Alben (ABBA, Arrival und Greatest Hits) sowie etwa ein Dutzend anderer Platten erreichten eine Weltauflage von 45 Millionen.

Der Stil der ABBA ist einfach. Es handelt sich um typischen Pop: leichte, temperamentvolle und durchschlagende Melodien als Tanz- oder Hintergrundmusik. Doch nichtsdestoweniger hat die ABBA ihre eigene musikalische Manier — dank den großen kompositorischen Fähigkeiten von Andersson und Ulvaeus sowie ihrem Professionalismus.

SCHREIBEN DES MINISTERS FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN DER UdSSR AN DEN UNO-GENERALSEKRETÄR

Sehr geehrter Herr Generalsekretär!

Die Regierung der UdSSR bringt den Antrag ein, in die Tagesordnung der 32. UNO-Vollversammlung als wichtige und dringende Frage den Punkt „Über die Vertiefung und Festigung der internationalen Entspannung und die Abwendung der Kernkriegsgefahr“ aufzunehmen.

Die heutige Entwicklung in der Welt zeugt davon, daß die internationale Entspannung und der Ausbau der gleichberechtigten und für alle Beteiligten nützlichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten dank den beharrlichen, angespannten Bemühungen der Friedenskräfte die internationalen Beziehungen immer mehr prägen. Die Einsicht in die Notwendigkeit bricht sich Bahn, auf Gewaltanwendung bzw. -androhung zu verzichten und auch die kompliziertesten Streitfälle friedlich beizulegen. In gemeinsamer Arbeit der 35 Teilnehmerstaaten wurde die Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa erarbeitet, die ein Kodex der Prinzipien in den internationalen Beziehungen ist, wie sie den Erfordernissen der friedlichen Koexistenz voll und ganz entsprechen. Positiv für die Entwicklung der neuen friedlichen zwischenstaatlichen Beziehungen sind der Abschluß multi- und bilateraler Verträge und Abkommen sowie politische Kontakte auf höchster Ebene. Die Erfolge der Entspannung fanden Anerkennung in weiten Kreisen der Weltöffentlichkeit. Auch in der UNO wurde wiederholt Befriedigung darüber geäußert, was in vielen ihrer Beschlüsse zum Ausdruck kam.

In den letzten Jahren wurden wesentliche Schritte zur Eindämmung des nuklearen Wettrüstens und zur Abrüstung getan; das war ein nützlicher Beitrag zur Verhütung eines neuen Krieges. Konkrete internationale Verträge und Konventionen wurden zu folgenden Fragen geschlossen: Verbot eines bedeutenden Teils der Versuche mit Kernwaffen, Verhütung ihrer weiteren Ausbreitung in der Welt, Verbot ihrer Unterbringung im Weltraum und am Meeresgrund, Begrenzung der strategischen Rüstungen, Verbot und Vernichtung der bakteriologischen Waffen. Vor kurzem wurde ein Verbot der militärischen und sonstigen feindseligen Nutzung von Mitteln zur Einwirkung auf die Umwelt vereinbart.

Die Erfolge der internationalen Entspannung feststellend, müssen wir jedoch daran denken, daß wir erst am Anfang der Umgestaltung der internationalen Beziehungen stehen. In mehreren Regionen der Welt ist die Lage immer noch unruhig. Im Nahen Osten bleibt die Situation einer langwierigen explosiven Krise bestehen. Der gefährliche Spannungsherd auf Zypern existiert ebenfalls weiter. Eine ernste Gefahr

für den Frieden sind die Stützpunkte des Kolonialismus und Rassismus im Süden Afrikas. Der Kolonialismus ist eine Quelle der Aggression gegen die unabhängigen afrikanischen Staaten. Die immer noch bestehende Ungleichheit und Diskriminierung in den Wirtschaftsbeziehungen behindern wesentlich die Normalisierung der Weltlage. Schließlich muß man berücksichtigen, daß die Perspektive auf die Gesundung des Weltklimas die reaktionären und militaristischen Kreise reaktiviert, die die Welt in die Zeit des kalten Krieges zurückversetzen, das Wettrüsten noch mehr anheizen und die Kriegspsychose noch mehr schüren wollen.

Zugleich liegt auf der Hand, daß es unter den gegenwärtigen Verhältnissen keine vernünftige Alternative zur Politik der internationalen Entspannung gibt. Die Frage steht nur so: Wird die Welt auf Gewaltanwendung verzichten, wird sie den Weg der Abrüstung und der gleichberechtigten, gegenseitig nützlichen Zusammenarbeit beschreiten, oder wird sie in den Strudel des unaufhaltsamen Wettrüstens und der Eskalation militärischer Konflikte, die die schwersten Folgen für die Menschheit haben können, gezogen werden?

Als umfassender internationaler Prozeß mit einem sehr breiten Spektrum schafft die Entspannung Voraussetzungen dafür, die wichtigsten, globalen Probleme zu lösen. Die Aufgabe ihrer Vertiefung und Festigung erfordert demnach gemeinsame, wirksame Handlungen aller am Frieden interessierten Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung, Fläche, geographischer Lage, Entwicklungsstufe sowie von ihrer Teilnahme bzw. Nichtteilnahme an militärpolitischen Bündnissen.

Die Staaten sollen sich in ihren gegenseitigen Beziehungen von den grundlegenden Prinzipien leiten lassen, die verbrieft sind in der UNO-Satzung, in der Deklaration über die Festigung der internationalen Sicherheit, in der Deklaration über die Prinzipien des Völkerrechts, die die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten betreffen, sowie in anderen höchst wichtigen internationalen Dokumenten; es ist notwendig, daß sich die Staaten nicht in die inneren Angelegenheiten des anderen einmischen, nicht zur Gewalt bzw. Gewaltandrohung greifen und die legitimen Interessen der anderen Staaten berücksichtigen.

Die internationale Entspannung wäre vertieft und gefestigt, wenn die Staaten konstruktive und wirksame Schritte unternehmen, die vor allem die Einstellung des Wettrüstens und die Abrüstung bis zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strikter internationaler Kontrolle, möglichst rasche friedliche

Regelung von Konfliktsituationen und Abschwächung der militärischen Konfrontation, endgültige Beseitigung der Überreste des Kolonialsystems, des Rassismus und der Apartheid sowie gerechte und demokratische Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen bezwecken.

Besonders wichtig und unaufschiebbar ist in der gegenwärtigen Situation die Aufgabe, die Gefahr eines Kernkrieges zu beseitigen. Die Entwicklung der Technik, darunter der militärischen Technik, hat in der Welt von heute ein Niveau erreicht, das die verschiedenen Regionen immer näher zusammenrücken läßt und sich jeder lokale Konflikt zu einem sehr breiten auswachsen kann.

Hieraus ergibt sich die unwiderlegbare Schlußfolgerung: Alle Staaten, vor allem solche, die im Besitz der Kernwaffen sind, müssen Beziehungen zueinander unterhalten, die die Gefahr eines Kernkrieges, in welcher Region der Welt auch immer, vermindern und letzten Endes beseitigen. Diesem Ziel entspreche in

erster Linie die sofortige Verwirklichung von Maßnahmen zur Begrenzung des nuklearen Wettrüstens.

Die Sowjetunion ist der Auffassung, daß die Organisation der Vereinten Nationen, deren Hauptaufgabe die Gewährleistung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit ist, einen neuen wesentlichen Beitrag zur internationalen Entspannung und zur Verhütung eines Kernkrieges leisten soll. Von diesen Erwägungen geleitet, legt die Sowjetunion der UNO-Vollversammlung den Entwurf einer Deklaration über die Vertiefung und Festigung der internationalen Entspannung sowie den Entwurf einer Resolution über die Abwendung der Kernkriegsgefahr vor.

Ich bitte Sie, Herr Generalsekretär, dieses Schreiben als ein Aide-mémoire zu betrachten und es als offizielles Dokument der UNO-Vollversammlung weiterzuleiten.

Hochachtungsvoll

A. GROMYKO
Minister für Auswärtige Angelegenheiten
der UdSSR

ENTWURF

DEKLARATION ÜBER DIE VERTIEFUNG UND FESTIGUNG DER INTERNATIONALEN ENTSPANNUNG

Die Vollversammlung konstatiert mit Genugtuung, daß die internationale Entspannungstendenz sich in den letzten Jahren immer mehr ausbreitet, und vertritt die Ansicht, daß sich das Bekenntnis der UNO zur Entspannung unmittelbar aus der von den UNO-Staaten laut Charta übernommenen Verpflichtung ergibt, miteinander in Frieden und als gute Nachbarn zu leben. Der von den UNO-Staaten gemeinsam zum Ausdruck gebrachte politische Wille und ihre Entschlossenheit, die Sache der Entspannung voranzubringen, werden zur Überwindung der Hindernisse beitragen, die sich diesem Prozeß, der Gesundung des politischen Weltklimas, der Verminderung der Kernkriegsgefahr sowie dem zunehmenden Vertrauen und dem Ausbau der allseitigen zwischenstaatlichen Zusammenarbeit in den Weg stellen.

Ausgehend von den vornehmsten Interessen des Friedens und der Zukunft der Menschheit, appelliert die Vollversammlung feierlich an alle Staaten, ihre Bemühungen um die Vertiefung und Festigung der internationalen Entspannung fortzusetzen und zu verstärken und zu diesem Zweck:

— aktiv zur Verwirklichung der multilateralen Verträge und Abkommen zur Festigung der internationalen Sicherheit und zur Förderung der friedlichen Beziehungen sowie der dazu dienenden UNO-Deklarationen und -resolutionen beizutragen;

— entschiedene Initiativen zur Verhinderung einer weiteren Aufstockung von Rüstungen sowie zur Realisierung von Abrüstungsmaßnahmen zu ergreifen, damit das Endziel — die allgemeine und vollständige Abrüstung unter strikter und wirksamer internationaler Kontrolle — erreicht werden kann;

— zur baldigsten friedlichen Beilegung von Kon-

fliktsituationen sowie zur Verhütung neuer Situationen solcher Art beizutragen;

— eine Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen, der gegenseitigen Achtung der Souveränität und Unabhängigkeit zu betreiben;

— die Differenzen und Streitfragen friedlich beizulegen, ohne zu Gewalt bzw. Gewaltandrohung zu greifen;

— darauf hinzuwirken, daß die Blockpolitik nicht die Entwicklung der Entspannung behindert;

— eine günstige Atmosphäre in den zwischenstaatlichen Beziehungen zu fördern;

— die legitimen Interessen und die Standpunkte der anderen Staaten in Betracht zu ziehen;

— die eigenen Handlungen gegenüber anderen Staaten und in allen Regionen des Erdballs auf die Erfordernisse der Entspannung abzustimmen;

— den Abschluß der Befreiung aller Kolonialländer und -völker, die Beseitigung der Rassistenregimes, der Überreste der nationalen Unterdrückung und der Ungleichheit in den internationalen Beziehungen in kürzester Frist zu fördern;

— die gleichberechtigten und für alle Seiten nützlichen Wirtschaftsbeziehungen zwischen allen Staaten auf gerechter Grundlage soweit wie möglich auszubauen, hierbei die Interessen der Entwicklungsländer gebührend zu berücksichtigen und eine Zusammenarbeit zur vollständigeren Nutzung der Naturressourcen und zum wissenschaftlichen Fortschritt zu pflegen;

— das zwischenmenschliche Verstehen durch persönliche Kontakte sowie durch eine bessere gegenseitige

Einblicknahme in die Kultur und das Leben der Völker zu fördern;

— die Festigung der Freundschaft und des gegenseitigen Vertrauens zwischen allen Völkern zu begünstigen;

— die Achtung der Menschenrechte und die Grundfreiheiten eines jeden, ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache und Religion, zu fördern, wie das

in den Internationalen Pakten über die Menschenrechte und in anderen entsprechenden internationalen Verträgen und Dokumenten festgelegt ist.

Die Vollversammlung drückt ihre Hoffnung aus, daß die Staaten unter vollständiger Beachtung der Besonderheiten und der Vielfalt ihrer Positionen und Anschauungen ihre Bemühungen um die Entspannung zum Wohl aller Völker vereinigen werden.

ENTWURF

RESOLUTION ÜBER DIE ABWENDUNG DER GEFAHR EINES KERNKRIEGES

Die Vollversammlung appelliert in dem Bewußtsein, daß ein Kernkrieg verheerende Folgen für die ganze Menschheit hätte,

mit Genugtuung über die wichtigen Schritte, die in den letzten Jahren zur Abwendung einer Kernkriegsgefahr unternommen wurden, und in der Gewißheit, daß die Vertiefung und Festigung der internationalen Entspannung eine solche Gefahr weiterhin vermindern wird,

ausgehend von der Notwendigkeit, weitere Bemühungen in dieser Richtung und alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Gefahr eines Kernkrieges zu vermindern und in letzter Instanz zu beseitigen,

in dem Bewußtsein ihrer Verantwortung gemäß der UNO-Charta,

im Namen aller UNO-Mitgliedstaaten feierlich an

1. alle Staaten, zwecks Beseitigung der Kernkriegsgefahr Situationen vorzubeugen, die eine gefährliche Zuspitzung ihrer gegenseitigen Beziehungen hervorrufen könnten, sowie eine Kernkriegsgefahr bergende militärische Konfrontationen zu vermeiden, wozu diese Staaten in vollem Maße die Möglichkeiten des Sicherheitsrates gemäß der UNO-Charta nutzen müssen;

2. alle Staaten, die über Kernwaffen verfügen, angesichts ihrer besonderen Verantwortung als ständige Mitglieder des Sicherheitsrates in ihren gegenseitigen Beziehungen stets Zurückhaltung und die Bereitschaft zu Verhandlungen und zur friedlichen Beilegung ihrer Differenzen an den Tag zu legen sowie alles in ihren Kräften stehende zu tun, um Konflikte und Situationen nicht entstehen zu lassen, die die internationalen Spannungen steigern könnten;

3. alle Staaten, die über Kernwaffen verfügen, falls sie es noch nicht getan haben, mit anderen Staaten, die im Besitz solcher Waffen sind, Abkommen zu schließen, betreffend die Maßnahmen zur Verminderung und Abwendung der Kernkriegsgefahr, zur Vorbeugung eines zufälligen oder nichtsanktionierten Kernwaffeneinsatzes. Alle Nuklearstaaten aber, zwischen denen solche Abkommen bestehen, sollten die genannten Maßnahmen vervollkommen und erweitern;

4. alle Staaten, das Prinzip des Verzichtes auf Gewaltanwendung bzw. -androhung in den internationalen Beziehungen unter Einsatz sowohl der

nuklearen als auch der konventionellen Waffen strikt zu befolgen und Verhandlungen über einen entsprechenden internationalen Vertrag aufzunehmen;

5. alle Nuklearstaaten, Verhandlungen einzuleiten, um den Abzug von kernwaffenbestückten Schiffen aus einzelnen Räumen des Weltmeers sowie eventuelle andere Maßnahmen zur Begrenzung des nuklearen Wettrüstens in diesen Räumen zu vereinbaren;

6. alle Staaten ohne Kernwaffen, kernwaffenfreie Zonen anzulegen, die sowohl ganze Kontinente oder ausgedehnte geographische Regionen, als auch Gruppen von Staaten oder einzelne Staaten erfassen. Die Nuklearstaaten aber sollten den Status solcher kernwaffenfreien Zonen achten;

7. alle Staaten, die an den Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Kernwaffen teilnehmen, sie zum baldigsten Abschluß zu führen sowie einen paritätischen Verzicht auf die Entwicklung neuer, analoger Systeme solcher Waffen von noch größerer Zerstörungskraft zu vereinbaren;

8. alle Staaten, vor allem die Nuklearstaaten, auf entsprechenden Foren zu verhandeln, um zusätzliche Maßnahmen zur Verhütung eines Kernkrieges, zum vollständigen und allgemeinen Verbot der Kernwaffen, zur Begrenzung der Kernwaffen sowie zur Nuklearabrüstung als wichtige Schritte zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle zu koordinieren und zu beschließen;

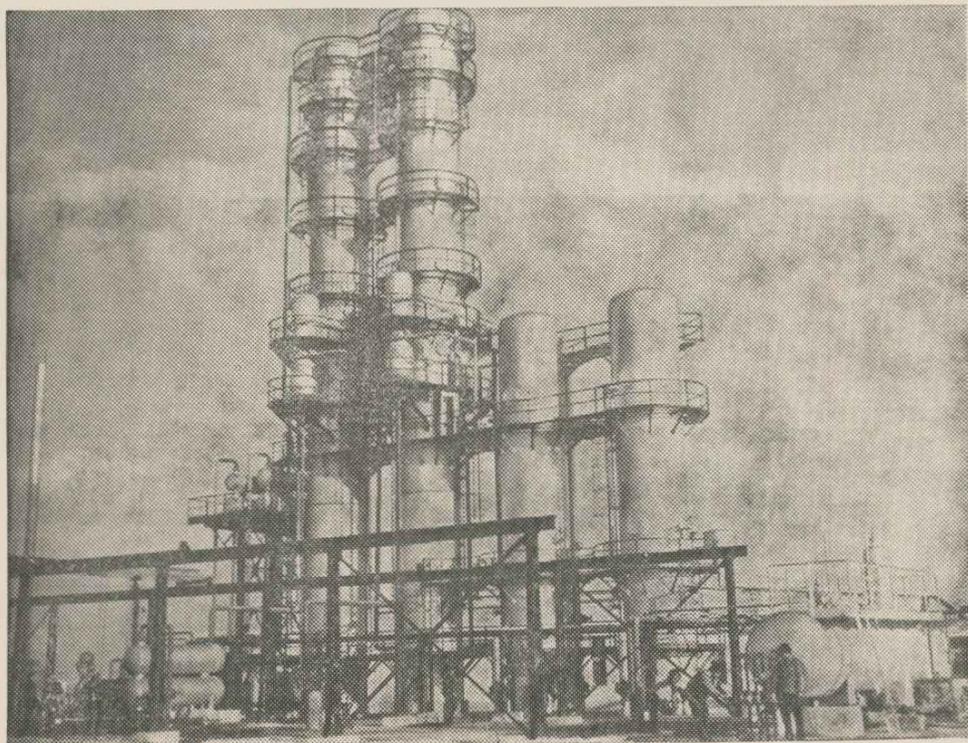
9. alle Staaten, falls sie es noch nicht getan haben, sich den Verträgen über das Verbot der Kernwaffenversuche in drei Medien, dem Atomsperrvertrag, dem Vertrag über die Nichtstationierung von Kernwaffen auf dem Meeresgrund und im Weltraum anzuschließen, bis dahin aber so zu handeln, als seien sie bereits Teilnehmer dieser Verträge, die darauf gerichtet sind, das nukleare Wettrüsten einzuschränken und die Kernkriegsgefahr zu mindern;

10. alle Staaten, sich um die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen oder sonstigen Nuklearsprengkörpern zu bemühen, dabei aber allen Staaten die Nutzung von Nuklearenergie zur friedlichen wirtschaftlichen Entwicklung zu ermöglichen;

11. alle Staaten, alles zu unterlassen, was internationale Verhandlungen über Abkommen zur Einschränkung des nuklearen Wettrüstens und zur Abwendung der Kernkriegsgefahr erschweren würde.



TSVETMETPROMEXPORT



Die Außenhandelsvereinigung „Zwetmetpromexport“ leistet technischen Beistand bei Projektierungs-, Forschungs-, Bau- und Montagearbeiten; liefert Ausrüstungen, übernimmt die Einrichtung und Inbetriebsetzung der Anlagen sowie die produktionstechnische Ausbildung der Kader im Ausland und in der UdSSR für folgende Industriezweige:

in der Buntmetallindustrie — Industriebau von Bergwerken, Gruben, Aufbereitungsanlagen, Hüttenwerken zur Produktion von Blei, Kupfer, Zinn, Aluminium und anderen

Buntmetallen; Buntmetallbearbeitungswerken (Aluminium, Blei u. a.), Werken zur Erzeugung von Halbleitermaterialien (Silizium, Germanium u. a.);

in der Kohlenindustrie — Industriebau von Kohlengruben, Schachfanlagen, Kohlenaufbereitungsanlagen;

in der Gasindustrie — Errichtung von Ferngasleitungen, Gaspumpenanlagen, kompletten Gasturbinenaggregaten, Gas- und Benzinwerken, Fernölleitungen, Pumpenanlagen, Ölbunkern.



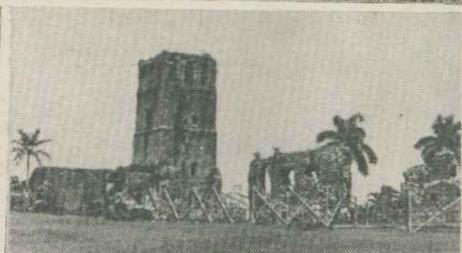
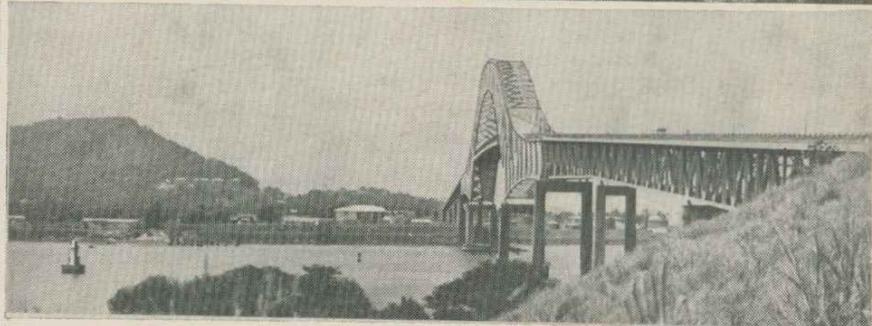
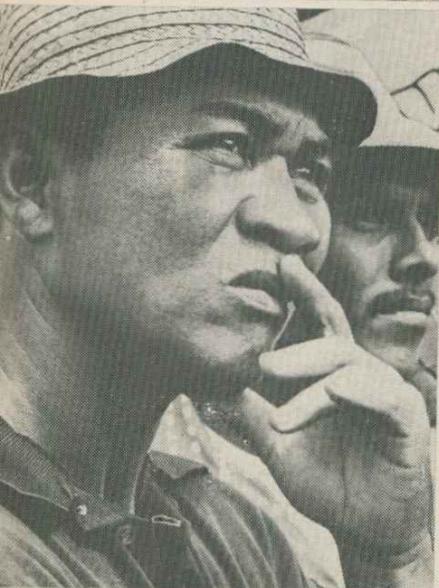
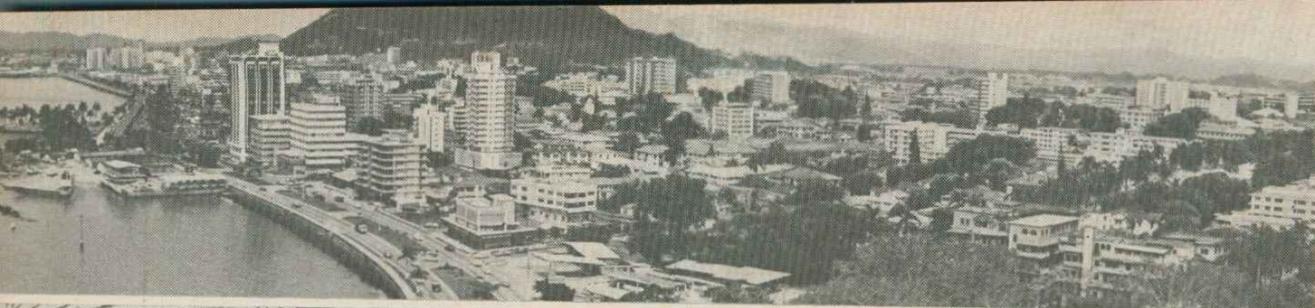
TSVETMETPROMEXPORT

V/O „ZWETMETPROMEXPORT“: UdSSR Moskau, 113324, Owtschinnikowskaja nabereschnaja, 18/1;

Telegrammadresse: MOSKAU, ZWETMET-PROMEXPORT

Telefon: 220-18-61

Telex: 7158



IM OBJEKTIV: PANAMA

Der zwischen Nord- und Südamerika gelegene Staat umfaßt 75 600 km² und hat 1 719 000 Einwohner.

1903 zwangen die USA der jungen Republik einen Vertrag auf, dem zufolge Panama einen Teil seines Gebietes zur unbefristeten Nutzung an die USA abtrat, die das Recht zum Bau eines Kanals zwischen dem Atlantik und dem Pazifik erhielten. Das Volk von Panama konnte sich niemals mit ausländischer

Präsenz auf seinem Heimatboden abfinden. Der Kampf der Panamaer für die Wiederherstellung der nationalen Souveränität über die Kanalzone währte Jahrzehnte. Am 7. September 1977 unterzeichnete der Regierungschef Panamas, General Torrijos, in Washington einen neuen Vertrag, nach dem die Kontrolle über den Kanal und seine Zone mit der ersten Stunde des Jahres 2000 an Panama übergeht.

Die jetzige Regierung Panamas ringt nicht nur um die Stärkung der Unabhängigkeit, sondern auch um sozialökonomische Umgestaltungen. Das Land vollzieht eine Agrarreform und unternimmt Maßnahmen zum Ausbau der Industrie.

Unsere Bilder: Panama-City ist eine der ältesten Städte Lateinamerikas
 ♦ Teilnehmer an einer Kundgebung zur Verteidigung der nationalen Souveränität
 ♦ Der Panamakanal
 ♦ Wohnhaus in einer Landwirtschafts-genossenschaft
 ♦ Ruinen einer Festung in der Hauptstadt
 ♦ Die zu Panama gehörenden Inseln San Blas
 ♦ Inselbewohnerin

Fotos des NZ-Berichterstatters für Lateinamerika
 A. Smirnow und TASS

